

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	24
Tierschutz & Ethik	24
Umweltpolitik & Umweltrecht	25
Verkehr & Tourismus	27
Wasser & Meere	28
Wirtschaft & Unternehmen	31

VERBÄNDE



DNR intern	32
Aus den Verbänden	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Kita-Zertifizierung	
Schwerpunkt: Biodiversität	

THEMEN DES MONATS

Boden

Revolution aus den Graswurzeln

Die Schwarzerde Terra preta do índio könnte mehrere Menschheitsprobleme gleichzeitig lösen

Seite 2

Geoengineering

Großversuche am Planeten

Gegen Überkonsum und Ungerechtigkeit können technische Klimarettungsversuche nichts ausrichten

Seite 4

Verkehrspolitik

E-Autos allein werden es nicht richten

Die Umwelt- und Gesundheitsprobleme des Verkehrs kann nur ein anderes Gesamtkonzept lösen

Seite 6

Partizipation

Knigge für Mitbestimmung

Für die politische Teilhabe der Zivilgesellschaft gibt es jetzt einen europaweiten Verhaltenskodex

Seite 8

Interview: Nutzpflanzenvielfalt

„Durch die Landschaft essen“

Aus der Idee, die Fülle an herrenlosem Obst im Internet zu kartieren, wurde ein preiswürdiges Projekt

Seite 21

Boden

Revolution aus den Graswurzeln

Die Schwarzerde Terra preta do índio könnte mehrere Menschheitsprobleme gleichzeitig lösen

Terra preta do índio hat einst Millionen Menschen am Amazonas ernährt. Ihre heutigen Wiederentdecker sind überzeugt davon, dass die schwarze Erde mehrere Krisen gleichzeitig „von unten“ bekämpfen kann: Klimakrise und Bodendegradation, Armut und Hunger und auch die Gesundheitsprobleme armer Gemeinschaften. ■ VON UTE SCHEUB

Wenn die Erde zu Dreck wird, verliert die Gesellschaft den Boden unter den Füßen. Mit der industrialisierten Landwirtschaft wird immer mehr Boden durch Verdichtung, Vergiftung, Wind- und Wassererosion verwüstet. Doch ein entscheidender Impuls zur Rettung der Welt könnte nun aus dem brasilianischen Urwald kommen. Wenn die Fachleute über Terra preta do índio reden, was übersetzt etwa „Indianerschwarzerde“ bedeutet, geraten sie ins Schwärmen. Haiko Pieplow vom Bundesumweltministerium zum Beispiel sieht darin eine „Schlüsselinnovation des Jahrhunderts“.

Terra preta sei das Ergebnis eines in Vergessenheit geratenen hoch entwickelten Abfall- und Bodenmanagements, das als Vorbild für eine nachhaltige Landnutzung und echte regionale Kreislaufwirtschaft dienen könne, erläutert der promovierte Bodenkundler. Der Treibgasausstoß würde damit entscheidend verringert, für die Bekämpfung von Hunger und Armut ergäben sich neue Chancen. Böden könnten sogar parallel zur Zunahme der Bevölkerung ihre Fruchtbarkeit steigern. Und: Für die Herstellung von Terra preta sei keine aufwendige Technik erforderlich, sondern von der Natur abgeschautes Wissen: „Die Natur kennt keine Abfälle.“

Vor 500 Jahren: Großstädte am Amazonas

Im Jahr 1542 befuhr der spanische Conquistador Francisco de Orellana den Amazonas, um das legendäre El Dorado zu suchen. Er berichtete von riesigen Städten an seinen Ufern, in denen mehrere Millionen Menschen lebten. Da spätere Expeditionen nichts mehr fanden, glaubte man lange,

Orellana habe Entdeckerlatein gesponnen. Dabei hatte er tatsächlich ein El Dorado gefunden: eine fruchtbare Gartenstadtkultur, die auf Terra preta basierte, dem „schwarzen Gold der Erde“. Das Wissen um die Herstellung dieser Schwarzerde, die den nährstoffarmen Regenwaldboden in einen der fruchtbarsten Böden der Welt verwandelt, ging jedoch mit der Ausrottung der Ureinwohner verloren.

Die bis zu 7.000 Jahre alten und etwa zwei Meter dicken Schwarzerde-Schichten am Amazonas bestehen aus einer Mischung von Holzkohle, tierischen und menschlichen Exkrementen, Knochen sowie organischen Abfällen, durchsetzt mit Tonscherben. Der Humusanteil der Terra preta do índio kann bei zehn bis 20 Prozent liegen, während selbst gute Ackerböden auf gerade einmal drei Prozent kommen.

Kompost, Holzkohle und Milchsäurefermentation

Seit 2005 haben deutsche Wissenschaftler, unter ihnen Haiko Pieplow, die Herstellung von Terra preta experimentell wiederentdeckt. Das Verfahren ist eine Weiterentwicklung der Kompostierung mithilfe zweier uralter Kulturtechniken: Milchsäurevergärung und Nutzung von Holzkohle. Die beim Kompostieren üblichen Verluste an Kohlenstoff und Energie werden durch die Vergärung vermieden. Die Milchsäurefermentation wird in luftdichten Behältern durch Verpressung in Gang gesetzt – eine Technik, die seit Jahrtausenden zur Nahrungskonservierung dient, etwa beim Sauerkraut. Gibt man feine Holzkohle hinzu, siedeln sich in den Hohlräumen ihrer schwammartigen, porösen Struktur komplexe Lebensgemeinschaften von

Mikroorganismen an, zudem bindet sie Schadstoffe und unterdrückt Fäulnis und Krankheitserreger. Es bildet sich eine Silage, die Regenwürmer und andere Bodenorganismen nährt. Zum Dank scheiden sie schwarze Erde aus.

Dank der Holzkohle baut sich der Dauerhumus in den Terra-preta-Böden nicht ab. Die Holzkohle speichert wie ein Akku Energie und Nährstoffe im Bodenleben, in Symbiose mit den Pflanzen. Diese werden nicht mehr industriell zwangsernährt, sondern erhalten bedarfsgerecht ihre Lebensstoffe. Man kann mehr und sicherer ernten.

Nach UN-Angaben ist in den letzten 20 Jahren aufgrund von Raubbau und Klimakrise fast ein Viertel der globalen Landfläche degradiert. Rund 1,5 Milliarden (Klein-)Bauern ernten immer weniger oder müssen hungern, vor allem in Afrika. Für sie könnte diese Schwarzerde eine Rettung sein. Der Terra-preta-Forscher Bruno Glaser von der Universität Bayreuth ist davon überzeugt, dass sie „aus eigentlich unfruchtbaren Böden blühende Landschaften“ machen kann. Zudem wachsen nach Glasers Erkenntnissen alte Kultursorten auf dieser Erde besser als auf agroindustriell behandelte.

Fruchtbare Schwarzerde und nachhaltige Anbausysteme machen perspektivisch Kunstdünger und Pestizide überflüssig, auch der fragwürdigen Gentechnik würde der Boden entzogen. Agrokonzerne wie BASF oder Monsanto müssten sich neue Geschäftsfelder suchen, weil das Verfahren für die Herstellung der Terra preta nicht patentierbar ist und von jedermann und jederfrau nachvollzogen werden kann. Schwarzerde könnte so in doppeltem Sinne eine Graswurzelerrevolution auslösen: eine

Revolution in den Wurzeln der Pflanzen und eine Revolution in der Landnutzung „von unten“ – durch Kleinbäuerinnen und Hobbygärtner.

Auf den Maßstab kommt es an

Jede Pflanze braucht für den Aufbau von Biomasse Kohlendioxid und setzt dies beim Absterben wieder frei. Wenn man holzartige Pflanzenreste verkohlt, verwandeln sich rund 25 bis 50 Prozent des darin enthaltenen Kohlenstoffs nicht in das Treibhausgas CO₂, sondern in stabile Holzkohle. In die Erde verbracht, wird der Klimakiller zum schwarzen Gold: Dauerhumus entsteht. Nebenher würde die Terra-preta-Herstellung höchst fragwürdige Verfahren wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung bei Kohlekraftwerken überflüssig machen.

Der Bodenkundler Johannes Lehmann von der Cornell University im US-Bundesstaat New York spricht deshalb von einer „schwarzen Revolution“. Würde ein Drittel der weltweiten Ernteabfälle derart in Biokohle verwandelt, so Lehmann, könnten die Treibhausgasemissionen um zehn bis 20 Prozent reduziert werden. Andere Forscher kommen auf noch höhere Zahlen. Der australische Umweltwissenschaftler Tim Flannery, auch im deutschsprachigen Raum bekannt durch seine Sachbücher,

spricht von der „mächtigsten Klimaschutzmaschine, die wir haben“.

Damit die Herstellung der Biokohle möglichst energieeffizient erfolgt, setzen manche Wissenschaftler auf Pyrolyseanlagen oder die sogenannte hydrothermale Karbonisierung (HTC), die die Braunkohleentstehung technisch nachahmt. Der Nachteil dabei: Teure und komplizierte Maschinen müssen den erforderlichen Kohlenstoff herstellen. Viele Umweltschutzorganisationen machen deshalb zu Recht Front gegen Formen der Produktion von Biokohle (englisch biochar), die nicht in regionale Stoffkreisläufe integriert werden.

Auch für Kleinbauern ist wichtig, dass sie unabhängig bleiben und ihre Biokohle selbst herstellen können. Das ist ohne Großanlagen möglich. Holzkohlestaub lässt sich durch Verkohlung von vertrockneten Blättern und Zweigen, Kokoschalen, Reishülsen, Maiskolbenspindeln oder Holzhackschnitzeln herstellen. Die Biokohle verhindert das Verfaulen organischer Abfälle sowie menschlicher und tierischer Fäkalien. Diese sind nicht nur potenzielle Infektionsherde, sondern setzen beim üblichen Verbrennen oder Verfaulen auch erhebliche Mengen Kohlendioxid und Methan frei. Diese Treibhausgase werden also bei der Biokohleanwendung eingespart.

Auch zu Hause herstellbar

Wer sich etwas besser mit der Schließung von Kreisläufen auskennt, kann auch hierzulande – wie überall – ebenso den eigenen Kot für die Herstellung von Terra preta verwenden. Trockentrenntoiletten, die regelmäßig mit Holzkohle bestreut werden, sind geruchsfrei, da die Fäulnis unterdrückt wird. Ihr Inhalt muss einige Monate fermentieren. Damit erübrigt sich der ökologische Wahnsinn, dass wir mit dem Lebensmittel Wasser unsere Toiletten spülen – und unsere inneren Werte erhalten wieder eine größere Wertschätzung. „Jeder kann mit seinem großen Geschäft ein kleines Geschäft machen“, sagt Haiko Pieplow, der auf seinem abwasserlosen Grundstück am Stadtrand von Berlin To-

maten in selbst erzeugter Terra preta wachsen lässt. „Wer auf diese Weise Terra preta herstellt, braucht keine teuren Abwassersysteme mehr, die Geld und Ressourcen vernichten.“

Projekte in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Noch steht man bei der Nutzung des Terra-preta-Wissens ganz am Anfang. Demnächst soll im pfälzischen Hengstbächerhof eine Versuchsanlage für jährlich 1.000 Tonnen und in Morbach im Hunsrück eine Großanlage für jährlich 50.000 Tonnen Terra preta entstehen, in der Landschaftspflegegrün und Gärrückstände von Biogasanlagen verwertet werden. Auch die Universitäten von Berlin, Hamburg, Halle, Bayreuth und Leipzig experimentieren bereits mit Terra preta, dergleichen Landwirte im oberbayerischen Chiemgau, in Baden-Württemberg und in Brandenburg, im österreichischen Kaindorf sowie im Delinat-Institut von Schweizer Biowinzern.

Diese Art Schwarzerde ist im Prinzip auf jedem Balkon, in jedem Kleingarten und in jeder Komposttonne herstellbar. Kleinbäuerinnen und Hobbygärtner, Erwerbslose und Hartz-IV-Empfängerinnen könnten eigene Lebensmittel erzeugen, indem sie Stoffkreisläufe schließen und Humus aufbauen. Überall, wo Menschen leben, kann Terra preta dazu beitragen, die Landnutzung in diesem Jahrhundert zu revolutionieren und gleichzeitig Natur und Klima zu schützen.

Weitere Informationen

- ▶ www.triaterra.de (Terra Preta)
- ▶ www.ithaka-journal.net (Klimafarming + Biokohle)
- ▶ www.das-gold-der-erde.de

Dr. Ute Scheub ist freie Journalistin und Autorin in Berlin. Sie hat die Tageszeitung Taz mitbegründet und war dort die erste Umweltredakteurin.

Kontakt: Fax +49 (0)30 / 4651335, E-Mail: ute.scheub@t-online.de, www.utescheub.de



Terra-preta-Forschung

Das Delinat-Institut in Arbaz im schweizerischen Kanton Wallis gilt als Pionier des CO₂-sparenden „Klimafarming“ mithilfe von Terra preta. Die Ökoinwiter legen ihre Forschungen ebenso wie ihre wissenschaftlichen Kooperationspartner und deren Studienergebnisse auf vorbildhaft transparente Weise im Internet offen. Das Institut koordiniert und dokumentiert zudem einen gemeinschaftlichen Großversuch von rund 500 Kleingärtnerinnen und Hobbygärtnern, die mit Terra preta experimentieren.

- ▶ www.delinat-institut.org

Geoengineering

Großversuche am Planeten

Gegen Überkonsum und Ungerechtigkeit können technische Klimarettungsversuche nichts ausrichten

Dem Klimawandel mit seinen verheerenden Auswirkungen muss global begegnet werden. Doch Manipulationen durch Geoengineering helfen nicht bei der Bekämpfung der Ursachen. Stattdessen ist eine Transformation zu einer CO₂-freien, gerechten Wirtschaftsordnung gefragt. ■ VON RICARDO NAVARRO, FRIENDS OF THE EARTH EL SALVADOR

Das Problem des Klimawandels ist in den letzten Jahren weltweit breit diskutiert worden. In einigen Ländern häufen sich bereits immer heftigere Klimaereignisse, die Leben und Eigentum der Menschen stark beeinträchtigen. Der Golf von Bengalen wird von mächtigen tropischen Wirbelstürmen heimgesucht, wie 2008, als über 140.000 Menschen in Myanmar, dem früheren Burma, ums Leben kamen und 100.000 weitere obdachlos wurden. Europa litt 2003 unter einer Hitzewelle, bei der 35.000 Tote zu beklagen waren, und die karibischen Staaten sind Orkanen ausgesetzt, die ihre Stärke in den letzten 50 Jahren verdoppelt haben. Und die extremen Wetterereignisse werden den Prognosen zufolge weiter zunehmen.

Ursache dieser Klimaveränderungen ist das Ansteigen der Durchschnittstemperaturen in der Atmosphäre, hervorgerufen durch wachsende Mengen von Treibhausgasen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und durch eine veränderte Landnutzung. In den letzten zwei Jahrhunderten ist die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre von 280 auf 390 ppm (parts per million) angestiegen, was einen Temperaturanstieg um 0,8 Grad zur Folge hatte. Sollte diese Tendenz anhalten, wird am Ende dieses Jahrhunderts die CO₂-Konzentration bei über 900 ppm liegen und die Temperatur der Atmosphäre um sechs bis sieben Grad Celsius höher sein – was sehr wahrscheinlich das Ende unserer Zivilisation und den Tod des größten Teils der Menschheit bedeuten würde.

gasemissionen der Menschheit weiter steigen, weil die groß angelegten Ingenieurstätigkeiten deren Einfluss schon neutralisieren werden.

Einmal Geoengineering, immer Geoengineering

In der ersten Kategorie, bei den Vorschlägen zur Verringerung der Sonneneinstrahlung auf die Erde, soll durch Reflexion der Sonneneinstrahlung zurück in den Weltraum die durch Treibhausgase aufgeheizte Atmosphäre gekühlt werden. Zu dieser Gruppe zählen Ideen wie das Platzieren von Millionen von Spiegeln in der Stratosphäre, um die Sonnenstrahlen zu reflektieren. Auch das Versprühen von Chemikalien wie Schwefeldioxid oder Schwefelpartikel ist in der Diskussion. Durch chemische Reaktion mit der Umwelt sollen sich Wolken bilden und diese sollen dann die Sonneneinstrahlung reflektieren.

Spiegel in der Stratosphäre zu postieren ist allerdings sehr kostspielig. Außerdem besteht das Risiko, dass der Steuerungscomputer für die Ausrichtung der Spiegel ausfällt, wodurch das einfallende Sonnenlicht sogar noch verstärkt werden könnte. Schwefelpartikel zu versprühen ist attraktiver, weil es relativ geringe Kosten verursacht und die Kleinstteilchen von einzelnen Unternehmen mit Flugzeugen verteilt werden können. Möglich wäre auch, in Kooperation mit Fluggesellschaften Partikel in die Treibstoffe von Jumbojets zu mischen, deren Gase beim Flug ohnehin ausgestoßen werden.

Diese Gruppe von Vorschlägen zum Geoengineering führt aber zu neuen Problemen. Wenn in einer Region der Erde ein extremes Klimaproblem auftritt – oft

Eingriffe in globale Kreisläufe

Ein so schwerwiegendes globales Problem erfordert eine brandeilige weltweite Lösung. An dieser Stelle setzen die Vorschläge des sogenannten Geoengineerings an. Das sind technische Eingriffe enormer Größenordnung, die bio- oder geochemische Kreisläufe der gesamten Erde aktiv beeinflussen sollen, um den negativen Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Es gibt viele solcher Vorschläge, doch grundsätzlich lassen sie sich in drei Kategorien einteilen. Die erste versucht die Sonneneinstrahlung auf die Erde zu reduzieren, die zweite will Treibhausgase abtrennen und einlagern und die dritte möchte das Wetter so beeinflussen, dass es keine Probleme mehr verursacht. Hinter allen Vorschlägen zum Geoengineering steht im Prinzip der gleiche Denkanatz: Es ist nicht schlimm, dass die Treibhaus-

Hände-weg-Kampagne

Die kanadische Umweltorganisation ETC Group und andere Verbände wie die lateinamerikanischen Sektionen von Friends of the Earth haben im April die Kampagne Hands Off Mother Earth (Hände weg von Mutter Erde) ins Leben gerufen. Die H.O.M.E.-Kampagne ist eine internationale Aktion, um die Erde vor Geoengineering-Experimenten wie den im Artikel erwähnten oder auch vor dem großflächigen Ausbringen von Eisen in die Weltmeere zu schützen. Auf der Kampagnenwebseite können persönliche Botschaften mitsamt Foto hochgeladen werden, um den Regierungen weltweit zu zeigen, „dass unsere Heimat kein Labor ist“. Außerdem wird ein Moratorium gefordert. [jg]

► www.handsoffmotherearth.org

zeitgleich mit extremen Verhältnissen in anderen Weltregionen –, taucht die Frage auf, wer in diesem Fall das Recht hat, die Einstrahlung zu verändern und um welchen Faktor: diejenigen, die unter Dürre leiden, oder die, die gerade mit Überschwemmungen zu kämpfen haben? Hinzu kommt, dass – selbst wenn diese Geoengineeringprojekte bei der Reduzierung der Sonneneinstrahlung auf die Erde Erfolg hätten –, eine Situation geschaffen würde, die dauerhaft die Treibhausgaskonzentration anwachsen ließe. Denn die Menschen würden in dem Vertrauen, dass die Ingenieure den Einfluss auf die Atmosphäre wieder ausgleichen, weiter Treibhausgase emittieren. Das wiederum bedeutet, dass die Eingriffe jedes Mal größere Auswirkungen hätten – immer mit dem Risiko, dass aus irgendeinem Grund, sei er technisch, ökonomisch oder politisch, die Geoengineeringmaßnahmen sich verzögern oder fehlschlagen und dadurch die Atmosphäre einen plötzlichen Temperaturanstieg mit katastrophalen Folgen erfährt. Darüber hinaus würde eine Atmosphäre mit hoher CO₂-Konzentration auch bei verminderter Sonneneinstrahlung die Versauerung der Meere beschleunigen und weitere unvorhersehbare Folgen für die terrestrischen Ökosysteme haben.

CO₂-Speicherung will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben

Die zweite Gruppe von Geoengineeringmaßnahmen, die Abscheidung und Speicherung von CO₂, birgt das Problem hoher Kosten und einer Technik, die sich noch im Versuchsstadium befindet – abgesehen davon, dass ein großer Teil des Kohlendioxids an mobilen Quellen wie Fahrzeugen anfallen würde, was die Rückgewinnung schwierig macht. Schätzungen haben ergeben, dass zum Abfangen des bereits ausgestoßenen CO₂ nochmals so viele fossile Brennstoffe eingesetzt werden müssten, dass 30 Prozent zusätzliche Treibhausgase erzeugt würden.

Doch das Hauptproblem besteht darin, einen Ort zu finden, wo das CO₂ eingelagert werden kann, denn dabei muss garantiert sein, dass das Gas nicht wieder austritt,

weder durch Erdbewegungen noch durch die Reaktion mit der Umgebung, die etwa Risse verursachen oder bereits vorhandene verbreitern könnte. Bei einer Speicherung im Meeresboden kommt erschwerend hinzu, dass die Ozeane ohnehin schon übersäuert sind und sich im Meeresboden außerdem Lager von Methanhydrat befinden, das sich mit dem CO₂ vermischen oder – was schlimmer wäre – austreten könnte.

Gilt für Sonne und Regen künftig das Recht des Stärkeren?

Bei der dritten Kategorie von Maßnahmen geht es darum, das Klima beziehungsweise das Wetter in einer bestimmten Region zu beeinflussen. Entsprechende Technologien werden schon seit einem halben Jahrhundert getestet und auch angewandt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Geheimprojekte, die militärischen Zwecken dienen sollen.

Unerwünschte Wetterverhältnisse zu verändern birgt allerdings die Gefahr, dass damit auch in anderen Regionen das Wetter beeinflusst wird. An einem Ort den Regen abzuschwächen bedeutet ihn woanders zu verstärken, Regenfälle für die BewohnerInnen in der einen Region künstlich zu erzeugen heißt anderen das Regenwasser zu entziehen, die Wegstrecke eines Wirbelsturms zu verändern heißt andere Gebiete in Gefahr zu bringen. Und wieder taucht die Frage auf: Wer hat das Recht, das Wetter zu seinen Gunsten zu beeinflussen, wenn dadurch andere auf negative Weise betroffen sind? Es mag schwer verständlich sein, sich solch ein Recht überhaupt anmaßen zu wollen, doch die Geschichte zeigt, dass dies meist die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren tun.

Weniger Konsum, mehr globale Gerechtigkeit

Wer dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen will, muss zuerst seine fundamentalen Ursachen verstehen. Hinter der zu hohen Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre stehen nicht nachhaltige Produktionsmengen und der ungezügelte

Konsum von Gütern und Dienstleistungen von 20 Prozent der Menschheit auf Kosten der übrigen 80 Prozent. Eine langfristig tragfähige Lösung muss deshalb auch bei der exzessiven Produktion und dem ungerechten Konsum ansetzen. Die starken Ökonomien müssen sowohl ihren eigenen Verbrauch verringern als auch die weniger bemittelten Weltregionen unterstützen, um dort ein würdevolles Leben zu ermöglichen und die Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Das alles muss im Rahmen eines Übergangs in eine kohlenstofffreie Wirtschaft

„Der Kampf für die Umwelt ist ein Kampf für unser eigenes Überleben. Wir können es uns gar nicht leisten, uns nicht zu engagieren.“

Ricardo Navarro

geschehen bei gleichzeitiger Entlastung der Ökosysteme, damit die Natur die Folgen des Klimawandels abpuffern kann. Geoengineering mit all seinen vielfach noch unbekanntem Risiken und Nebenwirkungen taugt schon deshalb nicht als Lösung, weil es die Hauptursachen des Klimawandels, den Überkonsum und die Klimaungerechtigkeit, unangetastet lässt. Die klimatischen Veränderungen gefährden aller Wahrscheinlichkeit nach die Zukunft der gesamten Menschheit. Da hilft keine Symptombekämpfung. Dieses Übel gilt es an der Wurzel zu packen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Juliane Grüning.

Der Ingenieur Dr. Ricardo Arnoldo Navarro Pineda ist Präsident von Friends of the Earth (Amigos de la Tierra) El Salvador. Er koordiniert die Agrokraftstoffkampagne von Friends of the Earth International. 1995 erhielt er für sein Engagement für nachhaltige Entwicklung den Goldman-Umweltpreis.



Kontakt:
Tel. +503 22131400,
E-Mail:
cesta@cesta-foe.org.sv,
www.cesta-foe.org.sv

Verkehrspolitik

E-Autos allein werden es nicht richten

Die Umwelt- und Gesundheitsprobleme des Verkehrs kann nur ein anderes Gesamtkonzept lösen

Die Hoffnung, umweltfreundlichen Verkehr nur durch die Einführung von Elektroautos zu erreichen, wird sich nicht erfüllen. Und auch der Ausweg aus dem globalen Dauerstau führt in eine ganz andere Richtung: weg von der automobilgesellschaft, hin zu einem neuen Verkehrsmix. ■ VON MICHAEL CRAMER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Zahlen sprechen für sich. In der EU ist der Verkehr für ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Schlimmer noch: Seine Emissionen haben seit 1990 um mehr als 35 Prozent zugenommen, während sie im selben Zeitraum in Europa in der Industrie oder durch die Wärmedämmung bei Häusern um etwa zehn Prozent reduziert werden konnten. Der Verkehr frisst also doppelt und dreifach alles auf, was in anderen Sektoren mit Milliardeninvestitionen unserer Steuergelder erreicht wurde. Der Autoverkehr trägt den Löwenanteil an dieser Entwicklung – eine Situation, die in der Politik, aber auch bei Automobilkonzernen den Denkprozess angestoßen hat. Der dreht sich vor allem um eine Frage: Wie können wir unsere Automobilität umweltfreundlich umbauen? Nach der trügerischen Hoffnung, dem Verschmutzungs- und CO₂-Problem mit Agrokraftstoffen begegnen zu können, ist jetzt die Elektromobilität dran. Statt Benzin im Tank – Strom aus der Batterie. Seit einigen Monaten hat die Entwicklung vor allem in Europa an Dynamik gewonnen: Angela Merkel lud zum Elektroauto-Gipfel und die EU-Kommission will bis zum Herbst Aufladestandards setzen, während die Automobilkonzerne bereits im Wettlauf um Kooperationen sind – mit den Herstellern des neuen Golds des Autoantriebs: der Batterien.

Eine Euphorie, die kaum Platz lässt für die vielen offenen Fragen. Dazu zählt auch, dass weltweit Kapazitäten für den Bau von 100 Millionen Autos vorhanden sind, aber nur 50 Millionen verkauft werden. Ein drastischer Schrumpfungsprozess ist unvermeidbar – und der muss ökologisch sein. Zudem gibt es ein gewaltiges

Preisproblem, auf das die deutsche Autoindustrie mit Investitionen von bis zu zehn Milliarden Euro in den nächsten Jahren reagieren muss. Ein Elektroauto kostet heute 10.000 bis 15.000 Euro mehr als ein Auto mit Verbrennungsmotor. Schwierigkeiten bereiten auch die begrenzten Reichweiten und die schweren Batterien. Zum Vergleich: Mit 60 Litern Diesel, die etwa 50 Kilogramm wiegen, fährt ein neuer Pkw rund 800 Kilometer. Derzeit kommen E-Autos bestenfalls 150 Kilometer weit – mit einer Batterie, die um die 230 Kilogramm wiegt. Solche Probleme können womöglich durch intensivere Forschung gelöst werden. Doch sie werfen auch die Frage auf: Ist das Elektroauto wirklich umweltfreundlicher als das herkömmliche?

Woher der Strom kommt, ist entscheidend für die Umweltbilanz

Ohne Zweifel ist das E-Auto beim Fahren emissionsfrei. Doch ob die Umweltbilanz – und dazu gehört die gesamte Kette von der Produktion über die Nutzung bis hin zum Verschrotten oder Recyceln – wirklich besser ist, hängt entscheidend davon ab, woher der Strom kommt, der die Batterie speist. Ideal wären erneuerbare Energien. Doch die sind noch nicht einmal ansatzweise in ausreichender Menge verfügbar, um unseren bisherigen Stromverbrauch zu decken. Kohle- und selbst Gaskraftwerke als Ressource für Elektroautos würden den Verschmutzungseffekt nur verlagern – und zwar äußerst ineffizient von der Straße in die Landschaft. Ein Weg, den man offenbar in China dennoch gehen will. Die Ballungsräume sollen mit Elektroautos vom Smog befreit werden, während in den Kohlezentren des Landes die Schloten rauchen.

Bleibt schließlich die Atomkraft mit all ihren offenen Fragen, die zum Beispiel in Frankreich gern ignoriert werden. Dort ist der Hype ums Elektroauto eng verbunden mit den Interessen der Atomlobby. Denn dass in Frankreich auf die richtige Frage, woher der ganze Strom für die E-Cars kommen soll, die falsche Antwort der Atomkraft zu hören sein wird, ist leider zu befürchten. Bei den E-Cars vereinen sich zwei Lobbys liebend gern, die angesichts des Klimawandels und ihres Anteils daran um ihre Pfründen fürchten müssen: Energiekonzerne und Autobauer. Für Letztere ist es die einfachste Lösung, allein den Antrieb zu ändern. Doch ob das für die Umwelt reicht, ist mehr als fraglich.

Deutschland will bis zum Jahr 2020 eine Million E-Autos auf den Straßen haben – ein anspruchsvolles Ziel. Doch angesichts von knapp 40 Millionen Fahrzeugen im Land insgesamt dürfte der Beitrag dieser milliardenschwer subventionierten Maßnahme zur Reduzierung der Emissionen eher gering ausfallen. Schauen wir über Europas Grenzen hinaus, werden die Dimensionen noch deutlicher. Wir zählen derzeit 15 Pkw pro 1.000 Einwohner in China, schon 170 in Russland. In der EU sind es 450, in Deutschland sogar fast 600. Spitzenreiter sind die USA mit 800 Autos pro 1.000 Einwohner.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl der Autos in Asien verdoppelt. Laut Prognosen der chinesischen Regierung wird es jedes Jahr einen Zuwachs von sieben Millionen neuen Autos geben. Würde China eines Tages die Autodichte Deutschlands erreichen, gäbe es dort 600 Millionen Autos, so viel wie derzeit insgesamt auf der ganzen Welt. Wenn Inder, Chinesen, Südamerikaner und Russen nur annähernd

so viel Auto fahren wie wir, fährt morgen niemand mehr – weder in Europa noch in den aufstrebenden Ökonomien. Selbst ein Ein-Liter-Auto würde da nicht helfen, genauso wenig wie Fortschritte in der Speichertechnik. Die Welt hat weder genug Öl noch genug Lithium für die Batterien der E-Cars – und schon gar nicht genug Stahl und noch viel weniger Platz.

Emissionsarme Autos lösen nur eines von mehreren Problemen

Elektrische Antriebe können auch Chancen bieten, aber es muss deutlich werden, in welchem Ausmaß. So könnten gerade in Ballungsräumen mithilfe von E-Cars Emissionen gesenkt werden. Aber auch die Effizienz des Ottomotors muss endlich in dem Maß gesteigert werden, wie es technisch bereits möglich ist. Die europäische Autoindustrie hat hier in den vergangenen zehn Jahren kläglich versagt. Statt auf sparsamere Modelle haben die Konzerne auf schwere und große Spritschleudern gesetzt und ihre eigene Selbstverpflichtung, bis 2008 den Flottendurchschnittsverbrauch auf 140 Gramm CO₂ pro Kilometer zu senken, deutlich verfehlt. Das Umweltbundesamt hat bereits vor zwei Jahren ein Vier-Personen-Auto aus serienfähigen Teilen gebaut, das nur 80 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt. Mehr Effizienz ist also möglich und notwendig – doch sie wird nicht reichen, um unsere Automobilität eins zu eins in eine klimafreundliche Zukunft zu retten. Und dabei geht es nicht allein um Emissionen.

Selbst wenn wir das Problem der Emissionen in den Griff bekämen, hätten wir nämlich nur eines von fünf Problemen gelöst, die das Auto mit sich bringt. Gerade in dicht besiedelten Regionen zählen erstens der gesundheitsschädliche Lärm dazu, zweitens die Unfälle, bei denen jedes Jahr in der EU fast 40.000 Menschen sterben – in fünf Jahren also so viel wie 2004 bei der Jahrhundertkatastrophe, dem verheerenden Tsunami. Drittens geben wir dem Autoverkehr immer mehr Raum, der dennoch nicht ausreicht: Staus sind ein Phänomen, das nach Berechnungen der EU-Kommission für den Verlust von einem Prozent des

Bruttoinlandsprodukts verantwortlich ist. Außerdem hat sich Deutschland verpflichtet, ab 2020 pro Tag nur noch 30 Hektar unter Beton und Asphalt verschwinden zu lassen. Heute sind es noch 117 Hektar pro Tag, was sich durch den Einsatz von E-Autos nicht im Geringsten ändern würde. Viertens schließlich geht es um die Kosten. Auch wenn die regelmäßigen Seufzer über Mineralölsteuer und sonstige Abgaben anderes vermuten lassen: Jedes Auto wird pro Jahr mit 3.000 Euro von jedem Steuerzahler subventioniert, wenn neben den Folgekosten wie Mietminderung durch Lärm, Fassadenschäden an Gebäuden auch die Arbeitsausfall-, Invaliditäts- und Krankheitskosten miteingerechnet werden. Dabei sind noch nicht einmal die Klimakosten berücksichtigt. Es ist politisch legitim, Mobilität zu subventionieren, um sie allen zu ermöglichen. Es ist aber angesichts der ökologischen und ökonomischen Herausforderungen alles andere als verständlich, warum diese Subventionen gerade in den umweltschädlichsten und ineffizientesten Verkehrsträger investiert werden.

Verkehrsträger besser verzahnen

Vor welcher Herausforderung stehen wir also? Es geht darum, zwei Ziele miteinander zu vereinbaren: unser Bedürfnis nach Mobilität mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Die Politik macht unverständlicherweise einen großen Bogen um die Herausforderung des Verkehrs. Schon beim Kyoto-Protokoll blieb der Sektor außen vor. Paradoxiert wurde ausgerechnet einer der umweltfreundlichsten Verkehrsträger, nämlich die Bahn, über den Emissionshandel an den Klimakosten beteiligt, während Straßen- und Luftverkehr verschont blieben. Der Flugverkehr wird in der EU jährlich mit mehr als 30 Milliarden Euro subventioniert. Allein in Deutschland schlägt die Befreiung von der Kerosinsteuer und bei internationalen Tickets von der Mehrwertsteuer mit knapp zwölf Milliarden Euro pro Jahr zu Buche. Mobilität muss heute viel stärker durch die Verzahnung verschiedener Verkehrsträger gewährleistet werden. Ein Konzern, der

dies verstanden hat, ist die Deutsche Bahn. Ihr Logo findet sich heute nicht mehr nur auf Zügen, sondern auch auf Lkws, Bussen, Carsharingautos und Mietfahrrädern. Eine solche Mobilitätskette sollten auch die Autokonzerne anstreben. Dass sich unser Mobilitätsmix verändert, ist schon heute zu sehen: London und Stockholm haben per Citymaut das Auto de facto zum unerwünschten Objekt in ihren Innenstädten erklärt. Der Fahrradanteil steigt allerorten – in Berlin zum Beispiel hat er sich in den letzten zehn Jahren von sechs auf 14 Prozent mehr als verdoppelt, in Kopenhagen stieg er in 20 Jahren auf das Vierfache. In deutschen Städten sind 90 Prozent aller Autofahrten kürzer als sechs Kilometer. Das sind Entfernungen, die bestens geeignet sind, um auf Bus, Bahn, Rad und Zufußgehen umzusteigen.

In einem solchen Gesamtkonzept ist auch Platz für strombetriebene Fahrzeuge. Das Europäische Parlament hat sich im Mai in einer Resolution ausdrücklich nicht nur für E-Cars, sondern für Elektromobilität in einem breiteren Verständnis ausgesprochen: als alternativen Antrieb für Busse, Straßenbahnen und E-Bikes. Gerade in Ballungszentren können elektrische Antriebe einen Beitrag gegen die Luftverschmutzung leisten. Sie können auch Radfahren in hügeligen Städten attraktiver machen und wegen der höheren Geschwindigkeit den Entfernungsradius vergrößern. Aber auch für das Auto gibt es in diesem Szenario eine Zukunft: auf dem Land, für Taxis und Carsharing. Allerdings muss seine Bedeutung für unsere Mobilität sehr stark abnehmen, wenn wir nicht die Fahrt in den globalen Verkehrskollaps riskieren wollen.

Der Verkehrsexperte Michael Cramer ist Mitglied des Europäischen Parlaments und verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. Er lebt in Berlin und Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 28-45779,
E-Mail: michael.cramer@
europarl.europa.eu,
www.michael-cramer.eu



Partizipation

Knigge für Mitbestimmung

Für die politische Teilhabe der Zivilgesellschaft gibt es jetzt einen europaweiten Verhaltenskodex

Der Europarat hat einen „Code of Good Practice“ für Bürgerbeteiligung erarbeitet. Der Kodex soll die Regierungen an ihre Pflichten zur Beteiligung der Öffentlichkeit erinnern und gleichzeitig gegen Politikmüdigkeit wirken. Ob das in Deutschland auch passiert, hängt nicht zuletzt vom verordneten Sparzwang ab. ■ VON FRANK W. HEUBERGER, BBE

Die Vorreiter heißen Großbritannien, Frankreich oder Schweden, aber auch Estland, Kroatien, Bosnien und Mazedonien: In den letzten zehn Jahren sind in einer ganzen Reihe europäischer Länder Rahmenvereinbarungen zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft abgeschlossen worden, um politische Partizipation zu fördern. Zwar ist nicht gleich sichtbar, inwiefern die Entwicklungen in diesen Ländern tatsächlich durch solche Vereinbarungen beeinflusst wurden. Es gibt aber Indizien dafür, dass ein solcher Verhaltenskodex deutliche Vorteile für alle beteiligten Seiten hat.

Die wohl bekannteste derartige Vereinbarung ist der englische Compact, der 1996 von der unabhängigen Deakin Commission gefordert wurde und Ende 1998 in vier nationalen Compacts mit den Regierungen

von England, Wales, Schottland und Nordirland mündete. Ihnen folgten kommunale Vereinbarungen zwischen Freiwilligensektor und lokalen Verwaltungen. Jährlich werden der Stand der Umsetzung und die Einhaltung des Kodexes überprüft und Vorschläge zu seiner Verbesserung und Erweiterung gemacht. Repräsentanten beider Seiten erklären übereinstimmend, dass der Compact sich sehr vorteilhaft für die Kooperation der Sektoren ausgewirkt hat, und die Regierungen halten unabhängig von ihrer politischen Farbe an ihm fest. Jüngstes Beispiel für einen Kodex ist die Ende 2008 in Schweden verabschiedete Variante, die auf nationaler wie kommunaler Ebene die Kooperation zwischen Freiwilligensektor und Regierung regelt.

Inzwischen hat dieser Prozess auch auf europäischer Ebene Fahrt aufgenommen.

Im Oktober 2007 hat das Ministerkomitee des Europarates⁽¹⁾ den „wesentlichen Beitrag von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Entwicklung und Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten, insbesondere durch die Förderung des öffentlichen Bewusstseins, die Teilnahme am öffentlichen Leben und die Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht von öffentlichen Verwaltungen“ herausgestellt. Damit unterstrichen die Minister zugleich ihre Erwartung an die europäische Zivilgesellschaft, alles zu tun, um der größten Sorge moderner Demokratien, nämlich der Entfremdung der Bürger von politischen Prozessen, mit den ihr eigenen Mitteln entschlossen entgegenzutreten. Angestrebt wurde daher ein Verhaltenskodex für Bürgerbeteiligung, der sowohl die Beiträge der Zivilgesellschaft in politischen

Abb. 1: Matrix des Code of Good Practice für zivilgesellschaftliche Beteiligung im Entscheidungsprozess (eigene Darstellung)

Schritte im politischen Entscheidungsprozess	Beteiligungsebenen					
	Agenda-Setting	Ausarbeitung	Entscheidung	Umsetzung	Überwachung	Neuformulierung
Partnerschaft	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsgruppe oder Komitee 	<ul style="list-style-type: none"> Redaktion bei der Ausarbeitung 	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Entscheidungen Mitentscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> Strategische Partnerschaften 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsgruppen oder Komitee 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsgruppen oder Komitee
Dialog	<ul style="list-style-type: none"> Anhörungen, öffentliche Foren Bürgerforen, Zukunftsgremien Schlüsselkontakte zur Regierung 	<ul style="list-style-type: none"> Anhörungen, Frage- und Antwort-Foren Sachverständigenseminare Komitees aus mehreren Interessengruppen, beratende Institutionen 	<ul style="list-style-type: none"> Offene Plenar- oder Komiteesitzungen 	<ul style="list-style-type: none"> Seminare zur Steigerung von Kapazitäten Schulungsseminare 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsgruppen oder Komitee 	<ul style="list-style-type: none"> Seminare oder Beratungsforen
Beratung	<ul style="list-style-type: none"> Petitionen Online-Beratung oder andere Beratungstechniken 	<ul style="list-style-type: none"> Anhörungen, Frage- und Antwort-Foren Sachverständigenseminare Komitees aus mehreren Interessengruppen, beratende Institutionen 	<ul style="list-style-type: none"> Offene Plenar- oder Komiteesitzungen 	<ul style="list-style-type: none"> Veranstaltungen, Konferenzen, Foren, Seminare 	<ul style="list-style-type: none"> Feedback-Mechanismen 	<ul style="list-style-type: none"> Konferenzen oder Besprechungen Online-Beratung
Information	<ul style="list-style-type: none"> Leichter, offener Zugriff auf Informationen Forschung Kampagnen, Lobbyarbeit Internetseite mit Schlüsseldokumenten 	<ul style="list-style-type: none"> Offener, freier Zugriff auf politische Dokumente Internetseiten für Schlüsseldokumente Kampagnen, Lobbyarbeit Webcasts (Internet-TV) Anregungen aus der Forschung 	<ul style="list-style-type: none"> Kampagnen, Lobbyarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> Offener Zugriff auf Informationen Internetseite zur Informationsbeschaffung E-Mail-Benachrichtigungen Häufig gestellte Fragen Öffentliche Ausschreibungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> Offener Zugriff auf Informationen Beweissammlung Auswertungen Forschungsstudien 	<ul style="list-style-type: none"> Offener Zugriff auf Informationen

Entscheidungsprozessen transparent und nachvollziehbar macht als auch öffentlichen Verwaltungen, Parlamenten und Regierungen klare Richtlinien für diesen Dialog an die Hand gibt.

2008 fanden in Stockholm, Istanbul und Kiew regionale Konsultationen für einen Kodex statt, an denen sich Vertreter aus Zivilgesellschaft und Politik aus 30 europäischen Ländern beteiligten. Anfang Oktober 2009 wurde der „Code of Good Practice“⁽²⁾ von der Konferenz der Internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGO) verabschiedet. Seitdem läuft der Prozess seiner europaweiten Bekanntheit und Implementierung.

Aushandeln statt durchsetzen

Der Code of Good Practice verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Er unterstützt zum einen die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für nationale Zivilgesellschaften, indem er Grundsätze, Richtlinien, Instrumente und Mechanismen der Bürgerbeteiligung im politischen Entscheidungsprozess festlegt. Zum anderen beinhaltet er transparente und überprüfbare Instrumente für den Dialog mit Parlamenten, Regierungen und Behörden – von der lokalen bis zur internationalen Ebene. Dahinter steht der Versuch, dem Regierungshandeln einen Rahmen zu geben, der stark auf Aushandlung und Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren setzt und damit in der Sprache der Politikwissenschaften den Übergang von „Government“ zu „Governance“ ebnet. Seine Wirkung kann der Code nur aus der Qualität und dem Erfolg nationaler Dialogprozesse selbst ziehen, denn seine Verbindlichkeit stützt sich auf die gegenseitige Anerkennung vereinbarter Parameter der Kooperation, nicht aber auf die Möglichkeit, Durchsetzungs- oder Sanktionsinstanzen anrufen zu können.

Die besondere Qualität des Codes besteht in dem gelungenen Versuch, eine für alle dialog- und prozessbeteiligten Seiten transparente Grundstruktur oder Matrix (vgl. Abb. 1) zur Bürgerbeteiligung vorzulegen, in der die aufeinander aufbauenden Schritte eines politischen Entscheidungs-

prozesses mit verschiedenen Graden oder Ebenen der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure verknüpft werden. Die Elemente der Beteiligung in der Reihenfolge ansteigender Intensität reichen von der einfachen Bereitstellung von Informationen über Beratung und Dialog bis zu partnerschaftlicher Beziehung zwischen NGOs und Behörden. Die sechs Schritte des politischen Entscheidungsprozesses, der dabei als Kreislauf verstanden wird, erstreckt sich vom Agenda-Setting, also der Themensetzung, über die Ausarbeitung einer politischen Linie, die Entscheidungsfindung und die Umsetzung und Überwachung bis hin zur möglichen Neuformulierung eines politischen Themas. An jedem Punkt des Entscheidungsprozesses (in der Darstellung von links nach rechts laufend) gibt es verschiedene Ebenen der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure (von oben nach unten).

Gute Voraussetzungen jetzt nutzen

Für Deutschland fällt die Bewertung zur Etablierung besserer Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement auf allen föderalen Ebenen zunächst zwispältig aus. Das Bundesfamilienministerium hat in dem Bemühen, eine ressortübergreifende, abgestimmte nationale Engagementstrategie auf den Weg zu bringen, im vergangenen Jahr das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) damit betraut, ein „Nationales Forum für Engagement und Partizipation“ einzuberufen. Hier wurden Fragen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements diskutiert – von den Infrastrukturen der lokalen Engagementförderung über die Freiwilligendienste, Fragen moderner Bildung, des Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrechts bis hin zu Corporate Citizenship. Anschließend wurden abgestimmte Handlungsempfehlungen an das Ministerium übergeben. Dieser Prozess ging im Frühjahr 2010 in sechs Dialogforen weiter. Erklärtes Ziel ist es, über einen Beschluss des Bundeskabinetts Eckpunkte einer Nationalen Engagementförderstrategie festzulegen und dafür einen verbindlichen Handlungsrahmen abzustecken.

Legt man an das „Projekt“ Nationales Forum als erstem Schritt zu einer Engagementstrategie die Parameter der Matrix für Bürgerbeteiligung an, befindet es sich beim politischen Entscheidungsprozess in der Phase der Ausarbeitung. Was die Ebene der Beteiligung der deutschen Zivilgesellschaft angeht, steht das Forum etwa zwischen Dialog und Partnerschaft. Das sind nicht die schlechtesten Voraussetzungen, um auch bei der Ausformulierung der weiteren politischen Schritte zivilgesellschaftlich zu partizipieren. Mit dem Nationalen Forum verbindet sich daher die Erwartung an die Etablierung eines dauerhaften Dialogs mit der deutschen Zivilgesellschaft. Dies entspräche durchaus den Vorstellungen, wie sie im Code of Good Practice formuliert sind. Allerdings sind die Regeln des Codes bisher nicht direkt Gegenstand des Forumsprozesses gewesen. Genau das wäre aber für eine dauerhafte und erfolgreiche Governance-Perspektive nötig. Ob dieser Weg eingeschlagen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, dass der jetzt verordnete Sparkurs die Bemühungen der letzten zwei Jahre nicht obsolet werden lässt.

Anmerkungen

- ▶ (1) Der Europarat ist eine internationale europäische Institution unabhängig von der EU. Er wurde 1949 gegründet und hat seinen Sitz in Straßburg. Neben den 27 EU-Mitgliedern sind 20 weitere europäische Länder Mitglied im Europarat. Seine beiden Hauptorgane sind das Ministerkomitee, in dem die Mitgliedstaaten durch ihre Außenminister vertreten werden, und die Parlamentarische Versammlung des Europarates, in die die nationalen Parlamente Vertreter entsenden. Mehr unter: www.coe.int
- ▶ (2) www.coe.int/t/ngo/source/code_good_practice_en.pdf
Deutsche Fassung in Kürze auf www.b-b-e.de/?14393

Der Soziologe Dr. Frank W. Heuberger ist Chef der Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Mainz. Er ist Sprecher der Arbeitsgruppe Engagement und Partizipation in Europa im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Kontakt:
Tel. +49 (0)6131 / 16-4247,
E-Mail: [frank.heuberger@
stk.rlp.de](mailto:frank.heuberger@stk.rlp.de),
www.stk.rlp.de,
www.wir-tun-was.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Abfallpolitik

Biomüllstrategie bleibt vage

■ Die EU-Kommission hat im Mai eine Mitteilung über die künftigen Schritte im Biomüllmanagement vorgelegt. Darin finden sich unter anderem Fakten zum Abfallaufkommen, eine Auflistung bisheriger Regelungen und Politikmaßnahmen sowie die Vorteile, die sich aus dem geregelten Umgang mit kompostierbaren beziehungsweise für Biogas verwendbaren Abfällen ergeben können. Eine erfolgreiche Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie und des Deponierungsverbots unsortierter Abfälle sowie ehrgeizige Recyclingziele könnten in den nächsten 20 Jahren einen ökologischen und ökonomischen Nutzen von bis zu sieben Milliarden Euro einbringen. Außerdem könnten 34 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, so die EU-Kommission. Bei den Mitgliedstaaten müssten organische Abfälle in den bis 2013 zu erstellenden Müllvermeidungsplänen eine große Rolle spielen, so die Behörde.

Doch zu einer eigenen Richtlinie mit verbindlichen Sammelzielen für Biomüll konnte sich die Kommission nicht durchringen. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmte Anfang Juni allerdings mit deutlicher Mehrheit für eine Resolution des Berichterstatters José Manuel Fernandes (Portugal, Konservative) und sprach sich für eine solche Richtlinie aus.

Umweltverbände fordern seit Jahren eine Bioabfallrichtlinie, stoßen bei der EU-Kommission aber auf taube Ohren. Umweltkommissar Janez Potočnik sagte dazu, die EU habe umfassende Rechtsvorschriften über Bioabfälle, sie müssten nur um- und durchgesetzt werden. Nach Ansicht der Verbände sind derart vorsichtige Appelle an die säumigen Mitgliedstaaten allerdings kaum ausreichend. [jg]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 20. Mai 2010 und 03. Juni 2010)
- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/kom-2010-235.pdf

Energie aus Bioabfall

Rosige Prognose

■ Eine Studie der Unternehmensberatung Frost & Sullivan hat Technologien zur Umwandlung von Bioabfällen in Energie hohe Wachstumszahlen prognostiziert. Bis 2016 werde der europäische Markt auf 3,6 Milliarden US-Dollar anwachsen. Der deutsche Markt habe im letzten Jahr 77 Prozent vom europäischen Gesamtmarkt ausgemacht und 998 Millionen US-Dollar erwirtschaftet. Vor allem durch staatliche Maßnahmen und günstige Kredite sei der Markt in Deutschland in den letzten zehn Jahren exponentiell angewachsen. Ähnliche Maßnahmen führten nun auch andere EU-Länder wie Italien ein. Daher sei ein starkes Wachstum zu erwarten.

Umweltverbände fordern, dass auch bei der Produktion von Energie aus Bioabfällen Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Bei unsachgemäßer Behandlung der Rohstoffe würden zudem Methan und Ammoniak frei, was positive Klima- und Umwelteffekte wieder zunichtemachen könnte. [jg]

- ▶ www.frost.com

Chemikalienrecht

Anpassung an EU-Recht

■ Bis zum 21. Juni hatten Bundesländer und Verbände Zeit, zum Gesetzentwurf zur Anpassung des deutschen Chemikalienrechts an eine europäische Verordnung Stellung zu nehmen. Die sogenannte CLP-Verordnung Nr. 1272/2008 regelt die Einstufung und Kennzeichnung (Classification, Labelling, Packaging) gefährlicher Chemikalien neu. Der Gesetzentwurf muss aber noch den üblichen parlamentarischen Weg nehmen.

Für das nach den Vorgaben eines auf UN-Ebene weltweit abgestimmten Systems (GHS) ist ein Übergangszeitraum bis 2015 vorgesehen. Spätestens dann gelten neue Symbole zur Warnung vor Gefahren. [jg]

- ▶ Gesetzentwurf: www.bmu.de/chemikalien

Gefährliche Chemikalien

Umweltverbände und Industrie fordern Verbote

■ Neben Umweltverbänden hat im Mai auch eine Gruppe von Industrieverbänden ab 2015 Verbote von bromierten Flammenschutzmitteln und PVC in neuen Elektrogeräten gefordert. Sie plädieren für eine Erweiterung der Vorschriften in der zurzeit in Revision befindlichen RoHS-Richtlinie. Diese EU-Vorschrift soll die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten beschränken. Die derzeit gültige Fassung schränkt die Verwendung bestimmter Schwermetalle und bromierter Flammenschutzmittel ein. Die Firmen Acer, Dell, Hewlett-Packard und Sony Ericsson haben sich zusammen mit Umweltverbänden wie dem Europäischen Umweltbüro und ChemSec in einem gemeinsamen Statement an die Öffentlichkeit gewandt. Ziel der Kampagne ist es, den Ausstoß an Dioxinen weltweit zu verringern.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) hatte Anfang Juni einer Ausweitung der bisherigen Richtlinie zwar zugestimmt, allerdings wurden Verbotsforderungen für bestimmte Giftstoffe auf später verschoben. Die Neufassung der RoHS-Richtlinie erweitert deren Geltungsbereich prinzipiell auf alle Elektrogeräte, die bisher nicht unter die Regelung fielen – wenngleich es Ausnahmeregelungen gibt. Außerdem sprachen sich die Abgeordneten für eine Kennzeichnungs- und Sicherheitsdatenmeldepflicht für verwendete Nanomaterialien aus sowie für ein Verbot von Nanosilber und bestimmten Nanokohlenstoffröhrchen, die eine ähnlich verheerende Wirkung wie Asbestfasern haben. Statt eines Verbotes von PVC und bromierten Flammenschutzmitteln soll es aber nur eine Prioritätenliste mit Stoffen geben, die einer späteren Verbotsprüfung unterzogen werden sollen. Auch die Einbeziehung weiterer Anwendungen bei Energietechnologien wie zum Beispiel Cadmium in Solarzellen soll 2014 noch einmal geprüft werden, der ENVI stimmte hier zunächst für eine Ausnahmeregelung. Frida Hök, Sprecherin der schwedischen Umweltorganisa-

tion ChemSec, nannte das aufgeschobene Verbot von PVC und bromierten Flamm- schutzmitteln „eine Enttäuschung und eine verpasste Chance“. Christian Schaible vom Europäischen Umweltbüro (EEB) verwies auf existierende Alternativen für diese gefährlichen Substanzen und forderte den EU-Umweltministerrat auf, für eine verantwortlichere Produktpolitik zu kämpfen, die unnötige Risiken für Umwelt und Gesundheit vermeidet.

Das EU-Parlament wird im Juli über die Neufassung der RoHS-Richtlinie abstimmen. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/rohs-pvc-verbot2010
- ▶ ChemSec, Frida Hök, Stockholm, Tel. +46 (0)709 / 721257, E-Mail: frida@chemsec.org
- ▶ EEB, Christian Schaible, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891094, E-Mail: christian.schaible@eeb.org

Chemikalien in Klimaanlage

Autobauer (ent)täuschen

■ Die im Verband der Automobilindustrie (VDA) zusammengeschlossenen Hersteller haben Ende Mai erklärt, in Auto- klimaanlagen in Zukunft flächendeckend den halogenierten Fluorkohlenwasserstoff 1234yf einzusetzen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) forderte daraufhin den Rücktritt von VDA-Präsident Matthias Wissmann. Dieser habe 2007 angekündigt, den Einsatz chemischer Kältemittel innerhalb des VDA nicht weiterverfolgen zu wollen. Die DUH hält das Umschwenken daher für eine Täuschung der Öffentlichkeit. Der Verband verwies auf Marktrisiken, wenn er als Einziger auf andere Mittel setze.

Bei 1234yf handelt es sich nach DUH-Angaben um eine entzündliche Chemikalie, die im Brandfall Flusssäure bildet und für die es längst umweltfreundlichere Alternativen auf CO₂-Basis gibt.

In Europa ist ab Januar 2011 die Verwendung des bisherigen Kältemittels R134a aus Klimaschutzgründen in Autoklimaanlagen neuer Fahrzeugtypen verboten. [jg]

- ▶ DUH, Eva Lauer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-76, E-Mail: lauer@duh.de, www.duh.de

EU-Chemikalienpolitik

REACH-Überprüfung 2012

■ Die Europäische Kommission hat eine in Brüssel ansässige Umweltberaterfirma damit beauftragt, die Öffentlichkeit bei der Überprüfung der EU-Chemikalienverordnung einzubeziehen. Auf einer Internetseite können interessierte Gruppen bis Anfang Dezember melden, wenn sie Überschneidungen mit anderen EU-Gesetzen oder Regelungslücken für noch nicht einbezogene Probleme sehen. Das sind unter anderem Ausnahmeregelungen, Definitionen, Risikobewertungsverfahren, Methoden bei der Genehmigung und Beschränkung von Stoffen sowie bestimmte Substanzen.

Auch Umweltverbände sind aufgerufen, sich an dieser Konsultation zu beteiligen. Unter den Punkt „Sonstiges“ könnten aus Umweltsicht zum Beispiel die unklaren Regelungen zu Nanotechnologie oder die Nutzung von Versuchstieren fallen. [jg]

- ▶ www.reachscope.eu/stakeholder-input.html

Nanotech-Konsultation

Es fehlen Daten und Regeln

■ Der Bericht über die Konsultation zum Strategischen Nanotechnologieaktionsplan (SNAP) liegt vor. 716 Antworten von Behörden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Einzelpersonen und aus der Wissenschaft wurden ausgewertet.

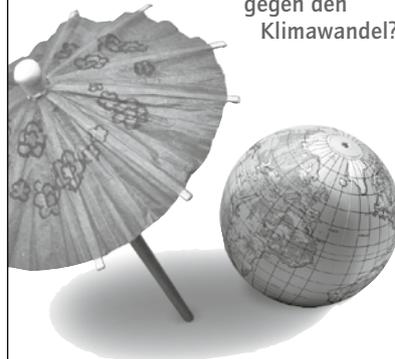
Sowohl ExpertInnen als auch die Öffentlichkeit erkennen Chancen in den Nanotechnologien, aber auch große Risiken. Bei der Verwendung von Nanomaterialien in der Landwirtschaft und bei Lebensmitteln, Gesundheitsvorsorge und in der Umwelt überwiegt die Skepsis, hier sieht die Mehrheit der Befragten hohe Risiken. Denn über die Toxizität und die Wirkung von Nanomaterialien für Umwelt und Gesundheit sowie zum Schutz von ArbeitnehmerInnen liegen zu wenig Erkenntnisse vor. Ein Ergebnis der Konsultation sind Forderungen nach besserer Information für KonsumentInnen sowie

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Geo-Engineering

Notwendiger Plan B gegen den Klimawandel?



Großtechnologien, die den globalen Temperaturanstieg radikal bremsen sollen, sind salonfähig geworden. Egal, ob sie die Erde beschatten oder Klimagas aus der Atmosphäre fischen – die Unwägbarkeiten von Geo-Engineering sind mindestens ebenso großskalig wie die Technologien. Die *politische ökologie*¹²⁰ lüftet den Deckel der Black Box Geo-Engineering: Sie erläutert die verschiedenen technologischen Ansätze und diskutiert Chancen, Risiken und Nebenwirkungen.

Mit Beiträgen von O. Renn, K. Ott, P. Mooney, A. Grunwald, A. Oshlies, U. Potzel, u.v.m.



Geo-Engineering
politische ökologie Heft 120
72 Seiten, 14,90 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-226-1

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

nach einer Bestandsaufnahme der Arten des Nanomaterials und des Gebrauchs von Nanotechnologien.

Die Konsultation lief vom 18. Dezember 2009 bis zum 19. Februar 2010. Die meisten Antworten kamen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Spanien. Gut fünf Prozent der TeilnehmerInnen vertraten NGOs, rund die Hälfte der Kommentare stammten aus der Forschung. Im Anhang des 143 Seiten starken Berichts sind auch Originalkommentare aus den Befragungen nachzulesen, die über den vorgegebenen Fragebogen hinausgehen. Darunter sind Stellungnahmen des Europäischen Umweltbüros (EEB), von Women in Europe for a Common Future (WECF), vom Deutschen Tierschutzbund und vom Sachverständigenrat für Umweltfragen. [jg]

- EU-Kommission zur SNAP-Konsultation: www.kurzlink.de/nano-snap2010.pdf

Emissionen

Schiffe erstmals sauberer

■ Zum ersten Mal seit fast 20 Jahren sind die Emissionen, die durch Marinedieselöl verursacht werden, leicht gesunken. Das ist das Hauptergebnis einer Datenanalyse der Europäischen Umweltagentur (EEA). Der durch die Schifffahrt bedingte Treibhausgasausstoß ging 2008 demnach um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 171 Millionen Tonnen zurück. Die Emissionen des Luftverkehrs stagnierten dagegen auf hohem Niveau.

Die Gründe für die Werte im Schiffsverkehr liegen laut EEA in hohen Kohlepreisen, billigerem Erdgas und einem gestiegenen Einsatz erneuerbarer Energien. Außerdem trug die Rezession vor zwei Jahren zu dem Rückgang bei. Von dem Ziel der EU, in den kommenden zehn Jahren 20 Prozent Treibhausgasemissionen einzusparen sind diese Zahlen allerdings noch weit entfernt. Vorläufige Daten für 2009 will die Umweltagentur im Spätsommer vorlegen. [mbu]

- EEA: www.kurzlink.de/eea-schiffsabgase

Mobilfunkstrahlung

Hirntumoren durch Handys?

■ Die im Mai veröffentlichten Ergebnisse einer vom Internationalen Krebsforschungszentrum (IARC) der WHO in Lyon koordinierten und von der EU geförderten Studie zu Risiken der Handynutzung haben eine heftige Debatte ausgelöst. Die sogenannte Interphone-Studie sollte klären, ob die häufige Nutzung von Mobilfunktelefonen über mehr als zehn Jahre das Risiko erhöht, an einem Gehirntumor zu erkranken. Laut WHO-Studie besteht kein erhöhtes Risiko, durch den Handygebrauch an einem Gliom oder Meningeom, den am häufigsten vorkommenden Hirntumoren, zu erkranken. Es habe Hinweise gegeben, dass es bei Vielfachgebrauch höhere Risiken gebe, dies habe aber wissenschaftlich nicht stichhaltig bewiesen werden können. Die langfristige intensive Nutzung bedürfe zudem weiterer Forschung. Die Studie fand bereits zwischen 2000 und 2004 in 13 Ländern statt. Etwa 6.500 Erkrankte wurden erfasst, hinzu kamen mehr als 7.000 Kontrollpersonen. Die Mobilfunkindustrie begrüßte die Ergebnisse, die bestätigten, dass Handys sicher seien.

Der BUND sieht in der bislang größten epidemiologischen Untersuchung zum Thema aber keine Entwarnung und kritisiert Defizite bei der Fragestellung und dem Zielgruppenzuschnitt. So seien Kinder und Jugendliche gar nicht untersucht worden. Zu den „regelmäßigen Nutzern“ hätten auch Personen gehört, die nur einmal pro Woche per Handy telefonierten. Die Nutzungszeiten seien heute aber erheblich länger. Die Bildung von Hirntumoren durch Handynutzung könne nach wie vor nicht mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden, so BUND-Mobilfunkexperte Bernd Rainer Müller. „Selbst die Wissenschaftler, die die Studie durchgeführt haben, schließen erhöhte Krebsrisiken durch Mobiltelefone nicht aus“, sagte Müller. „Deshalb muss der Gebrauch von Handys vor allem bei Kindern und Jugendlichen eingeschränkt werden.“

Eigentlich hätten die Daten bereits 2005 veröffentlicht werden sollen. Viel Zeit wurde dafür verwendet, mögliche Fehler

auszuschließen. Doch auch darüber gibt es jetzt Debatten, denn eine neue Überprüfung der Ergebnisse (Re-Evaluation) mit WissenschaftlerInnen um den Wiener Umwelthygieniker Michael Kundi kam zu dem Ergebnis, dass ein 25 Prozent höheres Risiko bestehe.

ExpertInnen raten, möglichst wenig mit dem Handy zu telefonieren, und wenn, dann mit Freisprechanlage, außerdem möglichst nicht aus sich bewegendem Fahrzeugen und nicht in Gebäuden mit Stahlträgern. In Kinderzimmern und auf Nachttischen sollten Mobilfunktelefone gar nicht erst aufbewahrt werden.

Mitte April hat die Bundesnetzagentur weitere Mobilfunkfrequenzen versteigert, um letzte Funklöcher zu schließen und den neuen Übertragungsstandard Long Term Evolution (LTE) einzuführen. Nach Angaben der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen von Ende Mai wird die Strahlenbelastung in Deutschland dadurch insgesamt zunehmen, aber innerhalb der gesetzlichen Grenzwerte bleiben. [jg]

- BUND, Bernd Rainer Müller, Tel. +49 (0)30 / 27586-464, www.bund.net
- Hintergrund: www.elektromognews.de
- Elektromog-Ratgeber: www.ratgeber.vzbv.de
- LTE-Anfrage: www.kurzlink.de/dip1701709.pdf

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Zukunftsforschung

Agrar- und Energiefragen bestimmen das Weltchicksal

■ Wie sich die Welt mit Energie und mit Nahrung versorgt, wird über die Zukunft der Menschheit im 21. Jahrhundert entscheiden. Das Internationale Expertengremium für nachhaltiges Ressourcenmanagement beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP hat in einer Studie gezeigt, dass die bisher betriebene Energie- und Agrarpolitik schon bald an die ökologischen Grenzen der Erde sto-

ßen wird. Wegen ihrer Umweltwirkungen müssten diese beiden Sektoren dringend vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt werden, so die Autoren.

Die globale Landwirtschaft verbraucht der Studie zufolge 70 Prozent der Süßwasserreserven und nutzt 38 Prozent der Böden. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln verursacht demnach rund ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase und ein Drittel der Umweltverschmutzung in Europa. Statt klimaintensiver Ernährung sollte die Bevölkerung von proteinreicher tierischer Nahrung besser auf mehr vegetarische Kost umsteigen, empfehlen die AutorInnen.

Die fossile Energieerzeugung und -nutzung hat laut Studie den führenden Anteil an der weltweiten Verschlechterung des Umweltzustands. Die verantwortlichen Industrien müssten erhebliche Veränderungen vornehmen.

Der Bericht behandelt die Umweltauswirkungen von Produktion und Konsum. Schlüsselprobleme, die schnell von der Menschheit gelöst werden müssten, seien unter anderem der Klimawandel, die Veränderung der Ökosysteme, die übermäßige Verwendung von Stickstoff und Phosphor, die Überfischung der Meere, invasive Arten, verseuchtes Trinkwasser sowie die Blei- und die Feinstaubbelastung. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/unep-21-studie
- ▶ www.uneptie.org/scp/rpanel

Rohstoffpolitik

Kobalt & Co. werden knapp

■ Laut einer Mitte Juni unter dem Vorsitz der EU-Kommission veröffentlichten Bestandsaufnahme des Zugangs zu Rohstoffen in der EU treten bei der Versorgung mit einigen Rohstoffen zunehmend Engpässe auf. Der Bericht analysiert 41 Mineralien und Metalle, von denen er 14 als „kritisch“ einstuft: Antimon, Beryllium, Kobalt, Flussspat, Gallium, Germanium, Grafit, Indium, Magnesium, Niob, Metalle der Platingruppe, seltene Erden, Tantal und Wolfram. Diese 14 seien für die EU

von entscheidender Bedeutung, so die Autoren. Bei einigen dieser Rohstoffe werde sich bis 2030 die Nachfrage gegenüber 2006 mehr als verdreifachen. Viele dieser Rohstoffe kommen nur in wenigen Ländern vor. Viele Schwellenländer versuchen laut Bericht mittlerweile die Kontrolle über ihre Ressourcen zu behalten.

Der Bericht fordert Maßnahmen wie effizienteres Recycling von Rohstoffen und rohstoffhaltigen Produkten oder die Forschung zu Ersatzstoffen für knappe Rohstoffe. Die Studie wurde im Rahmen der EU-Rohstoffinitiative von 2008 erarbeitet. Im Herbst will die EU-Kommission eine Mitteilung über Strategien zur Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffen veröffentlichen. Die Ergebnisse des Berichts sollen in den Entwurf einfließen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/752)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

UN-Klimaverhandlungen

Weitere Fortschritte blockiert

■ Die zweiwöchigen UN-Klimaverhandlungen in der ersten Junihälfte in Bonn sind weitgehend ergebnislos verlaufen. Bis kurz vor Schluss lag noch eine neuer Verhandlungstext auf dem Tisch, den aber einige ölproduzierende Staaten in letzter Minute blockierten. Der scheidende Chef des UN-Klimasekretariats Yvo de Boer zeigte sich dennoch optimistisch. So könne der Text bis zum nächsten Klimagespräch im August in Bonn so überarbeitet werden, dass ihn alle Staaten als Verhandlungsgrundlage akzeptieren könnten.

Auch Christoph Bals von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Ger-

manwatch gab eine positive Prognose ab: „Verhandlungspakete zum Schutz des Regenwaldes, zur Unterstützung der vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen sowie zu Technologiekoperationen könnten Ende des Jahres in Mexiko beschlossen werden. Zugleich könnte dort das Mandat erteilt werden für ein umfassendes, rechtlich verbindliches Abkommen ein Jahr später in Südafrika.“

Ein Antrag der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS), vom UN-Klimasekretariat klären zu lassen, was eigentlich bei einem Anstieg der globalen Erdtemperatur um 1,5 Grad passieren würde, blieb ebenfalls erfolglos. Während die EU, Australien und viele weitere Staaten den Vorstoß unterstützten, lehnte Saudi-Arabien den Antrag zusammen mit anderen Ölstaaten ab.

Ab Juli übernimmt die costaricanische Diplomatin Christiana Figueres das Amt von de Boer. Vor dem Klimagipfel im Dezember in Mexiko soll es noch zwei Vorbereitungstreffen in Bonn und in einer chinesischen Stadt geben. [mv]

- ▶ Germanwatch, Christoph Bals, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604920, E-Mail: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org

Energiepflanzen

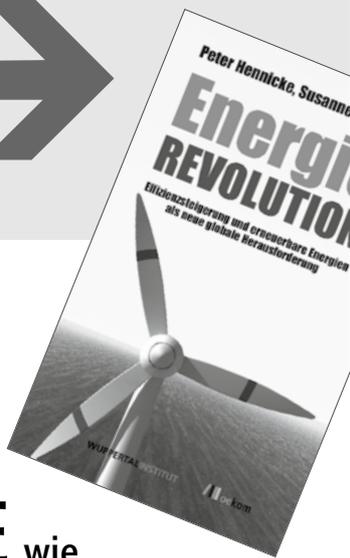
Bis zum Horizont

■ Die Biotreibstoffindustrie hat große Pläne: Bis 2045 sollen 480 Millionen Hektar Land für den Anbau von Energiepflanzen genutzt werden. Das ist mehr als die Gesamtfläche Europas. Auf der internationalen Konferenz World Biofuels 2010 im spanischen Sevilla präsentierte die Industrie Mitte Mai ihre Wachstumsprognosen. Umweltschützer und Menschenrechtsorganisationen kritisierten die massiven Ausbaupläne. Die Ressourcen an Land und Wasser seien bereits jetzt begrenzt und die Hungersnot würde sich weiter verschärfen. Derzeit ist mehr als eine Milliarde Menschen unterernährt. [mv]

- ▶ www.kurzlink.de/agrosprit-plan-2010

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energiezukunft

Konflikte, Preisrisiken und verheerende Klimawirkungen leiten das Ende der fossilen Energieträger ein. Die Kernkraft ist dabei keine Alternative, sie verlagert nur Risiken statt sie abzubauen.

Dieses Handbuch zeigt, dass die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer nur im globalen Zusammenspiel von Effizienztechnologien und erneuerbaren Energien die Zukunft unserer Energieversorgung sichern und Gerechtigkeit und Entwicklungschancen schaffen können.

P. Hennicke, S. Bodach

Energierévolution

Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als neue globale Herausforderung

221 Seiten, 19,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-205-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Die guten Seiten der Zukunft

EU-Energieministerrat

Keine strengeren Energieeffizienzziele

Die EU-Energieminister haben sich Ende Mai bei ihrem Treffen in Brüssel dagegen ausgesprochen, das Energieeffizienzziel rechtlich verbindlich auszugestalten. Ihrer Ansicht nach sollten die Mitgliedstaaten in ihrer Zielsetzung frei bleiben. Der deutsche Wirtschaftsminister Rainer Brüderle sagte, Effizienzziele dürften keine „Wachstumsbremse“ sein.

Auf dem EU Gipfel Mitte Juni in Brüssel hatten die Staats- und Regierungschefs die sogenannte Europa-2020-Strategie beschlossen und darin auch das Energieeffizienzziel aufgenommen. Europa 2020 soll die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ablösen (umwelt aktuell 04.2010, S. 22). Die Regierungschefs verständigten sich darauf, dass die 2007 beschlossenen Klimaziele Bestandteile der neuen Strategie werden. Dennoch bleibt das Ziel, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Trend zu senken, das einzige der drei europäischen Klimaziele, das rechtlich nicht verbindlich ist. Nach Schätzung der Kommission wird die EU mit den bisher ergriffenen Maßnahmen nur etwa die Hälfte der angepeilten Energieeinsparungen erreichen. Die EU-Kommission hatte daher die Mitgliedstaaten vor dem Gipfel aufgefordert, ihre nationalen Effizienzziele einzureichen.

Ende Mai hatte die Klima-Allianz Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem offenen Brief aufgefordert, sich auf dem Gipfeltreffen für ein verbindliches Effizienzziel einzusetzen. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis aus rund 100 Organisationen führte gerade die wirtschaftlichen Vorteile, die Deutschland mit einer ambitionierten Effizienzpolitik erschließen könnte, als Begründung an. Deutschland gehört weltweit zu den Marktführern bei Effizienztechnologien und -produkten. [mv]

- ▶ Offener Brief der Klima-Allianz:
www.kurzlink.de/brief-effizienz
- ▶ Schlussfolgerungen des Energieministerrates:
www.kurzlink.de/ministerrat-05-10

EU-Emissionshandel

Wirtschaft schrumpft, Klima dankt

Die EU-Kommission hat für 2009 einen europaweiten Rückgang der CO₂-Emissionen der Unternehmen, die unter den Emissionshandel fallen, bekannt gegeben. Hauptursache ist allerdings die Wirtschaftskrise. Aus den Mitte Mai veröffentlichten Zahlen geht hervor, dass die CO₂-Emissionen 2009 in allen EU-Staaten gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. Europaweit fielen die Emissionen von Unternehmen, die am Zertifikatehandel teilnehmen, um 11,6 Prozent, in Deutschland um neun Prozent.

Der geringere CO₂-Ausstoß lässt jedoch nicht darauf schließen, dass Unternehmen stärker in emissionsarme Technik investiert haben. Hauptursachen sind der Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit aufgrund der europaweiten Rezession sowie niedrige Gaspreise, die es attraktiver machten, Energie aus Gas statt aus Kohle zu gewinnen. EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard betonte, dass die Wirtschaftskrise das Preissignal des Emissionshandels verzerrt habe und es deshalb für die teilnehmenden Betriebe einfacher geworden sei, Emissionen einzusparen. Sie befürchte, dass fehlende Investitionen der Unternehmen in umweltschonende Technik ihre zukünftige Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigten.

Aus den veröffentlichten Emissionswerten geht außerdem hervor, dass die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (Clean Development Mechanism und Joint Implementation), die es Unternehmen erlauben, CO₂-Reduktionsmaßnahmen in andere Länder zu verlagern, kaum genutzt wurden. Nur vier Prozent aller Zertifikate wurden so generiert, das Achtfache wäre erlaubt gewesen. Auch hier ist die Wirtschaftskrise die Ursache: Da die Unternehmen ohne große Anstrengungen ihre Reduktionsziele erreichen konnten, entfiel der Anreiz, über die Mechanismen kostengünstig CO₂-Zertifikate zu erwerben. [at]

- ▶ www.kurzlink.de/ets-emissions-09

EU-Klimaschutzziel

Hedegaard rudert zurück

■ EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard hat den Vorschlag der Kommission, die CO₂-Emissionen um 30 Prozent bis 2020 zu senken, nun doch wieder zurückgezogen. Widerstand dagegen war vor allem von Deutschland und Frankreich gekommen. Ende Mai hatte die EU-Kommission eine Analyse vorgestellt, in der sich Kosten, Nutzen und Optionen einer weiteren Treibhausgasenkung um 30 Prozent bis 2020 untersucht hatte. Daraus geht hervor, dass die Kosten für eine weitere Reduktion aufgrund der Wirtschaftskrise sowie niedriger CO₂-Preise stark gesunken sind. Demnach würde die Erreichung des 30-Prozent-Ziels bis 2020 nun kaum mehr kosten als ursprünglich für das 20-Prozent-Ziel veranschlagt war.

Auf Druck der Gegner erklärte Hedegaard nun, dass eine einseitige Erhöhung derzeit „keinen Sinn“ mache, die EU sich aber für den nächsten Weltklimagipfel in Mexiko richtig aufstellen wolle. Die Verschärfung der Reduktionsziele sei außerdem im Interesse der EU, die wegen der Krise nicht genügend in grüne Energien investiert habe.

Umweltverbände kritisierten die zögernde Haltung der EU und Deutschlands. Die Koordinatorin der Klima-Allianz, Christina Hering, sagte: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich Deutschland gegen die Anhebung der europäischen Klimaschutzziele ausspricht. Durch die Wirtschaftskrise werden die Kosten für die Erhöhung der europäischen Treibhausgasreduktionen geringer ausfallen als gedacht. Außerdem wird sich diese Investition durch zukunftsfähige Arbeitsplätze und Innovationen auszahlen.“

Auf der Sitzung des EU-Umweltministerrats Mitte Juni in Luxemburg sprachen sich die Minister von Großbritannien, Frankreich, Irland und Dänemark unter Verweis auf den erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung für die Erhöhung des Ziels auf 30 Prozent aus. [at, mv]

- Studie der EU-Kommission (PDF): www.kurzlink.de/30-prozent-analyse

Biokraftstoff-Zertifizierung

Umweltverbände kritisieren Umweltkriterien

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) hat Anfang Juni zwei Mitteilungen und eine Entscheidung der EU-Kommission vorgestellt, die Nachhaltigkeitskriterien für die Zertifizierung von Biokraftstoffen festlegen. „Es ist strikt verboten, Tropenwälder zu roden oder Moore trockenzulegen, um Pflanzen für Biokraftstoffe anzubauen“, sagte Oettinger. Auch müsse Biosprit mindestens 35 Prozent weniger CO₂ ausstoßen als herkömmlicher Kraftstoff.

Die vier europäischen Umweltorganisationen BirdLife International, ClientEarth, Europäisches Umweltbüro (EEB) und Transport & Environment warfen der Kommission dagegen vor, das Problem der Ausbreitung von Agrarland in ökologisch sensible Gebiete, indem die Nahrungsmittelproduktion durch Energiepflanzen verdrängt wird, keineswegs gelöst zu haben. In diesem Fall spricht man von indirekter Landnutzungsänderung, die nicht von den EU-Nachhaltigkeitskriterien erfasst ist. „Solange die Kommission nicht bereit ist, sich mit dem Problem zu befassen, sind alle Versuche der EU, Biosprit als nachhaltig zu verkaufen, irreführend“, sagte Nusa Urbancic von Transport & Environment.

Die vier Umweltverbände hatten die EU-Kommission im März wegen der Vorhaltung wissenschaftlicher Dokumente verklagt (umwelt aktuell 04.2010, S. 13). Die Papiere sollen Informationen über die negativen Auswirkungen einer gesteigerten Biokraftstoffnachfrage der EU auf Umwelt und Lebensmittelpreise enthalten. Nach eigenen Angaben hält die Kommission noch 140 Dokumente zurück.

Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll der Anteil regenerativer Energien im Verkehr bis 2020 EU-weit zehn Prozent betragen. Das soll hauptsächlich mit Biokraftstoffen erreicht werden. Vor der Verabschiedung der Richtlinie Ende 2008 war die EU-Kommission wegen der von Kritikern vorausgesagten verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen

einer erhöhten Biospritnachfrage massiv unter Beschuss geraten. [mv]

- Memo, Mitteilung und Entscheidung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/biosprit-kriterien
- www.eeb.org, www.birdlife.org
- www.transportenvironment.org

Teersandprojekte

„Ölpest an Land“

■ Die Ölsandprojekte im Nordwesten Kanadas bergen größere ökologische, soziale und finanzielle Risiken als die Ölförderung im Meer. Das ergab eine von der internationalen Erdölwirtschaft in Auftrag gegebene und im Mai veröffentlichte Analyse der aus Investoren und Umweltorganisationen bestehenden Gruppe Ceres. Danach investieren Ölkonzerne wie BP, ExxonMobil und Shell mehrere Hundert Milliarden US-Dollar in die aufwendige, energie- und wasserintensive Förderung im Norden der Provinz Alberta, die Trinkwasservorräte vergiftet und große Waldflächen vernichtet habe. Langfristig könnten die Investitionen zu Verlusten werden, warnt der Ceres-Bericht.

„Die Ölsandförderung ist gleichsam die in Zeitlupe ablaufende Landversion der Ölkatastrophe im Golf“, erklärte der Klimarisikoforscher Doug Cogan, einer der Autoren. Die giftigen Abwässer würden in Stauseen gespeichert, die über 200 Quadratkilometer Fläche einnehmen und in denen „Schwärme von Zugvögeln“ verendeten. Für Böden, Trinkwasser und Bevölkerung bestehe Vergiftungsgefahr. Ein berstender Abwasserspeicher könne eine Katastrophe auslösen.

Laut dem Bericht wurde die Ölförderung im Golf von Mexiko und auf Kanadas Ölsandfeldern in jüngster Zeit verdoppelt. Die Menge entspreche nun fast einem Viertel des US-Bedarfs. Die Konzerne wollten bis 2020 die Förderung aus den Ölsandvorkommen nochmals verdoppeln und bis 2030 verdreifachen. [IPS/mb]

- Bericht: Canada's Oil Sands. Shrinking Window of Opportunity, www.ceres.org

CO₂-Emissionen**RWE geht vorweg**

■ Nach Berechnungen von Analysten der Agentur Carbon Market Data sind die deutschen Energiekonzerne RWE und Eon die größten Treibhausgasemittenten unter den vom EU-Emissionshandel erfassten Unternehmen. Die Kraftwerke, die RWE und Eon ganz oder zum Teil gehören, bliesen 2009 insgesamt 235 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. RWE ist mit 141 Millionen Tonnen CO₂ Spitzenreiter, gefolgt von Eon mit 94 Millionen Tonnen und dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall mit 91 Millionen Tonnen. [mv]

- www.kurzlink.de/ets-ranking-09
- www.carbonmarketdata.com

Gebäudesanierung**Ramsauer zückt den Rotstift**

■ Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CDU) will die Mittel für das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der bundeseigenen KfW-Bank 2011 drastisch kürzen. In einem Brief an Koalitionspolitiker schlägt Ramsauer die Halbierung der Fördersumme von 900 auf 450 Millionen vor. Im integrierten Energie- und Klimaprogramm hatte die Bundesregierung 2007 beschlossen, von 2009 bis 2011 jährlich 1,5 Milliarden Euro für das Förderprogramm bereitzustellen. 2009 hatte sie den Fördertopf auf 2,25 Milliarden aufgestockt, nachdem die vorgesehenen 1,5 Milliarden schon im Sommer aufgebraucht waren. Das Geld hatte sie aber aus den Jahren 2010 und 2011 vorgezogen. Für 2011 blieben daher nur noch 900 Millionen übrig, die Ramsauer nun wegen der Haushaltslage halbieren möchte. Der Handwerksverband ZDH sprach vom „Gegenteil von intelligentem Sparen“. Allein 2009 löste das Programm Investitionen von über 18 Milliarden Euro aus. Dadurch wurden nach KfW-Angaben 600.000 Arbeitsplätze gesichert. [mv]

- www.kurzlink.de/kfw-programm

Stein- und Braunkohle**Versteckte Subventionen viel höher als angegeben**

■ Die Förderleistungen der Bundesregierung für klimaschädliche Stein- und Braunkohle liegen fast siebenmal so hoch wie angegeben. Das ist das Ergebnis einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), die Greenpeace in Auftrag gegeben und Anfang Juni vorgestellt hat. Nach Berechnungen des FÖS fielen allein im Jahr 2008 Förderleistungen in Höhe von 12,8 Milliarden Euro an. Die Regierung gab in ihrem Bericht nur 1,9 Milliarden Euro an. „Die Bundesregierung kürzt drastisch beim Klimaschutz, aber umweltschädliche Energieträger werden immer noch massiv subventioniert“, sagte Anika Peters von Greenpeace.

Die Differenz ergibt sich vor allem aus dem engen Subventionsbegriff der Bundesregierung. Die FÖS-Studie hat neben Absatz-, Modernisierungs-, sozialen und Stilllegungshilfen auch die Forschungsförderung für Kraftwerkstechnik, Vergünstigungen etwa bei der Energiesteuer, die kostenlosen Zuteilung von CO₂-Zertifikaten und die Befreiung von der Förderabgabe und den Wasserentnahmeentgelten einbezogen. [mv]

- Studie (PDF, 117 S., 800 kB): www.kurzlink.de/kohlesubv-foes

Energiepolitik**Regierung vorerst konzeptlos**

■ Die Bundesregierung verschiebt ihre Entscheidungen über die verlängerten Laufzeiten von Atomkraftwerken und über die zukünftige Energieversorgung auf den September. Ursprünglich wollte sie Mitte Juli ihr Energiekonzept präsentieren und damit Geschlossenheit innerhalb der Regierung demonstrieren. CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich begründete die Verschiebung mit der langsamen Arbeit der Gutachter. Politische Gründe gebe es nicht.

Tatsächlich wird innerhalb der Union heftig über die Laufzeitverlängerung gestritten. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), der sich für eine Laufzeitverlängerung von höchstens zehn Jahren einsetzt, wurde dafür aus der eigenen Fraktion angegriffen. „Unsere Geduld mit dem Umweltminister ist zu Ende“, sagte Wirtschaftspolitiker Joachim Pfeiffer dem Focus.

Die SPD drohte Anfang Juni mit einer Verfassungsbeschwerde für den Fall, dass die Koalition wie geplant ein Gesetz zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten ohne Zustimmungspflicht des Bundesrates vorlegen wird. Auch nach Auffassung des ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier, der im Auftrag des Bundesumweltministeriums ein Rechtsgutachten anfertigte, ist das Gesetz zustimmungspflichtig. [mv]

- Gutachten: www.kurzlink.de/gutachten-papier

Atom Mülllagerung**Menschenrechtsbeschwerde gegen Schacht Konrad**

■ Ein niedersächsischer Landwirt hat Anfang Juni gegen das Atom Mülllager Schacht Konrad in Salzgitter Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht hatte seinen Antrag im November letzten Jahres nicht zur Entscheidung angenommen. Die Anwältin des Klägers sagte, mit der Beschwerde werde juristisches Neuland betreten. Der Kläger will ein neues Genehmigungsverfahren erreichen. Er macht sein Recht auf Leben und auf ein faires Gerichtsverfahren geltend.

Ab 2014 soll das frühere Eisenerzbergwerk 270.000 Kubikmeter schwach und mittel radioaktive Abfälle aufnehmen. Die Umrüstung zum Endlager wird voraussichtlich 1,6 Milliarden Euro kosten. [mv]

- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: www.coe.int (Institutionen)

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

Kein rotes Signal gegen Übergewicht

■ Der Nährwert von verpackten Lebensmitteln wird in der EU künftig nicht mit den Farben Rot, Gelb und Grün deutlich gemacht. Das EU-Parlament beschloss im Juni das Aus für die sogenannte Ampelkennzeichnung. Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten gegen den Vorschlag von Linken und Grünen für eine EU-Verordnung. Zwar soll auf Fertiggerichten, Schokoriegeln oder Limonaden der Gehalt an Fetten, Zucker und Salz deutlicher gekennzeichnet werden, aber ohne die drei Farben. Gut lesbar vorn auf der Packung sollen die Energie- und Nährstoffmengen pro 100 Gramm deklariert werden. Die Industrie möchte die Nährwerte lieber in Portionsgrößen oder auf der Grundlage des durchschnittlichen Tagesbedarfs einer erwachsenen Frau angeben.

Verbraucherverbände und Kinderärzte kritisierten das Scheitern der Ampelkennzeichnung. Obwohl dessen Vorzüge durch Studien belegt seien und die meisten Verbraucher die Ampel wollten, hätten sich die Parlamentarier unter dem Einfluss der Industrielobby dagegen entschieden, hieß es bei Foodwatch. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte in Berlin bedauerte, dass ein „kinderleichtes“ System nun nicht zum Einsatz komme.

Den Befürwortern der Ampel gilt das System als klarste und einfachste Verbraucherinformation, die Gegner bezeichnen es als wissenschaftlich nicht haltbar. Der Gesetzesvorschlag muss nun noch im EU-Ministerrat abgestimmt werden. Dort ist die Mehrheit der EU-Minister ebenfalls gegen das Ampelsystem. Mit der endgültigen Verabschiedung der Verordnung wird erst Mitte des nächsten Jahres gerechnet. [mbu]

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/ep-ampel-stop
- ▶ Foodwatch: www.foodwatch.de
- ▶ Kinderärzte: www.kinderaerzte-im-netz.de

Energiekennzeichnung

Stromfresser gehen als Energiesparer durch

■ Die Verbraucherzentrale Hamburg hat die Einzelhandelsketten Edeka und Media Markt wegen unlauterer Werbung abgemahnt, weil sie Gefriergeräte als Stromsparer beworben hatten, die nur einen durchschnittlichen Einspareffekt hatten.

Die Energiekennzeichnung bei Haushaltsgrößgeräten wird nach Ansicht der Verbraucherzentrale für Kunden immer undurchsichtiger. Seit einiger Zeit werden energieeffizientere Geräte mit A+ und A++ gekennzeichnet, ab Herbst soll es außerdem die Energieklasse A+++ geben. „Händler nutzen die Verwirrung der Kunden aus und deklarieren Durchschnittsgeräte als Stromsparer“, sagte Immo Terborg von der Verbraucherzentrale. Die unzureichenden Vorschriften zur Energiekennzeichnung seien ein Einfallstor für solche Mogeleyen. [mbu]

- ▶ Verbraucherzentrale Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 24832-0, www.vzhh.de

Produktsicherheit

Deutscher Alleingang für giftfreies Spielzeug

■ Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hat der EU-Kommission einen nationalen Alleingang für mehr Sicherheit bei Kinderspielzeug angekündigt, wenn sich die EU bei der Spielzeugrichtlinie nicht bald bewege.

Zwar ist bei der Herstellung von Plastikspielzeug die Verwendung von Weichmachern seit Ende der 1990er-Jahre verboten, da sie toxisch sein können, wenn Kleinkinder das Spielzeug in den Mund nehmen. Die EU-Spielzeugrichtlinie von 2008 hat dennoch einige Mängel. So kritisiert das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dass die Richtlinie zu hohe Grenzwerte für chemische Substanzen erlaube und damit Kinder nicht ausreichend schütze. Auf Ini-

tiative der Grünen kamen die Regelungen deshalb erneut auf den Prüfstand. SPD und Grüne im Bundestag verlangen ein Verbot bestimmter giftiger Stoffe in Kinderspielzeug.

Die neue Spielzeugrichtlinie muss bis spätestens Januar 2011 in nationales Recht umgesetzt werden. Die EU-Kommission hatte zugesagt, die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu prüfen. Ministerin Aigner schickte die wissenschaftlichen Daten über polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die in weichen Materialien vorkommen können, nach Brüssel. Für die PAK und für Schwermetalle fordert sie schärfere Grenzwerte. [mbu]

- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de
- ▶ Untersuchung des BfR zu PAK (PDF, 12 S.): www.kurzlink.de/bfr-studie-pak-2009
- ▶ EU-Spielzeugrichtlinie (PDF, 37 S.): www.kurzlink.de/eu-rl-spielzeug-2008

Lebensmitteledeklaration

EU-Parlament stoppt Fleischkleber

■ Das Europaparlament hat die Zulassung von Thrombin als Lebensmittelzusatzstoff gestoppt. Mit dem umstrittenen Enzym, das von Schweinen oder Rindern stammen kann, wird aus kleinen Fleischstückchen ein neues Fleischprodukt geformt. Solche Erzeugnisse, die dann beispielsweise wie Schinken aussehen, seien in unververtretbar hohem Maße geeignet, Verbraucher irreführen, begründeten die Parlamentarier im Mai ihr Veto. Ein solcher zusammengeklebter Schinken dürfe nicht als hochwertiger Vollsinken verkauft werden.

Die EU-Kommission wollte Thrombin EU-weit als Lebensmittelzusatzstoff zulassen und muss nun einen neuen Vorschlag präsentieren. Vor allem Grüne und Sozialdemokraten im Parlament stimmten gegen die Zulassung. Nach Ansicht von EU-Gesundheitskommissar John Dalli ist der Fleischkleber gesundheitlich unbedenklich. Er wird auch in Deutschland in ▶

Wurstwaren als sogenannter technischer Hilfsstoff verwendet. Allerdings dürfen hier zusammengeklebte Fleischstückchen ohnehin nicht als vollwertiger Schinken bezeichnet werden.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch geht davon aus, dass Klebefleisch weiter auf den Tellern der Verbraucher landet. Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) müsse sich für ein EU-weites Verbot von Schinkenimitaten einsetzen. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/fleischkleber-verbot
- ▶ www.foodwatch.de

Gesundheitsschutz

Pestizidhöchstwerte werden europaweit gesenkt

■ Seit dem 7. Juni werden in der EU über 1.000 Höchstgehalte für Pestizidrückstände in Lebensmitteln verschärft. Diese Höchstmengen sind durch eine Verordnung aus dem Jahr 2005 geregelt. Das Pestizidid-Aktions-Netzwerk PAN Germany und Greenpeace hatten mehrmals nachgewiesen, dass die EU-Höchstmengen vor allem für Kinder eine Gesundheitsgefahr bedeuten. So führt der Grenzwert von fünf Milligramm des fortpflanzungsschädigenden Procymidon pro Kilogramm Tafeltrauben zu einer Überschreitung der Grenze für das akzeptierbare Risiko um das Dreißigfache.

Die Umweltorganisationen bezeichneten die Senkung der Obergrenzen als wichtigen Schritt. Nach zahlreichen Studien hatte auch die EU-Lebensmittelbehörde EFSA eingeräumt, dass viele Rückstandshöchstgehalte gesundheitlich bedenklich seien. Die Absenkung dieser Höchstgehalte wurde daraufhin in einer Verordnung beschlossen, die jetzt rechtskräftig wird. So sind für Procymidon statt fünf nur noch 0,02 Milligramm Rückstand in einem Kilogramm Obst erlaubt. [mbu]

- ▶ www.europa.eu/legislation_summaries/food_safety/food_safety_checks/121289_de.htm
- ▶ PAN Germany, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, www.pan-germany.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Verbotene Produkte

Gentechnik im Schokoriegel

■ In deutschen Supermärkten liegen Schokoladenriegel aus den USA, die mit Gensoja und Genmais hergestellt wurden, aber nicht gekennzeichnet sind. Das ergaben Stichproben von Greenpeace. Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen müssen in Deutschland einen Nachweis tragen, sonst machen sich die Importeure strafbar. Bei den Produkten handelt es sich um die Nestlé-Riegel Butterfinger und Baby Ruth, in denen laut Greenpeace Gensoja gefunden wurde; der Butterfinger enthält zudem Bestandteile von sechs unterschiedlichen Genmaissorten. Greenpeace forderte die Hersteller auf, die illegalen Produkte aus dem Sortiment zu nehmen und zu entsorgen. Die Behörden müssten besser kontrollieren und Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht ahnden.

1999 hatte Nestlé versucht, den Butterfinger offen als Genfood bei Jugendlichen zu vermarkten. Erst nach einer Greenpeace-Kampagne nahm das Unternehmen den Gentech-Riegel aus den Regalen. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de
- ▶ www.greenpeace.de/themen/gentechnik

Runder Tisch Pflanzengenetik

Schavan glaubt an Gentechnik

■ Bundesforschungsministerin Annette Schavan will die konventionelle und die ökologische Agrarforschung stärker berücksichtigen. Allerdings setzt sie auch weiter auf Gentechnik in der Landwirtschaft. Sie sei überzeugt davon, dass die Gentechnik einen Beitrag zur Welternährung leisten könne, sagte Schavan beim dritten runden Tisch zur Pflanzengenetik im Juni.

Dort diskutierten Vertreter von Wissenschaft, Landwirtschaft, Umwelt- und

Entwicklungsverbänden über die künftige Ausrichtung der Agrarforschung und über die Frage, ob Gentechnikpflanzen den Hunger in der Welt beseitigen können. Das verneinten die Verbände. Vielmehr helfe eine regional und ökologisch angepasste Landwirtschaft gegen den Hunger, wie der Weltagrarbericht belege. Für die landwirtschaftliche Forschung sind 100 Millionen Euro vorgesehen.

Der Vizepräsident des DNR Hardy Vogtmann forderte, einen Wettbewerb zwischen gentechnischer und konventioneller Landwirtschaft zu ermöglichen. Dazu müssten diese Systeme allerdings effektiv voneinander abgegrenzt sein. In der Praxis funktioniert dies jedoch nicht. Als Beispiel nannte Vogtmann die Verunreinigung von herkömmlichem Maissaatgut mit illegalem Genmais. Eine Debatte über Abgrenzung und Sicherheit der Agrogentechnik wurde auf das nächste Treffen des runden Tisches verschoben. [mbu]

- ▶ Bundesforschungsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 1857-0, www.bmbf.de
- ▶ DNR, Vizepräsident Hardy Vogtmann, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Stellungnahme der Verbände: www.kurzlink.de/pos-umweltverbaende

Genpflanzenzulassung

EU-Kommission will Gentech-Anbau freigeben

■ Offenbar wird es in der Europäischen Union schon in Kürze neue Regeln für den Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen geben. Nach Angaben der EU-Kommission sollen die Pläne dafür im Juli vorgelegt werden. Demnach sollen sowohl die Zulassung von Genpflanzen als auch die Möglichkeit nationaler Anbauverbote vereinfacht werden. In der Frage der Agrogentechnik ist die EU gespalten. Während beispielsweise die Niederlande und Spanien den Anbau von Genpflanzen befürworten und großflächig betreiben, sind Österreich, Ungarn, Griechenland oder Italien sehr skeptisch und erließen

mehrmals Anbauverbote.

Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) begrüßte zwar das Vorhaben von EU-Verbraucherkommissar John Dalli, nationale Gentechnikverbote zu erlauben. FoEE befürchtet aber, dass auch mit den neuen Regeln der Kommission die Kontamination von gentechnikfreien durch Gentech-Felder nicht verhindert werden kann.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) appellierte an deutsche PolitikerInnen, sich nicht hinter den Ankündigungen der EU-Kommission zu verstecken. Es gebe bereits jetzt wirksame Regeln gegen gentechnische Verunreinigungen. Eine Koexistenz von Land- und Lebensmittelwirtschaft mit und ohne Gentechnik sei nicht möglich. [mbu]

- ▶ AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ EU-Kommission zu Gentechnik: www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_de.htm
- ▶ FoEE, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 5420180, E-Mail: info@foeeurope.org, www.foeeurope.org

Nulltoleranz bei Saatgut

Genmaispflanzung verstößt gegen EU-Recht

■ Bei Kontrollen ist in sieben Bundesländern Saatgut entdeckt worden, das mit gentechnisch veränderten und in der EU nicht zugelassenen Maissorten kontaminiert war. Nach EU-Recht sind gentechnische Verunreinigungen bei Saatgut nicht erlaubt. Im Gegensatz zu Lebens- und Futtermitteln, die bis zu 0,9 Prozent genmanipulierte Bestandteile enthalten dürfen, gilt für Saatgut mit der Nullprozentgrenze ein Reinheitsgebot.

Das Landwirtschaftsministerium in Niedersachsen ordnete an, den kontaminierten Mais zu vernichten. Man spreche sich mit den anderen Bundesländern ab, in denen auch nicht zugelassener Genmais gepflanzt wurde, hieß es aus Hannover. Die Felder sollen entweder umgepflügt oder mit Pflanzengift zerstört werden. Branden-

Wird die Gentechnik-Lobby jetzt staatlich finanziert?

Die Bundesregierung lässt eine nationale Biomassestrategie ausarbeiten. Der damit beauftragte Bioökonomierat setzt auf Gentechnik. Mehr bäuerliche Vernunft fordert dagegen Benedikt Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

„Die Fortschritte in der Biotechnologie und Gentechnik haben ... vollkommen neue Möglichkeiten im Lebens- und Futtermittelbereich eröffnet, welche entscheidende Antworten auf die sich stellenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und klimatischen Veränderungen geben können.“ Diese Worte stehen im Einführungsabsatz der „Ersten Empfehlungen zum Forschungsfeld Bioökonomie in Deutschland“, die der deutsche Forschungs- und Technologierat Bioökonomie im Sommer letzten Jahres vorgelegt hat. Das Gremium aus „unabhängigen Experten“ wird von Forschungsministerin Annette Schavan finanziert, die von ihm zum Herbst nichts Geringeres als eine „nationale Biomassestrategie“ erwartet.

Angesiedelt ist der Bioökonomierat bei der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (Acatech), die zu zwei Dritteln von der Wirtschaft und zu einem Drittel aus Steuern finanziert wird. Ihr Präsident Reinhard Hüttel ist auch Vorsitzender des Bioökonomierates, dessen Mitglieder die Acatech auswählt. Neben Vertretern von Konzernen wie BASF, KWS und RWE sowie des Bauernverbandes sind dies Leiter staatlicher Forschungsinstitute, Gentechniker und Biotechnologen sowie zwei international erfahrene Agrogentechnik-Strategen.

In seiner ersten Stellungnahme forderte der Rat „übergeordnete Forschungsstrukturen im Bereich Bioökonomie“, mehr Mittel, internationalen Wissenstransfer und „Exzellenz“-Nachwuchs, vor allem aber eine weitgehende Überarbeitung des Gentechnikgesetzes und die zügige Schaffung von Akzeptanz für neue Technologien, um Investitionsentscheidungen großer Unternehmen nicht zu behindern. Das betreffe auch das Klonen von Tieren, Stammzellforschung und Nachhaltigkeitskriterien beim Import von Biomasse.

Um bei allem wissenschaftlichen Gestus keinen Zweifel an seiner Wirtschaftsmacht aufkommen zu lassen, rechnen die Herren (und zwei Frauen) Räte hoch, dass sie eine der größten und wachstumsstärksten Branchen der EU vertreten. Atembe-

raubende 1,6 Billionen Euro setze die europäische Bioökonomie jährlich um: 800 Milliarden in der Lebensmittelbranche, 400 in der Papierindustrie, 150 in der Forstwirtschaft und 50 Milliarden in der Chemieindustrie. Der Landwirtschaft bleiben in dieser Potenz-Rechnung 210 Milliarden oder 13 Prozent. Mit 15 von 22 Millionen stellt sie freilich fast 70 Prozent der Arbeitsplätze. Dies ist übrigens die einzige Stelle in den gesamten Empfehlungen, an der das Wort Landwirtschaft auftaucht. Landwirte und Bauern kommen überhaupt nicht vor, Wirtschaft und Wachstum dagegen im Überfluss.

Um die Erhaltung des Wachstums durch Überfluss dreht sich auch die skizzierte Biomasse-Vision: „Um Flächenkonkurrenzen zwischen den Verwendungsarten zu vermeiden, muss das Angebot an Biomasse grundsätzlich gesteigert werden. Dazu bedarf es erheblicher Forschungsanstrengungen, aber auch neuer Formen der Bewirtschaftung.“ In Vorwegnahme der neuen Prioritäten aus Sicht der Industrie heißt es auf der Webseite des Bioökonomierates: „Biotreibstoffe sind einer steigenden Konkurrenz durch die Nahrungs- und Futtermittelproduktion ausgesetzt. Gleichwohl sind moderne Bioraffinerien in der Lage, verschiedene Produkte auf Basis desselben Grundstoffes zu produzieren.“ Gewissermaßen nach Tageskurs könnten diese Rohstoffe dann als Lebensmittel, Treibstoff oder Energie auf den Markt geworfen werden.

Vielleicht sollten, bevor Ministerin Schavan und ihre Kollegin Ilse Aigner im Herbst die Strategie entgegennehmen und in die Tat umsetzen, doch noch ein paar andere Visionen von einer Bioökonomie mit bäuerlicher Vernunft und einer Biomassestrategie mit menschlichem Antlitz diskutiert werden?

Der Agrarexperte Benedikt Härlin arbeitet bei der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Berlin. Er gründete die Initiative Save Our Seeds gegen Gentechnik im Saatgut.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27590309, E-Mail: haerlin@zs-l.de, www.saveourseeds.org

burg plant keinen Umbruch verunreinigter Äcker, da angeblich eine belastbare Grundlage dafür fehle. Der BUND Niedersachsen lobte die Entscheidung des Landes, forderte aber gleichzeitig ein entschiedenes Eintreten für die Nulltoleranzschwelle.

Greenpeace hatte dem Landwirtschaftsministerium in Hannover Versäumnisse vorgeworfen. Obwohl es bereits Anfang März von der Verunreinigung erfahren habe, seien die Ergebnisse erst Ende April an das Umweltministerium weitergegeben worden, das für die Information der Landwirte zuständig ist. Dem widersprach das Landwirtschaftsministerium: Es sei nicht für die Kontrollen verantwortlich, das sei Sache der Hersteller. Der Landwirtschaftsexperte von Greenpeace Alexander Hissting sprach von dem „bisher größten Gentechnik-Saatgut-Skandal in Deutschland“. Bei dem illegalen Genmais können Gesundheitsgefahren nicht ausgeschlossen werden, weshalb er in der EU verboten ist. [mbu]

- ▶ EU-Freisetzungsrichtlinie:
www.kurzlink.de/gvo-richtlinie-eu
- ▶ Landwirtschaftsministerium, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 1202136, www.ml.niedersachsen.de
- ▶ BUND Niedersachsen, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 9656913, www.bund-niedersachsen.de
- ▶ www.greenpeace.de/themen/gentechnik

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Internationale Biodiversitätspolitik

UN-Biodiversitätsrat kommt

■ In Anlehnung an den Weltklimarat IPPC entsteht unter dem Dach der Vereinten Nationen ein neues Gutachtergremium zur biologischen Vielfalt, das Intergovernmental Panel on Biodiversity and Ecosystem Services, kurz IPBES. Delegierte aus rund 190 Ländern beschlossen dies im Juni auf einer Konferenz des UN-Umweltprogramms UNEP in Pusan in Südkorea. Hauptaufgabe des internationalen politischen Gremiums soll es sein, nach Vorbild des Weltklimarates IPPC regelmäßig politischen Entscheidungsträgern zuverlässig unabhängige und glaubwürdige Informationen über den Zustand und die Entwicklung der Biodiversität als Entscheidungshilfe zur Verfügung zu stellen. Außer globalen Analysen sind aber auch nationale und regionale Berichte vorgesehen, die die Wissenschaftler fast ausschließlich ehrenamtlich erstellen sollen. Die geschätzten jährlichen Kosten von zweieinhalb bis fünf Millionen Euro für Gutachten sowie von etwa drei Millionen Euro für die Unterhaltung eines zentralen IPBES-Sekretariats

und möglicherweise regionalen Sekretariaten sollen auf freiwilliger Basis durch die Geberländer getragen werden.

Die Entscheidung über den Sitz des Sekretariats und die Details der Finanzierung werden erst nach der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September fallen, die dem Schutz der globalen biologischen Vielfalt gewidmet ist. [bv]

▶ www.ipbes.net

EU-Biodiversitätspolitik

Auf zum neuen Aktionsplan

■ Auf Einladung des Vorsitzenden des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, Jo Leinen, haben der NABU und sein internationaler Dachverband BirdLife im Mai mit EU-Abgeordneten über das Scheitern des 2010-Biodiversitätsziels diskutiert. Im März hatte die EU die Zielsetzung der EU-Biodiversitätspolitik für die Jahre 2020 und 2050 festgelegt. Nun wird über einen neuen Aktionsplan zur Erreichung des Ziels diskutiert, der bis zum kommenden Frühjahr verabschiedet werden soll. NABU und BirdLife nahmen dies zum Anlass, im EU-Parlament ihre Vorstellungen zu einem neuen Biodiver-

Biodiversitäts-Akademie 2010

Die Zukunft ist vielfältig!

8. bis 14. August 2010, Hamburg



Eine Woche, spannende und informative Vorträge und praktische Arbeit zu den Themen: Arten- und Naturschutz, Gentechnik, Biodiversität und Klimawandel, Access & Benefit Sharing, Internationale Verhandlungen zur Biodiversität (CBD, COP) und eine politische Aktion in Hamburg (Bewerbungsschluss ist der 16. Juli 2010)!



2010 Internationales Jahr der biologischen Vielfalt

mehr unter
www.NAJU.de/Biodiv-Akademie!

Ansprechpartner

Caren Herbstritt (für inhaltliche Rückfragen)

Max Langner (für organisatorische Fragen)

Tel.: 030 284 984 -1924 oder -1926

Caren.Herbstritt@NAJU.de

Max.Langner@NAJU.de



sitätsaktionsplan (BAP) darzulegen und mit der EU-Kommission zu diskutieren. Die Verbände fordern vor allem eine zügige Erarbeitung und Verabschiedung des neuen BAP, da der alte erst 2006 verabschiedet wurde. Zudem hätten dem BAP verlässliche Ausgangsdaten sowie konkrete Zwischenziele und Zeitpläne zu deren Erreichung gefehlt. Auch sei die Integration des Biodiversitätsschutzes in andere Politikbereiche nicht erreicht worden.

Natalie Pauwels, Mitarbeiterin der zuständigen Abteilung der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, kündigte an, bei einem neuen BAP die anderen Kommissare und Generaldirektionen stärker einzubinden und bei der Umsetzung in die Pflicht zu nehmen. Neben der Stärkung und konsequenten Anwendung bestehender Rechtsinstrumente müssten inhaltliche Lücken geschlossen werden, etwa durch Regelungen zum Schutz von Böden und Maßnahmen gegen invasive Arten. [bv]

- ▶ NABU, Direktor Europapolitik Claus Mayr, Brüssel, Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: claus.mayr@nabu.de, www.nabu.de/europa

Biodiversitätskommunikation

Debatten auf der Green Week

■ Die größte europäische Umweltkonferenz, die Green Week in Brüssel, hatte in diesem Jahr die Biodiversität als Schwerpunkt. 30 Diskussionsrunden beschäftigten sich Anfang Juni mit dem Zustand von Artenvielfalt und Natur, der EU-Biodiversitätspolitik nach 2010, dem EU-Schutzgebietssystem Natura 2000 und dem zunehmenden Druck auf die Ökosysteme sowie mit Strategien gegen den derzeit alarmierend schnellen Artenschwund. Die Konferenz war auch der Startschuss für die Plattform Business und Biodiversität, eine Initiative zu den wirtschaftlichen Argumenten für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Zudem wurde unter anderem das neue Biodiversity Information System for Europe (BISE) vorgestellt, das im Internet Informationen über die Artenvielfalt in Europa sammelt und zusammenführt.

Darüber hinaus haben die Europäische Umweltagentur (EEA) und die EU-Kommission für die politischen Entscheidungsträger ein „Referenzszenario zur biologischen Vielfalt“ entwickelt, das eine umfassende Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Zustands enthält. Mit dem Szenario sollen die Fortschritte bei der Eindämmung des Biodiversitätsverlusts beobachtet und messbar gemacht werden.

Mit mehr als 3.000 Teilnehmern aus den EU-Institutionen, Wirtschaft und Industrie, Nichtregierungsorganisationen, Behörden, Wissenschaft und Forschung bot die Green Week 2010 Gelegenheit, der breiten Öffentlichkeit und den Medien Erfahrungen und gute Praktiken zu vermitteln (siehe auch S. 31.). [bv]

- ▶ www.greenweek2010.eu
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/646, IP/10/648)
- ▶ www.kurzlink.de/businessbidiplattform
- ▶ www.biodiversity.europa.eu

Zustand der Biodiversität

Keine guten Noten in Europa

■ Eine im Mai von BirdLife International veröffentlichte Biodiversitätsstudie analysiert, warum es der EU nicht gelungen ist, das Artensterben bis 2010 zu stoppen. Der Bericht „2010-Turning or Breaking Point for Europe's Wildlife?“ bewertet den Status quo der biologischen Vielfalt in Europa, kritisiert die unzureichende Politik der Europäischen Union für den Schutz der Natur und zeigt auf, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen.

Im Biodiversitätsvergleich der 27 EU-Staaten liegt Deutschland unter dem Durchschnitt, vor allem wegen der Bestandssituation geschützter Lebensraumtypen und Arten sowie der weitgehend fehlenden Managementpläne für die Natura-2000-Schutzgebiete.

Der Bericht fordert auf EU-Ebene die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie bis 2020, eine intensivere Kontrolle der Einhaltung von bestehendem Umweltrecht

und schärfere Maßnahmen, um dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenzuwirken. Er enthält darüber hinaus Beispiele, bei denen der Schutz der Biodiversität gut funktioniert. [bv]

- ▶ www.birdlife.org/eu/pdfs/BirdLife2010AssessmentreportFINAL.pdf
- ▶ www.birdlife.org/news/news/2010/05/biodiversity-assessment.html

Wirtschaft und Biodiversität

Artenschutz zahlt sich aus

■ Eine im Juni veröffentlichte Studie des UN-Umweltprogramms UNEP zeigt, dass Investitionen in Ökosysteme Arbeitsplätze schaffen, die Gesundheit der Menschen fördern und ökonomische Vorteile bringen. UNEP untersuchte dazu über 30 Wiederherstellungsprojekte in aller Welt. Biodiversitätsschutz ist laut der Studie keine Bremse für Wirtschaftswachstum und Entwicklung, sondern lohnt sich im Gegenteil auch ökonomisch. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/unep-study-2010-06

Biodiversitätsforschung

Atlas der Risiken

■ Der im Juni veröffentlichte „Atlas der Biodiversitätsrisiken“ fasst die Hauptursachen des Biodiversitätsverlustes auf europäischer und globaler Ebene zusammen. Dabei ist laut Atlas der Verlust an Bestäubern und der Einfluss biologischer Invasionen besonders gravierend. Zudem beschreibt er die Konsequenzen des Biodiversitätsverlustes auf die Gesellschaft. Er basiert auf den Ergebnissen des EU-Forschungsprojektes ALARM und anderer Forschungsnetzwerke und richtet sich an Wissenschaftler, politische Entscheidungsträger und die interessierte Öffentlichkeit. [bv]

- ▶ www.idw-online.de/pages/de/news372587
- ▶ www.alarmproject.net/alarm/summary.php

Klima und Tropenwaldschutz**Globale Partnerschaft**

■ Mehr als 50 Industrie- und Tropenländer haben im Mai auf der Osloer Klima- und Waldkonferenz eine globale Partnerschaft zum Waldschutz unterzeichnet. Bis 2012 sollen vier Milliarden Dollar für Maßnahmen gegen die Entwaldung zusammenkommen. Deutschland beteiligt sich mit 350 Millionen Euro. Ziel ist die Reduzierung des durch Abholzung der tropischen Regenwälder entstehenden Treibhausgases CO₂. Die Partnerschaft soll den UN-Verhandlungsprozess um ein neues Klimaabkommen unterstützen und zu mehr Transparenz bei der Finanzierung von internationalen Initiativen gegen die Abholzung von Tropenwäldern beitragen. Eine internationale Agentur für den Schutz der Wälder soll künftig dafür sorgen, dass weniger tropischer Regenwald vernichtet wird. Ihre Einrichtung ist im Waldschutzabkommen REDD plus vorgesehen, das beim Kopenhagener Weltklimagipfel im vergangenen Dezember beschlossen wurde. Etwa ein Fünftel der weltweiten CO₂-Emissionen entsteht durch Entwaldung. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/oslo-climate-forest
- ▶ www.bmu.de/46069.php

Kommunaler Biodiversitätsschutz**Deklaration der Kommunen**

■ Fast 140 Städte und Gemeinden haben allein bis zum Mai die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterzeichnet und sich damit verpflichtet, Aspekte der biologischen Vielfalt für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung und bei Entscheidungen stärker zu berücksichtigen. Im Juli können die Kommunen beim Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe (DUH) „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ werden. [bv]

- ▶ DUH, Leiter Kommunaler Umweltschutz Robert Spreter, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732-9995-31, E-Mail: spreter@duh.de, www.duh.de/2083.html

Bundesprogramm Biologische Vielfalt**Forum leitet Dialog über Strategie ein**

■ Beim 3. Nationalen Forum zur biologischen Vielfalt im Mai in Köln ist ein Dialogprozess zum Bundesprogramm Biologische Vielfalt in Gang gesetzt worden. Das im Koalitionsvertrag von Union und FDP vereinbarte Programm soll die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt unterstützen. Als mögliche Schwerpunkte für das Programm nannte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) die Bewahrung der Dienstleistungen der Natur als Existenzgrundlage für Mensch und Wirtschaft sowie den Schutz der Arten, für die Deutschland eine besondere Verantwortung habe. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) forderte zum Auftakt der Veranstaltung ein Ende der Überschuldung nicht nur beim Finanz-, sondern auch beim Naturkapital. [bv]

- ▶ Nationale Strategie: www.bmu.de/40332
- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Wasser und Biodiversität**EU-Politiker sollen handeln**

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat eine Internetpetition geschaltet, um die Europäische Kommission und die zuständigen Minister aufzufordern, ihre Bemühungen im Biodiversitäts- und Gewässerschutz zu verstärken. Die Unterzeichner der Petition fordern die EU dazu auf, den Worten Taten folgen zu lassen. Konkret soll sie die Flussbewirtschaftungspläne der Wasserrahmenrichtlinie stärken, damit die Gewässer bis 2015 wieder einen guten Umweltzustand haben. Außerdem soll die EU ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen und Maßnahmen einleiten, um bis 2020 das neue EU-Biodiversitätsziel zu erreichen. Die Petition ist den Sommer über geschaltet. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eebpetition-bidi2010

Bundeswaldgesetz**Reform oder Reförmchen?**

■ Der Bundestag hat im Juni der Novelle des Bundeswaldgesetzes zugestimmt. Danach gelten Holzplantagen auf ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen nicht als Wald. Das Gesetz schließt zudem die Haftung der Waldbesitzer für walddtypische Gefahren wie umstürzende Bäume aus.

Für den BUND ist das Gesetz dennoch „eine verschenkte Chance für mehr Natur- und Artenschutz“. Es sei versäumt worden, bundesweit verbindliche Standards der guten fachlichen Praxis festzuschreiben, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Der NABU kritisierte die Novelle als absolut unzureichend. „Sie liefert keine Antworten auf die gestiegene Holznachfrage, den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Die Sprecherin für Waldpolitik in der Bundestagsfraktion der Grünen, Cornelia Behm, sagte, das Gesetz werde auf der Tagesordnung bleiben. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/17-1220-waldgesetz
- ▶ NABU, Waldreferent Johannes Enssle, Berlin, Tel. +49 (0)30/284984-1623, www.nabu.de/wald
- ▶ BUND, Dr. Helmut Klein, Andechs, Tel. +49 (0)8152 / 2344, Fax 399544, www.waldklein.de

Nationales Naturerbe**Freie Heide soll dazugehören**

■ Die in der Strategieguppe Naturschutzflächen des Deutschen Naturschutzrings (DNR) organisierten Umweltstiftungen und -verbände haben im Mai die langfristige Sicherung der knapp 13.000 Hektar großen Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg als Nationales Naturerbe gefordert. Das ehemalige Bombodrom sei großflächig und unzerschnitten und erfülle deshalb in herausragender Weise die Kriterien für das Nationale Naturerbe. [bv]

- ▶ DNR, Vizepräsident Leif Miller, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1110, E-Mail: leif.miller@grueneliga.de, www.dnr.de

„Bei der Vielfalt an Äpfeln in Deutschland kann man sich so richtig durch die Landschaft essen“

Vergessene Obstbäume an Landstraßen oder in verlassenen Gärten werden oft nicht abgeerntet. Die Initiative mundraub.org ermöglicht es, sie zu kartieren. Wo scheinbar herrenlose Bäume jemandem gehören, überzeugt sie die Eigentümer davon, die Bäume sichtbar zur Ernte freizugeben. Dem Nachhaltigkeitsrat war das einen Preis wert, berichtet Initiator Kai Gildhorn.

umwelt aktuell: Herr Gildhorn, welche Früchte haben gerade Saison?

Kai Gildhorn: Es sind noch nicht die Obstbäume, sondern wir haben Bärlauch gesammelt, auch Holunderblüten und Waldmeister. Bald sind die Süßkirschen reif, dann kommen die Himbeeren und im August die Sommeräpfel. Die richtige Mundräubersaison fängt erst im September, Oktober an.

Wo schmeckt es am besten?

Draußen! Ich empfehle, draußen in der Wildnis zu pflücken, nicht unbedingt Plantagenäpfel, die standardisiert sind. Wir haben eine totale Vielfalt an Äpfeln, schätzungsweise zwischen 700 und 1.000 Sorten in Deutschland. Da kann man sich so richtig durch die Landschaft essen.

Wer hatte die Idee zur Gründung der Initiative?

Meine Mitstreiterin Katharina Frosch und ich waren letztes Jahr im August in Sachsen-Anhalt paddeln und hatten Äpfel mit, wahrscheinlich aus Südamerika. Dabei war in der Region alles voll, es hing wirklich bis in den Fluss rein: Mirabellenbäume waren das und auch Sommeräpfel. Da kam Katharina die Idee, das auf einer Karte im Internet darzustellen. Von ihr stammt auch der Vorschlag für den Namen: Mundraub. Als wir Ende 2009 den Preis vom Rat für Nachhaltige Entwicklung bekamen, haben wir zwei Programmierer mit ins Boot geholt, die mit uns die Webseite professionell umgesetzt haben.

Wofür gab es den Nachhaltigkeitspreis?

Ich glaube, der Rat fand diesen Begriff Mundraub charmant und die Idee, Ressourcen, die sowieso zur Verfügung stehen und die keiner mehr nutzt, wieder in Nutzung zu bringen. Und das sogar umsonst und regional, das fanden die gut.

Mundraub – was bedeutet das?

Jeder Mensch hat das Recht zu essen und satt zu werden. Wenn wir einmal ganz weit zurückdenken in die Jäger- und Sammlergesellschaften: Da gab es keine Zäune, es gab die Natur und es gab auch Regeln, wie viel man nutzen durfte. Nämlich so viel, dass nichts übernutzt wird und man anderen nichts wegnimmt.

Aber es war die Möglichkeit da, dass man sich Lebensmittel aus der Landschaft holt. Es tut auch keinem weh, wenn man was Kleines mundräubert.

Also soll jeder sich nehmen können, was er will?

Wenn etwas eingezäunt ist, wenn ganz klar Privatgrund, Privatrechte verletzt werden, indem jemand über einen Plantagenzaun klettert und dann die Äpfel erntet, das ist kein Mundraub mehr.

Überprüfen Sie, wenn jemand etwas auf die Webseite stellt, ob das tatsächlich „herrenlose Bäume“ sind?

Ansatzweise. Im Moment ist es so: Die Leute können etwas eintragen und geben dann Kommentare dazu, zum Beispiel „freie Wiese“ oder „Allee“ oder „hier erntet das ganze Dorf“. Dann zoomen wir das ran und schauen, ob da ein Zaun steht oder die Wiese gemäht ist. Mit Google Maps geht das ganz gut. Aber wir können das nicht genau prüfen. Der Idealfall ist natürlich, wenn die Leute auch wirklich sagen, das Ding ist frei, es gehört dieser Gemeinde oder jener Privatperson und ich habe mir das Einverständnis geholt. Wir prüfen das, so gut es geht.

Gab es schon Probleme?

Ja, da ging es um Bärlauch in Potsdam. Es fand ein Feedback statt zwischen demjenigen, der den Standort eingestellt hat, und jemandem, der befürchtete, er werde übernutzt. Daraufhin wurde der Eintrag wieder herausgenommen. Das ist auch eines unserer Ziele: Leute zu animieren, auf ihre Ressourcen aufzupassen, bewusst damit umzugehen und sie auch zu schützen. Aus Schwaben schrieb uns eine Frau: „Ich möchte nicht, dass meine Streuobstwiese bei euch erscheint, auch wenn ich sie nicht nutze.“ Wir rechnen damit, dass wir im Herbst, dem Höhepunkt der Erntezeit, auch Beschwerden bekommen.

Wer nutzt das Angebot?

Es tragen Leute ein, die ihre Umgebung kennen. Ich glaube, die Landbevölkerung pflückt sowieso; das ist eher was für Städter, die am Wochenende mal rausfahren. Die Nachfrage kommt wahrscheinlich eher aus dem jüngeren, urbanen Bereich.

Wie viele Besucher hat Ihre Webseite im Schnitt?

Das schwankt. Wir haben immer etwa 100 pro Tag. Wenn mal über uns berichtet wird, dann sind es plötzlich 300 bis 400. Insgesamt hatten wir bisher gut 10.000 Besucher, darunter natürlich einige Wiederholungstäter. Wir hoffen, dass sich die treuen Mundräuber auch dahingehend engagieren, dass man eine Kontrolle vor Ort über die Mundräuberstellen hat. Damit es wirklich nicht zu Zerstörungen oder Landfriedensbruch kommt.

Es gibt vergleichbare Seiten in den USA und Kanada – waren die Vorbild für Sie?

Das ist wirklich lustig. Die Seite in den USA ist ungefähr zur gleichen Zeit entstanden wie unsere, aber ohne dass wir voneinander wussten. Der Bruder unseres Programmierers hat die Seite in Kanada ins Leben gerufen, ebenfalls zur gleichen Zeit, aber ohne dass die Brüder voneinander wussten. Es scheint eine Art kollektives Bewusstsein zu geben!

Welche weiteren Ziele haben Sie?

In der Zukunft soll es eine Kennzeichnung der freigegebenen Bäume geben – gerade auf Privatgrundstücken. Auf einer Banderole könnte dann stehen: „Dieser Baum gehört der Gemeinde XY, die Banderole wurde gesponsert vom Café XY. Ihr dürft ernten, aber bitte nichts abbrennen, und gern danach noch ins Café kommen.“ Sodass man dann wieder eine Wertschöpfung hat.

[Interview: Marion Busch und Zoé Thio]

Der Umweltingenieur, Weltenbummler und Reisebuchautor Kai Gildhorn betreibt die Internetplattform mundraub.org. Er lebt in Berlin.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
81706443, E-Mail:
kai@mundraub.org,
www.mundraub.org

umwelt & bildung



Alles unter einem Hut!

Überall Bildung?

Was auf den ersten Blick irritiert und den zweiten interessiert, lässt sich oft über originelle Zusammenhänge aufklären. Das ist unsere Stärke. Denn Umweltbildung entwickelt sich weiter – zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

umwelt & bildung: Lesen für eine lebenswerte Zukunft! 4 x im Jahr.

Einzelheft: EUR 5,-, Jahresabo: [Ö] EUR 14,-/[D, CH] EUR 19,-, (inkl. Versand)

JETZT BESTELLEN:
Gratis Probeheft
oder gleich ein Abo!

Bei:
FORUM Umweltbildung,
Alserstraße 21, 1080 Wien
Tel.: 0043/1/402 47 01,
Fax: 0043/1/402 47 01-51,
E-Mail: forum@umweltbildung.at
Oder über das Internet:
www.umweltbildung.at



STADT & REGION

Siedlungspolitik

Landschaftsverbrauch „schöngerechnet“

■ Der NABU hat der Bundesregierung im Mai Trickereien bei der Berechnung von Verkehrs- und Siedlungsflächen vorgeworfen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer habe bei einem Treffen der MinisterInnen für Raumordnung aus Bund und Ländern angekündigt, den Verbrauch von Flächen „differenzierter zu erfassen“ und weniger Neuland zu verbrauchen. Die Bundesregierung wolle nun aber unversiegelte oder teilversiegelte Flächen im Siedlungsbereich wie Hausgärten, Abstandsräume oder öffentliche Grünflächen aus der Siedlungs- und Verkehrsfläche herausrechnen, obwohl auch diese Flächen zum Landschaftsverbrauch maßgeblich beitragen, kritisierte der NABU. „Wer Erholungsflächen oder öffentliches Grün nicht zur Siedlungsfläche zählt, rechnet sich das Problem des Landschaftsverbrauchs einfach schön“, sagte der NABU-Experte für nachhaltige Siedlungsentwicklung, Ulrich Kriese.

Um den Flächenverbrauch zu senken, forderte der NABU unter anderem eine umfassende Grundsteuerreform, eine Reform der Bauförderung und der Grunderwerbsteuer, die Abschaffung der Entfernungspauschale und andere finanzielle Anreize zu einem flächensparenden und die innerstädtische Entwicklung fördernden Verhalten der Städte und Gemeinden wie auch der einzelnen Haushalte und Unternehmen.

In ihrer Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis 2020 den täglichen Flächenverbrauch von derzeit 117 auf 30 Hektar zu senken. [jg]

- ▶ NABU, Siedlungspolitischer Sprecher Ulrich Kriese, Basel, Tel. +41 774050402, E-Mail: ulrich.kriese@nabu.de, www.nabu.de
- ▶ Ramsauer: www.kurzlink.de/bmvbs-flaeche

Energieeffizienz

EU sucht gute Beispiele

■ Bis zum 20. Juli können Städte und Regionen bewährte Praktiken für eine nachhaltige Energiepolitik an die EU melden. Der Ausschuss der Regionen hat gemeinsam mit der EU-Kommission eine Umfrage gestartet, um mehr über die Schwierigkeiten und Lösungen auf lokaler und regionaler Ebene zu erfahren. Die Ergebnisse sollen in die für Anfang 2011 erwartete Entscheidung des Europäischen Rates über Energieeffizienz einfließen. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/energieumfrage2010

TIERSCHUTZ & ETHIK

Käfighaltung

Gericht stoppt Pseudosiegel

■ Das Siegel „Tiergerechte Haltungsform“ der Deutschen Gesellschaft für Geflügelwissenschaften WPSA ist irreführend. Das hat das Oberlandesgericht Oldenburg festgestellt und damit eine Kennzeichnung von Eiern aus Kleingruppenkäfigen mit dem Siegel für unzulässig erklärt. Nach Ansicht der Richter suggeriert das Siegel, dass es sich bei der entsprechenden Haltung um etwas Besonderes handle. Tatsächlich würden aber nur die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten. Der Spruch hebt zugleich ein Urteil der Vorinstanz auf.

Die Käfiglobby müsse nun eine Schlappe hinnehmen, erklärte der Deutsche Tierschutzbund, der seit Langem zum Kauf von Freilandhaltungs- oder Bioeiern rät. Auch das neue Siegel „Tierschutz geprüft“ des Vereins für kontrollierte alternative Tierhaltungsformen (KAT) könne hilfreich sein. [mb]

- ▶ Urteil: OLG Oldenburg, 3.6.2010, Az. 1 U 6/10
- ▶ www.tierschutzbund.de/irrefuehrendes_eier-siegel.html
- ▶ KAT: www.was-steht-auf-dem-ei.de (Der Verein – Konzept – Tierschutz geprüft)

Öffentlichkeitsarbeit**Tierschutzfilme zumutbar**

■ Filme, die das Leiden von Tieren zeigen, dürfen in Fußgängerzonen uneingeschränkt gezeigt werden. Das Oberverwaltungsgericht Münster erklärte eine polizeiliche Regelung der westfälischen Stadt Siegen, die die freie Vorführung von Tierschutzfilmen in Fußgängerzonen einschränkte, für rechtswidrig. Nach fünfjährigem Rechtsstreit konnte damit der örtliche Tierschutzverein einen Erfolg verbuchen. Das Gericht zog zur Begründung unter anderem eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts heran, nach der „ein vom Elend der Welt unbeschwertes Gemüt des Bürgers kein Belang ist, zu dessen Schutz der Staat Grundrechtspositionen einschränken darf“. [mb]

► Die Tierfreunde, Siegen, Tel. +49 (0)271 / 3177-680, Fax -906, www.die-tierfreunde.de

Tierversuche**Affenversuche gehen weiter**

■ Der Neurologe Andreas Kreiter darf seine Hirnversuche mit Makaken an der Universität Bremen zunächst weiterführen. Das Bremer Verwaltungsgericht gab ihm Ende Mai in einem Prozess gegen die Gesundheitsbehörde teilweise recht. Kreiter hatte gegen ein Verbot der Affenversuche geklagt, das das Amt aus ethischen Gründen ausgesprochen hatte. Die Affenversuche dienen nach Angaben Kreiters der Erforschung von Hirnerkrankungen bei Menschen, die Behörde hält sie jedoch für ungeeignet, medizinische Fortschritte zu erzielen. Das Gericht ordnete nun an, den Antrag des Forschers von der Behörde nochmals mit ihren Vorgaben prüfen zu lassen. Tierschutzorganisationen wie der Deutsche Tierschutzbund unterstützen die Behörde und fordern darüber hinaus das Ende aller Versuche an Primaten. [cd]

► www.kurzlink.de/epd-affenversuche
 ► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, www.tierschutzbund.de/4025.html

Synthetische Biologie**Forscher wollen Schöpfer sein**

■ Die Debatte über die Synthetische Biologie ist wieder aufgeflammt, nachdem es US-Forschern um den Gentechnikpionier J. Craig Venter im Mai gelungen ist, einen lebensfähigen Mikroorganismus mit einem synthetischen Genom zu erschaffen. Der Organismus, der in ein Bakterium eingepflanzt wurde, gilt als letzter Schritt vor künstlichem Leben. Während Venter von umweltfreundlichen Anwendungen sprach und als Beispiel die Biotreibstoffproduktion nannte, warnten andere Wissenschaftler von unkalkulierbaren Risiken für die Biodiversität. Der Medizinethiker Giovanni Maio, Direktor des Instituts für Ethik und Geschichte an der Universität Freiburg, stellte generell die Vorstellung der Synthetischen Biologie von Leben infrage. Wenn Venter von „lebenden Maschinen“ spreche, sei das ein Widerspruch in sich und entwerte die Vorstellung von Leben, schrieb Maio in der Zeitschrift *Technology Review*. [mb]

► www.kurzlink.de/synthetischebiologie

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europäische Normung**Umweltschutz rechtfertigt Handelshemmnisse**

■ Umweltverbände fordern eine stärkere Integration von Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzaspekten in das europäische Normensystem. Bei einer Konsultation der EU-Kommission im Mai forderten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) die vorausschauende Einbeziehung von globalen Umweltproblemen sowie einen besseren Zugang zur Beteiligung interessierter Gruppen. Anderenfalls bliebe

eine Novellierung des europäischen Normungssystems „ökologisch unvertretbar, ineffizient und hinsichtlich des Partizipationsgedankens unzureichend“, mahnten die Verbände.

Das von BUND, BBU und DNR gemeinsam betriebene Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltschutzverbände (KNU) erklärte, nationale oder alternative Normungsdokumente rechtfertigten durchaus auch Handelshemmnisse, sofern sie progressiver als die europäischen seien, denn damit stellten sie ein „gesellschaftlich nützlich Wettbewerbsmerkmal“ dar. Der Vorgang der Normsetzung müsse generell offen und transparent bleiben. Die gleichberechtigte Teilhabe von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber der Großindustrie bestehe in der Praxis meist nur formal, kritisierte das KNU-Bündnis. Die EU-Kommission müsse darauf achten, dass in den nationalen Delegationen auch diejenigen interessierten Kreise, die kein direktes ökonomisches Interesse an der Normung haben, angemessen vertreten werden. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 02. Juni 2010)

Ressourcenökonomie**Schnell umsteuern mit Umweltsteuern**

■ Nur wenn die großen Volkswirtschaften ihren Umgang mit knappen Ressourcen radikal ändern, können sie in Zukunft Lebensqualität und Wohlstand sichern. Das ist die Quintessenz eines Berichts, den die EU-Kommission und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) im Juni vorgestellt haben. Der wissenschaftlichen Analyse zufolge steigt die Belastung der Umwelt um bis zu 80 Prozent an, wenn der Wohlstand um das Doppelte wächst. Gesetzgeber sollten Steuern und andere Anreize einführen, damit umweltfreundlichere Verfahren in der Landwirtschaft

eingesetzt und weniger fossile Brennstoffe verwendet werden, lautet eine Schlussfolgerung der Autoren. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik sagte: „Wenn wir wirklich die Art und Weise ändern wollen, wie wir mit Ressourcen umgehen, dann gehört eine Änderung der Preissignale im Zuge der Besteuerung zu den effizientesten und wirksamsten Konzepten.“

Der Bericht über Umweltauswirkungen von Konsum und Produktion und hauptverantwortliche Erzeugnisse und Stoffe wurde vom Internationalen Ausschuss für nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung erstellt. Der Ausschuss stützt sich auf Stellungnahmen von Umweltexperten aus aller Welt. Die Autoren untersuchten mithilfe von Lebenszyklusanalysen den Material- und Energiebedarf für Produktion, Verbrauch und Entsorgung und benannten Verfahren, Erzeugnisse und Stoffe, die weltweit hauptverantwortlich für Umweltschäden sind. Spitzenreiter sind landwirtschaftliche Erzeugnisse, vor allem tierische Produkte. [mbu]

► Bericht: www.kurzlink.de/productsandmaterials

Umweltschädliche Subventionen

Sparzwang hat nur teilweise grünen Effekt

■ Die schwarz-gelbe Bundesregierung will im Haushaltsjahr 2011 über elf Milliarden Euro Schulden abzahlen und bis 2014 insgesamt 80 Milliarden Euro einsparen. Das ist das Ergebnis einer Kabinetts-Sparklausur Anfang Juni. Neben Einsparungen im sozialen Bereich will die Regierung mehr Einnahmen durch Umweltabgaben erzielen. So soll es weniger Ausnahmen von der Ökosteuer geben und die Atomwirtschaft soll mit einer Kernbrennstoffsteuer zur Kasse gebeten werden. Geplant ist außerdem eine Luftverkehrsabgabe für Fluggesellschaften, deren Flüge in Deutschland starten. Erwartet wird hier eine Milliarde Euro an jährlichen Zusatzeinnahmen.

Die Klima-Allianz kritisierte, dass der Abbau umweltschädlicher Subventionen

bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sei. Dabei könne damit sowohl der Bundeshaushalt entlastet als auch der Klimaschutz vorangetrieben werden. Laut einer Studie des Umweltbundesamtes weise der Abbau umweltschädlicher Subventionen ein Potenzial von 48 Milliarden Euro auf. Die Entscheidung, Gewinne von Atomkraftwerksbetreibern jährlich mit 2,3 Milliarden Euro zu besteuern, bezeichnete die Klima-Allianz als Feigenblatt. Damit wolle sich die Regierung die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke erkaufen. [jg]

► Sparpaket: www.kurzlink.de/sparpaket2010.pdf

► www.klima-allianz.de/presse (07.06.2010)

Umweltrecht

Keine Gleichheit vor Gericht

■ In Europa herrscht Ungleichheit beim Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Eine Studie des Umweltrechtsbündnisses Justice & Environment (J&E) hat ergeben, dass die Aarhus-Konvention in einigen EU-Mitgliedstaaten unvollständig umgesetzt ist. Laut J&E zeigt die Studie „signifikante Lücken zwischen den erklärten Zielen der Aarhus-Konvention und dem tatsächlichen Zugang zu Gerichten für die Öffentlichkeit“. Damit erlaube die EU nicht all ihren BürgerInnen gleichen Zugang zu fundamentalen Rechten.

In der Studie wird kritisiert, dass einige Staaten sehr restriktive Herangehensweisen schon bei den nationalen Gerichtsbarkeiten an den Tag legten, sodass dort die Möglichkeiten für BürgerInnen stark eingeschränkt seien. In einigen Staaten wie Österreich und Tschechien hätten nicht alle Individuen Zugang zu Gerichten, wie es die von der EU und allen Mitgliedstaaten außer Irland ratifizierte Konvention vorsehe. In anderen Staaten wie Slowenien und Deutschland müssten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehr strenge Bedingungen erfüllen. Vergleiche man die Rechte beim Zugang zu Gerichten für Investoren, Städte und Gemeinden, NGOs und andere Interessengruppen, stoße man auf Unterschiede. J&E forderte

die EU-Institutionen auf, erneut über den EU-Kommissionsvorschlag zur Richtlinie über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten von 2003 zu diskutieren, um wenigstens EU-weit gültige Minimalstandards festzulegen. Kurzfristig soll die EU-Kommission nach Meinung des Bündnisses zumindest prüfen, ob der Zugang zu Gerichten in den Mitgliedstaaten mit der Aarhus-Konvention konform geht. [jg]

► Vollständiger Bericht (117 S., englisch, PDF): www.kurzlink.de/je-aarhus-studie2010

7. Umweltaktionsprogramm

Langfristige Umweltziele auf der EU-Agenda

■ Das europäische Ratspräsidentenschaftstrio Spanien, Belgien und Ungarn hat auf einer Konferenz erste Strukturen für das nächste Umweltaktionsprogramm der EU diskutiert. Auch die Evaluation des noch bis 2012 laufenden sechsten Umweltaktionsprogramms (6. UAP) gehört zu den Vorbereitungen für das wichtigste Strategieinstrument zur Durchsetzung von längerfristiger Umweltpolitik auf EU-Ebene. Der frühere Umweltkommissar Stavros Dimas nannte das 6. UAP im März seine „Waffe“ im Gesetzgebungsprozess für bestimmte Umweltprobleme.

Die scheidende spanische EU-Ratspräsidentenschaft ebenso wie die ab Juli amtierende belgische und die im Januar 2011 nachfolgende ungarische Präsidentenschaft unterstützen das Nachfolgerprogramm ausdrücklich. Debattiert werden unter anderem die Verbesserung der rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten der EU-Umweltgesetzgebung und ihrer Anwendung in den Mitgliedstaaten sowie freiwillige Maßnahmen und marktbasierende Instrumente.

Umweltverbände beklagen die rechtlich meist unverbindlichen Ziele in den Umweltaktionsprogrammen, auch wenn sie das Instrument an sich befürworten. Umso wichtiger sei eine frühzeitige Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Formulierung des 7. UAP, betonte das Europäische Um-

weltbüro (EEB). Der Dachverband plant für den Herbst eine eigene Debattenrunde mit den europäischen Umweltverbänden und verschiedenen EU-KommissarInnen. Auf nationaler Ebene setzt sich der Deutsche Naturschutzring (DNR) für ein neues Umweltaktionsprogramm ein. [jg]

- ▶ www.isrcer.org/detalle_acto.asp?id_evento=165
- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

EU-Ratspräsidentschaft

Belgien übernimmt Vorsitz

■ Am 1. Juli hat die belgische Regierung den Vorsitz über die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Bis Ende Dezember wird das Land die Ministerratssitzungen und den Europäischen Rat leiten. Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat dem neuen Vorsitz seine traditionellen „grünen Prüfsteine“ mit auf den Weg gegeben. Am Ende der Amtszeit sollen die umweltpolitischen Leistungen der belgischen Präsidentschaft daran gemessen werden.

Zu den zehn Prüfsteinen gehört die Europa-2020-Strategie – hier soll der ökologische Fußabdruck der EU reduziert werden. In die finanzielle Vorausschau für 2014 bis 2020 soll die Ratspräsidentschaft Nachhaltigkeitsaspekte aufnehmen. Außerdem fordert das EEB mindestens drei Milliarden Euro vom jährlichen EU-Budget für das Natura-2000-Schutzgebietenetz. Der belgische Vorsitz soll sich außerdem für die Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms, ein verbindliches 30-Prozent-Reduktionsziel beim Treibhausgasausstoß und eine europäische Vorreiterrolle bei der UN-Biodiversitätskonferenz in Nagoya einsetzen. Auch zu Industrieemissionen, Abfall- und Chemikalienpolitik, Nanotechnologie und Luftqualität erhebt der europäische Umweltdachverband Forderungen. Die vollständigen Prüfsteine und das zugehörige Memorandum hat das EEB im Internet veröffentlicht. [jg]

- ▶ Belgische Präsidentschaft: www.eu2010.be
- ▶ EEB-Memorandum: www.eeb.org

VERKEHR & TOURISMUS

Güterverkehr

EU-Kommissar tritt bei Riesen-Lkws auf die Bremse

■ Der für Verkehr zuständige EU-Kommissar Siim Kallas möchte von allen Mitgliedstaaten Rechenschaft über den möglicherweise illegalen Einsatz von sogenannten Megatrucks. Das geht aus einem Brief hervor, den die Allianz pro Schiene von der Kommission erhalten hat. Der Lobbyverband für den Bahnverkehr hatte zuvor auf gesetzeswidrige, grenzüberschreitende Fahrten von Riesen-Lkws zwischen Dänemark und Deutschland hingewiesen. Der Bundesregierung liegen nach eigenen Angaben bisher noch nicht alle Unterlagen vor, die sie zur Prüfung der Fahrten benötigt.

Der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene Dirk Flege sagte, es sei gut, „dass die EU-Kommission auf die Einhaltung der Richtlinie 96/53/EG pocht, die grenzüberschreitende Monstertruck-Fahrten untersagt“. Die überlangen Laster gefährdeten andere Verkehrsteilnehmer und seien umweltschädlich, da sie Fracht von den umweltfreundlicheren Binnenschiffen und Güterbahnen abzögen. Zudem kosteten Megatrucks Milliardenbeträge an Steuermitteln für Infrastrukturumbauten, so Flege weiter.

Bereits im März hatte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament, Michael Cramer, den EU-Verkehrskommissar auf illegale Fahrten von Megatrucks aufmerksam gemacht. Kallas sagte damals, die Kommission werde ein Verfahren gegen Länder einreichen, die gegen das Verbot der grenzüberschreitenden Fahrten verstoßen. [mbu]

- ▶ EU-Verkehrskommissar Siim Kallas: www.ec.europa.eu/commission_2010-2014
- ▶ Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, Fax -29, E-Mail: dirk.flege@allianz-pro-schiene.de, www.allianz-pro-schiene.de

Straßennutzungsgebühr

Mautpflicht auch auf Lkw-Ausweichstrecken

■ Ab dem kommenden Jahr soll die Lkw-Maut auf vierspurige Bundesstraßen ausgedehnt werden. Die Ausweitung der Maut ist Teil des Sparpakets, das die Bundesregierung Anfang Juni beschlossen hat. Bis jetzt wird die Maut für Schwerlasten nur auf Autobahnen und wenigen Bundesstraßen erhoben. Das brachte im vergangenen Jahr 4,4 Milliarden Euro an Einnahmen. Durch die Ausdehnung der Maut könnten 100 bis 150 Millionen Euro zusätzlich eingenommen werden, sagte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer. Zudem könnten die Bundesstraßen entlastet werden, die sich zunehmend zu „Lkw-Maut-Ausweichstrecken“ entwickelt hätten.

Nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) könnten die Mauteinnahmen kurzfristig sogar um eine Milliarde Euro gesteigert werden. Das FÖS forderte, die Lkw-Maut nicht nur auf weitere Straßen, sondern auch auf weitere Lastwagen auszudehnen. Bisher gilt sie für Fahrzeuge ab zwölf Tonnen Gewicht, was zum Bau von 11,9-Tonnern geführt hat, um die Maut zu umgehen, wie der Vorsitzende des FÖS, Anselm Görres, kritisierte.

Der Umweltverband BUND bezeichnete die Ausweitung der Lkw-Maut auf vierspurige Bundesstraßen als halbherzig. Die Gebühr müsse auf alle Bundesstraßen ausgedehnt werden. Die Allianz pro Schiene betonte, dass durch die Pläne ein wesentlicher Wettbewerbsnachteil der Güterzüge gegenüber dem Lkw entfalle. Güterbahnen müssten seit Jahr und Tag auf allen Schienenstrecken eine Maut bezahlen, sagte Allianz-Geschäftsführer Dirk Flege. [mbu]

- ▶ Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de
- ▶ BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-0, Fax -40, E-Mail: info@bund.net, www.bund.net
- ▶ Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, E-Mail: dirk.flege@allianz-pro-schiene.de, www.allianz-pro-schiene.de

Ostseeverkehr

Teure Fehmarnbeltquerung

■ Obwohl die Bauarbeiten für eine Verbindung zwischen Dänemark und Deutschland über den Fehmarnbelt noch nicht begonnen haben, steht schon fest, dass das Projekt teurer wird als bisher vorgesehen. Das dänische Verkehrsministerium beantragte nach eigenen Angaben zwei statt 1,4 Milliarden Kronen (270 statt 190 Millionen Euro) für Planungsaufgaben beim Finanzausschuss des Kopenhagener Parlaments. Außerdem seien EU-Fördergelder in Höhe von 900 Millionen Kronen (120 Millionen Euro) infrage gestellt, weil für die Fehmarnbeltquerung noch keine Arbeiten durchgeführt worden sind. Insgesamt will die EU gut 330 Millionen Euro an Zuschüssen zahlen. Für die 19 Kilometer lange Verbindung zwischen dem schleswig-holsteinischen Puttgarden und Rødby in Dänemark wurden bisher Baukosten zwischen 4,5 Milliarden Euro für den Bau einer Brücke und 5,5 Milliarden für einen Tunnel veranschlagt (umwelt aktuell 08/09.2009, S. 24). **[mbu]**

- ▶ Dänisches Verkehrsministerium:
www.trm.dk/sw523.asp
- ▶ Broschüre des NABU (PDF, 24 S.):
www.kurzlink.de/contra-fehmarnbelt

WASSER & MEERE

Ölförderung im Meer

Desaster ohne Ende im Golf von Mexiko

■ In den Golf von Mexiko fließen täglich mindestens 6,4 Millionen Liter Öl aus dem lecken Bohrloch, das der Untergang der Ölplattform Deepwater Horizon verursacht hat – doppelt so viel wie bisher angenommen. Das ergaben Berechnungen des Geologischen Dienstes der USA im Juni. Trotz verzweifelter Versuche, Öl abzupumpen, war auch zwei Monate nach dem Desaster nicht absehbar, wann die Ingenieure des Ölkonzerns BP den Ölfluss stoppen können, der dabei ist, eines der vielfältigsten Meeresökosysteme der Erde zu zerstören. Während Seevögel, Schildkröten und Delfine sterben, verlieren auch Zehntausende Menschen ihre Lebensgrundlage.

Im Juni war der Ölteppich mit mehr als 25.000 Quadratkilometern fast dreimal so groß wie das Wattenmeer. Der NABU forderte das Ende der Ölförderung im Wattenmeer, da sich ein Unfall wie im Golf von Mexiko auch in Europa ereignen könne. Laut dem Umweltverband gibt es Pläne,

in der Nähe der Britischen Inseln oder der Färöer Öl aus mehr als 1.000 Metern Tiefe zu fördern.

Bisher hat BP 1,6 Milliarden Dollar für die Folgen der Havarie gezahlt. Der Artenschutzexperte des UN-Umweltprogramms UNEP, Tim Kasten, rechnet jedoch mit viel höheren Kosten. Es gehe dabei nicht nur um das Absaugen des Ölteppichs, sondern um die Renaturierung des gesamten Ökosystems, sagte Kasten. Die Folgekosten für die Tierwelt, die Fischerei oder den Tourismus gingen in die Milliarden.

Unterdessen rief der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, zum Boykott der Aral-Tankstellen von BP auf. Dies sei die Sprache, die ein Konzern verstehe, sagte der Grünen-Politiker der Tageszeitung Taz. Umweltorganisationen halten sich jedoch mit Boykottaufrufen zurück. Es gebe keinen sauberen Treibstoff, erklärte Greenpeace. Nicht nur BP führe gefährliche Tiefseebohrungen durch, sagte Britta König vom WWF-Meeresschutzzentrum in Hamburg. „Wir müssen stattdessen eine größere Wende vollziehen.“ Das Problem sei, so König, „dass wir so viel Erdöl verbrauchen“. **[mbu, mb]**

- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: nabu@nabu.de, www.nabu.de
- ▶ www.unep.org

Nachhaltigkeit

A-Z

**N wie Naturgefahren**

Die Hochwasserereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, wie anfällig unsere Gesellschaft gegenüber Naturgefahren ist. Die Autoren analysieren im vorliegenden Buch Folgen und wichtige Einflussfaktoren von Hochwasser und entwickeln bundesweit einsetzbare Modelle zur Abschätzung und Minderung von Schäden für Privathaushalte, Unternehmen und Landwirtschaft.

A. H. Thieken, I. Seifert, B. Merz (Hrsg.)
Hochwasserschäden
Erfassung, Abschätzung und Vermeidung
304 Seiten, 39,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-186-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft

Ostsee**Zu viele Nährstoffe**

■ Vertreter der Ostseeanrainerstaaten haben beim Treffen der Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee (Helcom) im Mai in Moskau weitere Maßnahmen zum Schutz des Binnenmeeres beschlossen. Die Themenschwerpunkte der Konferenz – Eutrophierung, also die Zunahme an Nährstoffen und das damit verbundene schädliche Pflanzenwachstum, gefährliche Stoffe, Biodiversität sowie maritime Aktivitäten – spiegeln die wesentlichen Belastungen der Ostsee wider.

Einer aktuellen Helcom-Studie zufolge hat bisher keines der Becken der Ostsee einen guten Umweltzustand erreicht. Demnach hat die Eutrophierung trotz gesunkener Stickstoff- und Phosphateinträge seit 1990 nicht abgenommen. Maßnahmen zur Reduzierung der Eutrophierung seien kostspielig, aber voraussichtlich weniger kostenintensiv als die Folgen des Nichtstuns, prognostiziert die Studie. [bv]

- ▶ www.bmu.de/pm/46045.php
- ▶ www.kurzlink.de/balticsea-assess2010

Nordsee**Zu viel Meeresmüll**

■ In der Nordsee befinden sich 600.000 Kubikmeter Müll. Das geht aus einem im Mai veröffentlichten Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes (UBA) hervor. UBA-Präsident Jochen Flasbarth forderte, effektive Strategien gegen den Meeresmüll zu entwickeln. Die Schutzstation Wattenmeer und der BUND verlangen eine kostenlose Müllentsorgung in den Nordseehäfen. Dadurch soll ein Anreiz entstehen, den Müll auf dem Land zu beseitigen. Zwei Drittel des Mülls bestehen aus Plastik und stammen größtenteils vom Schiffsverkehr und von der Fischerei. [zt]

- ▶ UBA, Dessau/Anhalt, Tel. +49 (0)340 / 2103-0, Fax -2285, E-Mail: info@uba.de, www.uba.de
- ▶ BUND-Meereschutzbüro, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 7900232, www.bund-bremen.net

Fischerei/UN**Bis 2050 leere Meere?**

■ Nach Einschätzung von UN-Experten könnten die Ozeane in nur 40 Jahren leer gefischt sein, wenn die Fischerei nicht radikal umdenkt. „Wenn die verschiedenen Schätzungen, die wir erhalten haben, wahr werden, sind die Meerestische in 40 Jahren verschwunden“, sagte Pavan Sukhdev, Leiter der Green-Economy-Initiative des UN-Umweltprogrammes UNEP, im Mai in New York.

Delegierte des UN-Fischereiabkommens UNFSA hatten sich dort getroffen, um über Fischbestände und Gesetzgebungen der Meere zu debattieren. Sie einigten sich auf Maßnahmen, die dem dramatischen Verlust von Fischbeständen weltweit entgegenwirken sollen. Dazu gehören verschärfte Kontrollen und finanzielle Anreize. Nach UN-Angaben sind 30 Prozent der Fangreviere bereits ausgefischt. Ende dieses Jahres will das UNEP einen Green Economy Report veröffentlichen, der neben der Verringerung der Fangflotte auch die Einrichtung großer Meeresschutzzonen vorschlägt, die vom kommerziellen Fischfang ausgeschlossen sind. [bv]

- ▶ www.unep.org
- ▶ www.kurzlink.de/green-economy-report
- ▶ Abschlussdokument der UNFSA-Konferenz: www.kurzlink.de/unfsa-2010-05.pdf

Fischerei/EU**Quotendebatte 2011 beginnt**

■ Die EU-Kommission hat im Mai ihren Bericht über die Fangmöglichkeiten 2011 vorgelegt und damit das Startsignal für die Diskussion über das Fischen in den EU-Gewässern im kommenden Jahr gegeben. In dem Bericht erläutert sie, wie sie die wissenschaftlichen Gutachten über den Zustand der Fischbestände bei den Vorschlägen für die Fangbeschränkungen und -quoten 2011 berücksichtigt will.

Grundlage für den Bericht sind wissenschaftliche Gutachten über den Zustand der Fischbestände. Nur wenige bedrohte

Arten wie Seesunne, Schellfisch und Hering haben sich danach in einigen Teilen der Meere erholt. Die meisten Bestände sind noch immer überfischt, obwohl sich die Mitgliedstaaten der EU schon 2002 darauf geeinigt hatten, bis 2015 den Fischereisektor nachhaltig umzugestalten, damit dauerhaft der größtmögliche Ertrag erzielt werden kann. Die Kommission übergibt den Bericht nun den Fischereiernehmern, den Mitgliedstaaten sowie Experten zur Konsultation und Prüfung. Die EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei Maria Damanaki kündigte an, sie wolle die Befischung in der EU im nächsten Jahr auf ein nachhaltiges Niveau zurückführen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/574)
- ▶ www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/fishing_rules

EU-Fischereipolitik**Kampagne gegen Raubbau**

■ Am 8. Juni, dem Weltozeantag, hat die Kampagne Ocean 2012 die EU dazu aufgerufen, künftig eine ökologische Fischereipolitik zu betreiben. Nach Angaben des Bündnisses aus 70 europäischen Verbänden sind mehr als 80 Prozent der kommerziell genutzten Fischarten stark überfischt und stehen vor dem biologischen Aus. Die EU-Kommission appellierte am gleichen Tag an alle Mittelmeeranrainer, sofort zu handeln. Allein im Mittelmeer ist über die Hälfte der Bestände überfischt.

Zwar gibt es seit 2006 die Mittelmeerverordnung, die eine nachhaltige Fischerei, den Schutz der Meere und die Wiederherstellung gesunder Fischbestände zum Ziel hat. Aber die meisten der betroffenen Mitgliedstaaten versäumten es bisher, die Schutzmaßnahmen der Verordnung umzusetzen. Seit dem 1. Juni ist die Verordnung uneingeschränkt in Kraft. Die für Fischerei zuständige EU-Kommissarin Maria Damanaki kündigte an, bei weiteren Verstößen hart durchzugreifen. Die jüngsten Inspektionen brachten Verstöße gegen die Mindestmaschenöffnung der Netze oder die Mindestgröße von Fischen ▶

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

NEU!

2010



SCHWERPUNKT

Die soziale Verantwortung der Unternehmen

Wie Manager und gesellschaftliche Akteure zusammenarbeiten

WEITERE THEMEN

- Unheilvolle Allianz von Umweltverbänden und Unternehmen
- Marktverzerrungen durch Umweltpolitik
- Agrarpolitik jenseits der praktischen Vernunft

JETZT PROBEABO ANFORDERN!

kontakt@oekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

und anderen Meerestieren ans Tageslicht. Zudem legten die Mitgliedstaaten keine Bewirtschaftungspläne vor oder wiesen keine zusätzliche Fangschutzzonen aus.

Das Bündnis Ocean 2012, zu dem unter anderem die Meeresschutzorganisation Deepwave, die Deutsche Umwelthilfe und der NABU gehören, will die Entscheidungsträger in Brüssel davon überzeugen, die Überfischung zu beenden. Laut wissenschaftlichen Studien wird der kommerzielle Fischfang weltweit in 40 Jahren zusammenbrechen, wenn die gegenwärtige Fischereipraxis fortgesetzt wird. [mbu]

- ▶ EU-Verordnung für nachhaltige Fischwirtschaft (PDF, 75 S.): www.kurzlink.de/eu-mittelmeer-vo
- ▶ Kampagne: www.ocean2012.eu

Badegewässer

Sauberer Schwimmspaß

■ Sowohl EU- als auch deutschlandweit hat sich laut dem diesjährigen Badegewässerbericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) die Wasserqualität seit 1990 stark verbessert. In den Küstengebieten erhöhte sich der Anteil der Gewässer, die den Mindestvorschriften entsprachen, in diesem Zeitraum von 80 auf 96 Prozent, bei Binnengewässern von 52 auf 89 Prozent.

Nur für zwei Prozent der europäischen Küstengewässer wurde ein generelles Schwimmbot verbot ausgesprochen. Fast alle liegen in Italien. In Deutschland waren im letzten Jahr 99,5 Prozent der Küstenstrände und 98 Prozent der Flüsse und Seen sauber genug für unbedenkliches Baden.

Der Bericht bewertet die Qualität von rund 20.000 Badegewässern in der EU im Jahr 2009, darunter 2.279 in Deutschland. Untersucht wurden physikalische, chemische und mikrobiologische Verunreinigungen. Interessierte können die Qualität einzelner Badegewässer anhand einer interaktiven Karte überprüfen, Daten für ein Land oder eine Region einsehen und mit denen früherer Jahre vergleichen. [bv]

- ▶ www.eea.europa.eu/de
- ▶ www.kurzlink.de/badegewaesser2009

Wasserverbrauch

Europa muss kurz duschen

■ Einem im Mai veröffentlichten Bericht der EU-Kommission zufolge kann der hohe Wasserverbrauch in Europa schon bald zu ersten Versorgungsproblemen führen. Neben den Mittelmeerstaaten meldete auch Tschechien ständige Wasserknappheit. Frankreich und Belgien berichten von übernutzten Grundwasserleitern.

Um den Trend umzukehren, appellierte die EU-Kommission an die Mitgliedstaaten, den sachgemäßen Umgang mit Wasser zu fördern. Zudem rief sie zu einer wirksameren Wassergebührenpolitik auf. Allein durch kürzeres Duschen und selteneres Baden könnte laut Bericht der Verbrauch um 20 bis 30 Prozent sinken. Weitere Einsparungen brächten verpflichtende Standards für wasserführende Haushaltsgeräte im Rahmen der Ökodesignrichtlinie. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/577)
- ▶ www.kurzlink.de/report-COM2010-228

Saale-Elbe-Kanal

Parteiübergreifende Petition

■ Aus Sorge um die Zukunft der Elbe hat die Parlamentarische Gruppe „Frei fließende Flüsse“ im Deutschen Bundestag im Juni eine Resolution gegen den Bau des Saale-Elbe-Kanals verabschiedet. Bei der Planung seien die realen Wassertiefen der Elbe nicht genügend berücksichtigt worden, kritisierte die Gruppe aus 41 Abgeordneten aller Parteien. Der Bau des Saale-Elbe-Kanals werde die Schifffahrt auf der Saale nicht nennenswert beleben, da lange Niedrigwasserperioden an der Elbe den Transport unrentabel machten, heißt es in der Resolution. Der 7,5 Kilometer lange Kanal ist zwischen der Saalestadt Calbe und der Mündung in die Elbe geplant, um den Engpass auf der Saale mit zu geringen Tiefen zu überwinden. [bv]

- ▶ Parlamentarische Gruppe Frei fließende Flüsse, Jonas Hiermer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22777375, E-Mail: pg-frei-fluesse@bundestag.de

Flussbadetag

Big Jump in Europas Flüsse

■ Am 11. Juli findet der zweite europaweite Flussbadetag „Big Jump“ statt. Überall wird gleichzeitig um 15 Uhr in Flüssen gebadet oder es werden Flussfeste, Ausstellungen und andere Aktionen am Flussrand angeboten. Der „Big Jump“ soll auf die Bedeutung sauberer Flüsse aufmerksam machen. Der erste Flussbadetag fand 2005 statt, der letzte ist 2015 geplant, weil dann die Flüsse nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in ökologisch gutem Zustand sein müssen. [zt]

► www.rivernet.org/bigjump

Hochwasserschutz

Rhein und Donau in Verzug

■ Angesichts der Hochwasserwellen an Oder, Weichsel und Donau, die Anfang Juni vor allem in Polen große Schäden anrichteten, haben Umweltverbände die mangelnde Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Deutschland beklagt. Der Bund Naturschutz in Bayern forderte als Konsequenz aus dem Donauhochwasser ein Ende der Kanalisierungsplanungen und einen ökologischen Hochwasserschutz durch die Schaffung neuer Überflutungsflächen.

Die Regierungen der vier rheinliegenden Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind bei der Schaffung von Hochwasserrückhaltepoldern ebenfalls in Verzug. Außerdem müssten nach Ansicht des BUND Nordrhein-Westfalen dringend Deiche zurückverlegt werden, um naturnahe Überflutungsflächen zu schaffen. Das scheitert aber meist an der landwirtschaftlichen Nutzung.

Auch die Elbe beobachten die Naturschützer mit Sorge. Die tschechische Regierung plant den Ausbau des Flusses, um den Güterverkehr zu stärken. Damit die Schiffe ans Meer kommen, hat auch Deutschland einen Ausbau zugesagt. Doch ein solcher Eingriff würde der Umwelt rund um die

Elbe erheblich schaden und sei außerdem völlig unwirtschaftlich, rechnete der BUND vor. [at]

- Bund Naturschutz, Regensburg, Tel. +49 (0)941/29720-0, www.bund-naturschutz.de
- BUND NRW, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211/302005, E-Mail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de
- www.elbeinsel.de

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Unternehmensverantwortung

Deutsche Firmen unantastbar

■ Eine juristische Analyse der Auslandstätigkeit zweier deutscher Unternehmen hat ergeben, dass nach geltendem deutschen Recht Schadenersatzklagen ausländischer Geschädigter gegen die in Deutschland ansässigen Mutterfirmen keine Aussicht auf Erfolg haben. An zwei Fallbeispielen in Brasilien und China hatte die Studie die Haftung von Unternehmen für Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen durch ihre im Ausland angesiedelten Töchter und Zulieferer untersucht. Als Konsequenz fordern die Autoren juristische Reformen auf EU-Ebene. [mb]

- Germanwatch, Cornelia Heydenreich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2888-3564, Fax -3561, E-Mail: heydenreich@germanwatch.org
- Studie: www.germanwatch.org/corp/euref

Lobbyismus

Green Week mit Greenwash

■ Unter dem Motto „Biodiversität – unsere Lebensader“ fand Anfang Juni in Brüssel die Green Week, die größte europäische Umweltkonferenz, statt (siehe S. 21). Während einer Podiumsdiskussion zum Verbraucherverhalten entrollten etwa 20 AktivistInnen zwei große Transparente vor der Rednertribüne und lenkten so die Aufmerksamkeit des Publikums von Coca-

Cola-Europavertreter Salvatore Gabola ab. In einer rund 15-minütigen Stellungnahme warfen sie der Veranstaltung Greenwashing vor, wie die Agentur IPS berichtete.

Unter dem Applaus des Publikums kritisierten die DemonstrantInnen die Praxis der EU-Kommission als Organisatorin der Green Week, einflussreichen Unternehmen eine Plattform zu bieten, ihre vorgeblich grüne Unternehmenspolitik zu präsentieren. Neben dem Coca-Cola-Konzern, dem vorgeworfen wird, in Indien die Grundwasservorräte abzuschöpfen, steht auch der schwedische Papier- und Verpackungsriese Stora Enso in der Kritik. Er soll seine lateinamerikanischen Eukalyptusplantagen rechtswidrig ausgeweitet haben.

Auch der Moderator des Panels, der Sprecher des Thinktanks Friends of Europe Willy de Backer, musste sich IPS zufolge der Kritik stellen. Seine Organisation wird von großen Unternehmen finanziert. Zu ihren Klienten zählen unter anderem Tabakkonzerne und Waffenhersteller. [at]

- Green Week: www.greenweek2010.eu
- IPS: www.kurzlink.de/greenweek-greenwash

Konsumkritik

Picknicken gegen Wachstum

■ In rund 20 Ländern vor allem in der Europäischen Union haben sich WachstumskritikerInnen am 6. Juni zum ersten globalen „Picnic for Degrowth“ getroffen. In Deutschland fanden in München, Köln und Berlin Veranstaltungen statt, die angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Umweltkrise für ökologische Nachhaltigkeit, ein Schrumpfen von Produktion und Konsum sowie gemeinschaftliche Aktionen warben. Die Idee für die ungewöhnliche Protestform war im März auf einer Konferenz für soziale Gerechtigkeit und ein Gesundenschrumpfen der Wirtschaft in Barcelona entstanden. [jg]

- Aktion: www.picnic4degrowth.net
- Konferenz: www.degrowth.eu
- Theorie: www.de.wikipedia.org/wiki/degrowth

DNR INTERN

DNR-Verbändeforum

Fördermittel für die „Motoren der Umweltpolitik“

■ Mitte Juni hatte der Deutsche Naturschutzring zum DNR-Verbändeforum nach Berlin geladen. Das halbtägige Treffen von VertreterInnen der DNR-Mitgliedsverbände beschäftigte sich vor allem mit der Projektförderung durch das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN). UBA-Referent Uwe Volkgenannt stellte die vier Schwerpunktthemen seiner Behörde für die Verbändeförderung im Jahr 2011 vor: Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Mobilität, nachhaltiger Konsum sowie Umwelt und Wirtschaft. Den Naturschutzverbänden – die UBA-Präsident Jochen Flasbarth auch als „Motoren der Umweltpolitik“ bezeichnet – empfahl Volkgenannt, Kooperationen einzugehen, um der wachsenden Komplexität der Themen bei sinkenden Mitteln zu begegnen.

Hans-Jürgen Schäfer vom BfN berichtete, dass seine Behörde die Verbände zwischen 2010 und 2012 mit rund 960.000 Euro unterstütze. Dabei gehe es unter anderem um die Entwicklung neuer Ansätze in Großschutzprojekten sowie die Zusammenarbeit von Naturnutzern und Naturschutz.

Die TeilnehmerInnen debattierten außerdem über das Nachhaltigkeits-Forum, einen Vorschlag, den Gerd Hofielen, Sprecher der kritischen Aktionäre, vorstellte. In einem solchen Gremium sollen VertreterInnen der Zivilgesellschaft mit großen Unternehmen über deren diskutieren. Der DNR will im nächsten Jahr eine breite Debatte zwischen Umweltverbänden und der Wirtschaft mitgestalten, um Nachhaltigkeit in das Kerngeschäft großer Unternehmen zu integrieren und die Privatwirtschaft an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern.

Letzter Punkt der Tagesordnung war das Positionspapier der Agrarplattform,

eines Verbändebündnisses zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), das Lutz Ribbe von Euronatur vorstellte. Die EU-Kommission will im Herbst 2011 ein neues Legislativpaket zur Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2013 vorlegen, zu dem die Verbände schon jetzt zehn Forderungen formuliert haben, die der Stärkung des Umwelt- und Naturschutzes dienen sollen.

Das nächste Verbändeforum findet am 9. September in Berlin statt. [jg]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de

DNR-Präsidiumssitzung

Berlin, Brüssel, Nagoya, Rio

■ Das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings hat sich am 21. Juni in Berlin getroffen und mehrere Beschlüsse gefasst. So unterstützt der DNR das Plattformpapier „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ von Verbänden aus Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucher- und Tierschutz. Nun sollen EU-Abgeordnete und die Öffentlichkeit überzeugt werden. Die Agrarforschung müsse vom Mitverursacher zum Problemlöser werden, so das Präsidium. Bisher sei sie vor allem auf das gegenwärtige, nicht nachhaltige Agrarsystem ausgerichtet, wozu auch Gentechnik gehöre. Der DNR fordert einen multisystemaren Forschungsansatz, der lokale, ökologische, ökonomische und soziokulturelle Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Zur Waldpolitik will der DNR die Positionen seiner Mitgliedsverbände abfragen und ein Verbändeforum organisieren.

Zur Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko will sich der Verband mit einer Presseaktion zu Wort melden.

Der DNR wird sich intensiv an der Rio+20-Konferenz im Jahr 2012 beteiligen. Eine dafür einzuberufende Arbeitsgruppe soll Positionen, Veranstaltungen und Aktionen koordinieren und organisieren.

Sein Thema „Abbau schädlicher Subventionen“ und seine Aktivitäten zu „Busi-

ness and Biodiversity“ führt der DNR fort.

Mit der 10. Vertragsstaatenkonferenz in Nagoya endet die deutsche CBD-Präsidentschaft. Das Forum Umwelt & Entwicklung übernimmt die weitere Koordination der Aktivitäten in Deutschland und Nagoya für die deutschen Verbände.

Um einen Durchbruch bei der Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt zu erzielen, will der DNR eine mehrjährige breit angelegte Kampagne lancieren und dazu die Bereitschaft bei Verbänden, Stiftungen, staatlichen, kirchlichen und anderen Akteuren erfragen.

Der DNR unterstützt die Initiative für eine transparente Zivilgesellschaft und unterzeichnet dazu eine Selbstverpflichtung.

Bjela Vossen hat am 1. Juni die Leitung der EU-Koordination des DNR übernommen. [hjh]

AUS DEN VERBÄNDEN

Politikberatung

Neuer Nachhaltigkeitsrat

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) für die neue dreijährige Amtsperiode berufen. DNR-Präsident Hubert Weinzierl gehört erneut dem Rat an. Er ist bereits seit Einsetzung des RNE im Jahr 2001 dabei. Auch die Ehrenvorsitzende des BUND Angelika Zahrt ist wieder Mitglied. Neu in dem Gremium ist der Präsident des NABU, Olaf Tschimpke. Insgesamt hat der Nachhaltigkeitsrat 15 Mitglieder aus Politik, Unternehmen, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und soll sie außerdem dabei unterstützen, die Öffentlichkeit für Nachhaltigkeitsthemen zu sensibilisieren. [mb]

► RNE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 408190-121, Fax -125, www.nachhaltigkeitsrat.de

REZENSIONEN

Vom Schmierstoff der Welt

Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ist nur die Spitze des Eisberges. Wo Öl fließt, blühen Korruption, soziale Verwerfungen und Umweltverschmutzung. Der Journalist Peter Maass hat dem internationalen Ölbusiness vier Jahre lang auf die Finger geschaut.



■ Täglich ist der Stoff, an dem die Welt hängt wie ein Totgeweihter am Tropf, in den Schlagzeilen. Mal zeigen die Medien ölverschmierte Vögel an der Küste von Louisiana, mal

die verzweifelten Versuche des Verursachers BP, dem Disaster Herr zu werden. Deepwater Horizon ist zum Inbegriff für eine der größten Umweltkatastrophen der USA geworden. Vielleicht sind die Explosion und der anschließende Untergang der Ölplattform im Golf von Mexiko das endgültige Signal für die Welt, dass das Öl ausgedient hat. Vielleicht. Wahrscheinlicher ist, dass auch diese Katastrophe schnell vergessen wird und man weiterhin bereit ist, die Schattenseiten des Schwarzen Goldes zu ignorieren.

Wer sich indes über die zahlreichen erschreckenden Aspekte des blutigen Geschäfts mit dem Öl informieren möchte, dem sei die Lektüre des hier vorliegenden Buches wärmstens empfohlen. Nicht weil es Peter Maass gelungen wäre, spektakuläre Neuigkeiten zu präsentieren. Inzwischen hat es sich auch bis in die Kreise der weniger kritischen Geister herumgesprochen, dass der Irakkrieg nicht nur geführt wurde, um das Zweistromland vom Diktator Saddam Hussein zu befreien. Nicht weil es neu ist, dass hin und wieder Millionen Barrel der schmierigen Substanz aus Pipelines, Bohrlöchern oder havarierten Tankern austreten und die Umwelt verschmutzen. Der Grund liegt vielmehr in der Präsentation und Aufbereitung des Themas. Der ehemalige Korrespondent der Washington Post, der heute regelmäßig für das New York Times Magazine schreibt, hat ein Musterbeispiel des investigativen

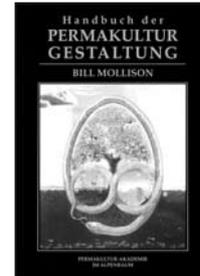
Journalismus vorgelegt. Über vier Jahre lang hat Maass in den wichtigsten Erdölförderländern recherchiert, hat skrupellose Regierungsfunktionäre porträtiert, Spekulanten und Manager interviewt und Umweltaktivisten vor Ort aufgesucht. Etwa Donald Moncayo. Der Ecuadorianer führt Journalisten in seiner „toxic tour“ durch den heimischen Regenwald, den der Ölmulti Texaco über Jahre als Müllkippe für Öl missbrauchte. Maass gibt den LeserInnen im fernen, sauberen, industrialisierten Westen ein Gefühl dafür, wie die Vertreter von Texaco auf „analphabetische Indios“ trafen und für die Erlaubnis der Indianer, nach Öl suchen zu dürfen, „als Erstes eine Ladung Brot, Käse, Löffel und Teller“ boten und wie das Fehlen einer jeglichen Umweltgesetzgebung skrupellos ausgenutzt wurde, um Öl im Amazonas zu verklappen oder in den Boden zu kippen.

Doch die dramatische Verschmutzung der Umwelt ist nur eine Facette des Themas. Wo auch immer Öl aus dem Boden quoll, förderte es nur in den seltensten Fällen Reichtum und Wohlstand, sondern vielmehr Korruption, wirtschaftliche Verarmung und diktatorische Verhältnisse. Die Bereicherung einer kleinen Herrscherclique in Äquatorialguinea gehört dazu ebenso wie das Entstehen einer neuen Machtelite in Russland mit erheblichem politischem Einfluss. Die großen Verbraucherländer dieser Welt nahmen alle diese Ungerechtigkeiten billigend in Kauf, um sich ihren Anteil an der Fördermenge zu sichern. „Dieses Buch ist ein Muss für alle, die über das internationale Ölbusiness und seinen Einfluss auf unser Leben Bescheid wissen wollen“, formulierte es der San Francisco Chronicle. Dem ist nichts hinzuzufügen. **[Christoph Hirsch]**

► Maass, P.: Öl. Das blutige Geschäft. Droemer, 2010, 352 S., 19,95 €, ISBN 978-3-426-27529-0

Permakultur-Bibel

Das Standardwerk von Bill Mollison, dem Mitbegründer der Permakulturbewegung und Träger des „Alternativen Nobelpreises“, ist endlich auch auf Deutsch erschienen.



■ Der Australier Bill Mollison gilt als einer der Gründerväter der Permakultur. Im Jahr 1988 erschien sein 600-Seiten-Wälzer „Permaculture – A Designer’s Manual“, ein umfassendes Werk zur Gestaltung

von landwirtschaftlichen und anderen Systemen nach permakulturellen Prinzipien. „Ein Permakultursystem ist ein komplettes landwirtschaftliches Ökosystem, das so gestaltet wurde, dass die zugeführte Energie minimiert und der Ertrag maximiert wird“, fasst der Autor den Grundgedanken zusammen. In mittels Permakultur gestalteten Lebensräumen wird das Zusammenleben von Menschen, Tieren und Pflanzen so kombiniert, dass die Bedürfnisse aller adäquat erfüllt werden und sie sich dabei gegenseitig unterstützen und ergänzen. Langfristig sollen Permakultursysteme durch möglichst geringe Eingriffe in einem dynamischen Gleichgewicht gehalten werden. Als Vorbild dienen natürliche Ökosysteme wie Wälder oder Seen.

Mollisons Standardwerk ist nun als „Handbuch der Permakultur-Gestaltung“ erstmals vollständig in deutscher Sprache erschienen. Durch die Initiative und unter Leitung von Marlies Ortner von der Permakultur-Akademie im Alpenraum wurde das Werk in mehrjähriger Arbeit übersetzt. Möglich wurde dies durch die Mitwirkung zahlreicher Menschen und eine Vorfinanzierung durch begeisterte Käufer.

Der Autor erklärt zunächst von Grund auf die ethischen und gestalterischen Prinzipien der Permakultur. Ein weiterer Teil befasst sich mit den wichtigsten Phänomenen der Natur: vom Verstehen von Mustern, die zum Beispiel durch Wind, Wasser und Wachstum erzeugt werden, ►

bis zu wissenschaftlichen Erläuterungen zu den Funktionen von Boden, Wasser und Bäumen. Für die drei wichtigsten Klimazonen der Welt bringt Mollison detaillierte Beispiele für erfolgreiche Permakultursysteme. Ein Kapitel widmet er ausschließlich Aquakulturen. Im letzten Kapitel behandelt Mollison schließlich noch Permakultur-Aspekte für Gesellschaftssysteme.

Passenderweise war auch das Übersetzungsprojekt vom Permakulturgedanken geprägt: Mit Engagement, kreativer und mutiger Finanzierung, vielen Helfern aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, Kommunikation und Datenaustausch über das Internet, aber geringem Budget und Papierverbrauch entstand die deutsche Fassung, die es an professionellem Erscheinungsbild nicht im Geringsten mangeln lässt. Noch ein Tipp: Vom Einband des Buches sollte sich niemand abschrecken lassen – Permakultur hat nichts mit Esoterik zu tun. **[Elisabeth Esterer-Vogel]**

- ▶ Mollison, B.: Handbuch der Permakultur-Gestaltung. Permakultur-Akademie im Alpenraum, Stainz 2010, 668 S., 128,- €, ISBN 978-3-200-01258-5. www.permakultur-akademie.com

Effizient und genügsam



■ Drei namhafte Autoren, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Karlson Hargroves und Michael Smith, legen mit „Faktor Fünf“ ein sehr informatives Buch zu den Problemen des technologischen Fortschritts und nachhaltigen Wohlstands für alle vor. Die Gedanken und Thesen zu einer Formel für nachhaltiges Wachstum basieren auf dem Mitte der Neunzigerjahre entwickelten Konzept „Faktor Vier“. Das war der Versuch, Wohlstandswachstum mit Umwelt- und Ressourcenschutz in einen gewissen Einklang zu bringen. Damals war noch die Ressourcenproduktivität ein technologisches Leitmotiv: Faktor Vier ließ sich vereinfacht als

doppelter Wohlstand bei halbiertem Naturverbrauch darstellen. Seitdem hat sich aber die Welt spürbar verändert; es gibt deutliche ökologische Signale, die nach Meinung der Autoren immer bedrohlicher wirken. Diese Indikatoren betreffen Klima, Artensterben und knapper werdende Bodenschätze. So entstand die Idee des „Faktor Fünf“- eines Konzepts für eine zukunftssichere und umweltverträgliche Wirtschaftspolitik im globalen Sinne.

Die deutsche Ausgabe gliedert sich in zwei Teile. Der erste beschreibt einen ganzheitlichen Ansatz für die Hauptbereiche der Wirtschaft unter fünffacher Erhöhung der Ressourcenproduktivität. Untersucht werden dazu die Branchen mit den höchsten Energie-, Wasser- und Materialverbräuchen. Im Weiteren geht es um die strategische und politische Steuerung aller relevanten Prozesse auf der Ebene der Politik, in einzelnen Branchen und letztlich für die gesamte Zivilisation. Dabei untersuchen die Autoren Schlüsseltechnologien zur Reduzierung von Treibhausgasen, die ausdrücklich auch Haushalte von Entwicklungsländern einschließen. Ein Augenmerk gilt auch dem weltweit steigenden Wasserverbrauch sowie den globalen Verkehrsproblemen.

Im zweiten Teil untersucht Ernst Ulrich von Weizsäcker Ansätze zur Optimierung des Ressourcenverbrauchs, appelliert an den längst fälligen Abschied vom Zeitgeist der Staatsverachtung und Marktüberschätzung und empfiehlt ausdrücklich eine neue „Tugend der Genügsamkeit“. Der Autor beleuchtet Probleme des Ordnungsrechts und fordert wirksame Umweltmanagementsysteme. Ausführlich setzt sich von Weizsäcker mit dem Rebound-Effekt auseinander und zeigt Wege zu dessen Überwindung auf. Bedenkenswert sind seine Überlegungen zu einer neuen Genügsamkeit, die zu „viel Glück mit wenig Verbrauch von Waren“ führen soll.

Für das Buch sollte sich der Leser Zeit nehmen. Es lohnt sich. **[Christoph Vinz]**

- ▶ Von Weizsäcker, E. U.; Hargroves, K.; Smith, M.: Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum. Droemer, München 2010, 432 S., 19,95 €, ISBN 978-3-426-27486-6

INTERNET

Biodiversität bibliophil

■ Zum Internationalen Jahr der Biodiversität hat die an der Universitätsbibliothek Frankfurt ansässige virtuelle

Fachbibliothek vifabio Internetquellen und Kampagnenseiten, aber auch wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Links zum Thema gesammelt und auf einer Webseite gebündelt. Eine Suchhilfe erleichtert das Auffinden von Webseiten und anderen Medien nach Schlagworten. **[jg]**

- ▶ www.vifabio.de/iyb2010

Ölpest zum Anfassen

■ Auf der privaten Internetseite von Andy Lintner, einem Softwareentwickler, lässt sich das Ausmaß des Ölteppichs im Golf von Mexiko ganz plastisch als Kartendarstellung nachvollziehen. Doch die Seite kann noch mehr: nämlich den virtuellen Ölteppich an jeden beliebigen Ort der Erde verlegen, zum Beispiel vor die eigene Haustür. Zusätzlich zählt ein Ticker die geschätzte Menge an ausgetretenem Öl. Die täglich aktualisierten Daten stammen von einer US-Umweltbehörde. **[jg]**

- ▶ www.ifitwasmyhome.com

Bundestagspetitionen im Blick

■ Über die neuesten umweltbezogenen Internetpetitionen an den Deutschen Bundestag kann man sich beim Projekt SymBioZone informieren. Per Klick kommt man direkt auf die passende Unterseite von petitionen.bundestag.de und kann mitunterzeichnen und auch mitdiskutieren. Besonders praktisch: Auch ein Newsfeed ist möglich. Dazu passend haben Umweltaktivbeim Dachverband DNR noch eine Seite mit Anfängertipps online gestellt. **[mb]**

- ▶ www.symbiozone.de/index.php/oeko-ticker (Titelfilter: Petition)
- ▶ Newsfeed: www.kurzlink.de/epetitionen-rss
- ▶ DNR: www.kurzlink.de/epetitionen-tipps

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Bello, W.: **Politik des Hungers**. Assoziation A, Berlin 2010, 200 S., 16,00 €, ISBN 978-3-935936-91-0
- ▶ Bernhardt, C.; Kilper, H., Moss, T. (Hrsg.): **Im Interesse des Gemeinwohls. Regionale Gemeinschaftsgüter in Geschichte, Politik und Planung**. Campus, Frankfurt/M. 2009, 397 S., 34,90 €, ISBN 978-3-593-39012-3
- ▶ Engert, K.: **Ökosozialismus – das geht!** Neuer ISP, Karlsruhe 2010, 142 S., 12,80 €, ISBN 978-3-89900-068-9
- ▶ Geißler, K. A.: **Lob der Pause. Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind**. oekom, München 2010, 96 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-200-1
- ▶ Giering, K.: **Lärmwirkungen. Dosis-Wirkungsrelationen**. Umweltbundesamt, Dessau 2010, 139 S. Kostenloser Download (PDF, 12 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3917.pdf
- ▶ Gura, S.: **Fleisch vom nächsten Planeten. Der dreifache Widerspruch zwischen industrieller Tierhaltung und biologischer Vielfalt**. Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn 2010, 28 S., kostenlos. Bezug/Download: www.kurzlink.de/fue-fleisch
- ▶ Gruber, P. (Hrsg.): **Wie wir überleben! Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels**. Budrich, Opladen 2010, 180 S., 20,50 €, ISBN 978-3-86649-296-7
- ▶ Häusler, M.: **Die wahren Visionäre unserer Zeit**. Scorpio, München 2010, 420 S., 21,95 €, ISBN 978-3-942166-02-7
- ▶ Haferburg, C.; Steinbrink, M. (Hrsg.): **Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika**. Brandes & Apsel, Frankfurt/M., 260 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86099-645-4
- ▶ Hecker, F.; Hecker, K.: **Blumen entdecken – kennenlernen – erforschen. Naturführer für Kinder**. Eugen Ulmer, Stuttgart 2010, 96 S., 7,90 €, ISBN 978-3-8001-5827-0
- ▶ Helfrich, S. u. a.: **Gemeingüter. Wohlstand durch Teilen. Ein Report**. HBS, Berlin 2010, 48 S., ISBN 978-3-86928-020-2. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/gemeingueter-report
- ▶ Hennicke, P.; Bodach, S.: **Energierévolution. Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als neue globale Herausforderung**. oekom, München 2010, 221 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-205-6
- ▶ Kolbe, G. u. a.: **Effizienter Fuhrpark. Kostengünstig, umweltschonend, zukunftssicher**. VCD, Berlin 2010, 36 S. Download (PDF, 2,4 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3927.pdf
- ▶ Knoflacher, H.; Schopf, J. M.: **Ethik und Technik**. LIT, Berlin 2010, 232 S., 19,90 €, ISBN 978-3-643-50098-4
- ▶ Lachat, T.; Pauli, D.; Gonseth, Y. u. a. (Hrsg.): **Der Wandel der Biodiversität in der Schweiz seit 1900. Ist die Talsohle erreicht?** Haupt, Bern 2010, 435 S., 23,50 €, ISBN 978-3-258-07569-3
- ▶ Lamberg, S.: **Subsistenzökonomie in Nicaragua. Perspektiven in einer sich transformierenden Gesellschaft**. Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2010, 264 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86099-668-3
- ▶ Mattersburger Kreis (Hrsg.): **Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat**. Mandelbaum, Wien 2009, 124 S., 9,80 €, ISBN 978-3-85476-320-8
- ▶ Miselmsky, L. (Hrsg.): **Zivildienst und Freiwilliges Jahr: Die Folgen der Kürzung der Wehrpflicht für Sozialarbeit und Naturschutz**. FastBook Publishing, Beau Bassin 2010, 116 S., 39,- €, ISBN 978-6130103224
- ▶ Naturschutzbund; Österreichische Bundesbahnen (Hrsg.): **ÖBB & Natur. Signal auf Grün für Natur- und Artenschutz**. Natur und Land, Salzburg 2010, 60 S., 5,- €, ISSN 028-0607. www.kurzlink.de/oebb-natur
- ▶ Reichhoff, J. H.: **Naturschutz: Konservieren für die Zukunft?** Suhrkamp, Berlin 2010, 169 S., 10,- €, ISBN 978-3-518-26031-9
- ▶ Struß, J.: **Die großflächige Ausbringung von GVO in die Umwelt. Das Recht der Grünen Gentechnik auf gemeinschaftlicher und nationaler Ebene**. Nomos, Berlin 2010, 362 S., 89,- €, ISBN 978-3-8329-5457-4

Impressum

umwelt aktuell Juli 2010
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoë Thio [zt], Annkathrin Tempel [at], Christine Dubiel [cd]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de

Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

JULI

02.–04.07., Loccum bei Hannover (D)
Politik in der Wachstumsfalle
 ▶ Evangelische Akademie Loccum,

Marcus Schaper, Tel. +49 (0)5766 / 81-109,
 E-Mail: marcus.schaper@evlka.de, www.loccum.de

06.07., Berlin (D)

Vision 2050. Perspektiven für Stadtwerke im Energiemarkt

▶ BMU/VKU, Tel. +49 (0)30 / 8266205, Fax 89728210, E-Mail: vision2050@rubach-pr.de, www.bmu.de (Veranstaltungen)

06.–07.07., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Spiegel der Religionen. Seminar

▶ DNR/Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

07.07., 24.08., 30.08., Hamburg (D)

Hafenrundfahrt zum Thema Agrarkraftstoffe

▶ Agrar Koordination, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 392526, E-Mail: info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

08.–09.07., Wiesbaden (D)

Denex. Kongressmesse für Dezentrale Energiesysteme und Energieeffizientes Bauen und Sanieren

▶ Reeco GmbH, Reutlingen, Tel. +49 (0)7121 / 3016-0, Fax -100, E-Mail: redaktion@energie-server.de, www.denex.info

08.–10.07., München (D)

Green Cultures. Environmental Knowledge, Climate, and Catastrophe. Konferenz

▶ Bayrische Amerika-Akademie, München, Tel. +49 (0)89 / 545040-30, Fax -35, E-Mail: info@amerika-akademie.de, www.amerika-akademie.de

09.07., München (D)

Vom Wert der Vielfalt. Ökonomische Perspektiven auf Natur und Naturschutz. Tagung

▶ Oekom, Dr. Manuel Schneider, München, Tel. +49 (0)89 / 76758955, E-Mail: info@mfn-net.de, www.mfn-net.de

10.07., Nürnberg (D)

„Nahrung sei deine Medizin“ – Ist das heute noch möglich? Umwelttagung

▶ VHUE, Monika Frielinghaus, Fax +49 (0)9134 / 707100, E-Mail: info@umweltbedingt-erkrankte.de, www.umweltbedingt-erkrankte.de

11.07., europaweit

Big Jump 2010. Flussbadetag

▶ European Rivers Network, Le Puy (F), Tel. +33 (0)4 / 7102-0814, Fax -6099, E-Mail: infos_bigjump@ern.org, www.rivernet.org/bigjump

11.–16.07., Vilm bei Rügen (D)

Biodiversity conservation and climate change in German development cooperation focusing on forests. Tagung

▶ BfN, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86112, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

17.–25.07., Wesergebiet

Bewegung für lebendige Flüsse. Sternradtour 2010

▶ Lebendige Weser e.V., Höxter, Tel. +49 (0)5271 / 490722, E-Mail: info@lebendige-weser.de, www.sternradtour.de

19.07., München (D)

Patente auf Saatgut – am Wendepunkt? Tagung

▶ EvB, Greenpeace u. a., E-Mail: nopatentsonseeds@gmail.com, www.evb.ch/patentsconference

25.07.–07.08., Biblis – Gelnhausen – Würzburg – Bamberg – Lichtenfels (D)

Tour de Natur 2010

▶ Grüne Liga, Dresden, Tel. +49 (0)351 / 4943-354, Fax -400, E-Mail: buero@tourdenatur.net, www.tourdenatur.net

28.07.–01.08., Hamburg (D)

Attac-Sommerakademie. Finanzmärkte, Klimagerechtigkeit und Umverteilung

▶ Attac, Christine Starzmann, E-Mail: sommerakademie@attac.de, www.attac.de/sommerakademie

29.–30.07., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Windkraft im Visier

▶ DNR/Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

AUGUST

01.–06.08., Leipzig (D)

9th World Congress on Genetics Applied to Livestock Production

▶ Event Lab, Tel. +49 (0)341 / 240596-50, Fax -51, E-Mail: www.wcgalp2010.org/contact.php, www.wcgalp2010.org

01.–21.08., Wiesenburg/Mark bei Potsdam (D)

Ecotopia 2010. Gathering for Sustainable Living

▶ Alte Schule e.V., Tel. +49 (0)33841 / 32007, E-Mail: info@ecotopia2010.org, www.ecotopia2010.org

07.–15.08., Gleditz/Wendland (D)

Anti-Atom-Camp 2010

▶ X-tausendmal quer, Henning Rust, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 40186848, E-Mail: kontakt@anti-atom-camp.de, www.anti-atom-camp.de

08.08., Mihla/Thüringen (D)

Lauf um ihr Leben. 3. Wildkatzenlauf und 16. Hainichlauf

▶ BUND, Wildkatzenprojekt, www.bund.net/wildkatze, Anmeldung: www.kurzlink.de/wildkatzenlauf2010

21.–22.08., Berlin (D)

Tag der offenen Tür in allen Bundesministerien

▶ Bundespresseamt, Tel. +49 (0)180 / 2720000, Fax +49 (0)30 / 18102720, E-Mail: internetpost@bundesregierung.de, www.bundespresseamt.de

21.–29.08., Erkelenz bei Mönchengladbach (D)

Klimacamp 2010

▶ BUNDjugend NRW, Soest, Tel. +49 (0)2921 / 336-40, Fax -45, E-Mail: info@klimacamp2010.de, www.klimacamp2010.de

22.–25.08., Oldenburg und Bremen (D)

Advancing Sustainability in a Time of Crisis.

Konferenz

▶ International Society for Ecological Economics (ISEE), E-Mail: info@isee2010.org, www.isee2010.org

23.–24.08., Berlin (D)

Städtebau und Immissionsschutz

▶ Institut für Städtebau Berlin, Tel. +49 (0)30 / 230822-0, Fax -22, E-Mail: info@staedtebau-berlin.de, www.staedtebau-berlin.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Zertifizierung von Kindertagesstätten

KITA21 – Die Zukunftsgestalter

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) kann in Kindertageseinrichtungen erfolgreich verankert werden. Das zeigt das Modellprojekt „KITA21 – Die Zukunftsgestalter“. Nach einer Fortbildung führen die pädagogischen Fachkräfte eigene Projekte durch, werden dabei gezielt unterstützt und am Ende mit einem Zertifikat belohnt. KITA21 soll nun auch auf andere Bundesländer ausgeweitet werden.

□ Kitas sind wichtige Akteure, wenn es um die Förderung von Kompetenzen geht, die wir für eine ressourcenschonende und gerechte Mitgestaltung unserer Zukunft brauchen. Spielerisch setzen sich Kinder mit Alltagsthemen auseinander und lernen Zusammenhänge zwischen ihrem Handeln und den Auswirkungen auf ihre Umwelt kennen. Dabei sind die ersten Lebensjahre von großer Bedeutung, denn in dieser Zeit werden wichtige Grundlagen für die Entwicklung von Werten, Normen und Einstellungen gelegt.

Um engagierte Kitas bei dieser Arbeit zu fördern, hat die S.O.F. Save Our Future – Umweltstiftung aus Hamburg im Jahr 2008 das Modellprojekt „KITA21 – Die Zukunftsgestalter“ ins Leben gerufen. Rund 50 Kitas im Großraum Hamburg nahmen daran teil. Finanzielle Unterstützung erhielt das Projekt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der Vattenfall Europe Umweltstiftung.

BNE-Modellprojekt im Kindergarten

Bei Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) handelt es sich nicht um eine zusätzliche Aufgabe, es sind auch keine zusätzlichen Materialien notwendig. Vielmehr sollen die Kinder im Kitaalltag für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und für einen solidarischen und gerechten Umgang miteinander sensibilisiert werden.

Eine derartige Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Einrichtungen zu initiieren und zu verstetigen war das Ziel des S.O.F.-Modellprojekts. Es umfasste Fortbildungen, regelmäßige Vernetzungstreffen und individuelle Beratung. Daneben gab es einen KITA21-Newsletter und Praxistipps. Pro Einrichtung durften mehre-

re Personen teilnehmen. Außerdem stellte die Stiftung bis zu 750 Euro Fördermittel pro Projekt bereit. Durch intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde KITA21 bekannt gemacht.

Zertifizierung für zukunftsweisende Bildungsarbeit

Wer ein BNE-Projekt im letzten Jahr erfolgreich abgeschlossen hatte, konnte sich Anfang dieses Jahres für die Auszeichnung KITA21 bewerben. Dafür musste eine kurze Dokumentation eingereicht werden, die von einer hochrangig besetzten Jury auf BNE-Kriterien geprüft wurde.

Im vergangenen April wurden die ersten 35 Kitas im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Altonaer Rathaus von Dietrich Wersich, dem Senator der Behörde für Familie, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, als KITA21 zertifiziert. Die Einrichtungen erhielten eine Urkunde, eine KITA21-Plakette für den Außenbereich sowie die Rechte für die Verwendung des KITA21-Logos im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Das Projekt zeigt Wirkung

Das Modellprojekt wurde vom Institut für integrative Studien (Infis) der Leuphana-Universität Lüneburg evaluiert. Die Befragung von ErzieherInnen aus den ausgezeichneten Einrichtungen zeigte, dass die beteiligten Kinder und Erwachsenen für ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln im Alltag sensibilisiert werden konnten. Drei von vier ErzieherInnen bestätigten, dass KITA21 eine starke Veränderung ihrer pädagogischen Arbeit bewirkt hat. Fast 90 Prozent der Befragten sehen ihre Arbeit in der Gruppe jetzt verstärkt aus dem Blickwinkel einer

nachhaltigen Entwicklung. Für mehr als 65 Prozent hatte das BNE-Projekt sogar eine deutliche Auswirkung auf die gesamte Bildungseinrichtung. So hat sich zum Beispiel bei jeder dritten Einrichtung die Lebensmittelbeschaffung verändert – hin zu ökologischen, saisonalen und regionalen Produkten.

Die Evaluation zeigt, dass die im Modellprojekt KITA21 eingesetzten Methoden einen wichtigen Beitrag zur Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen darstellen. Die Auszeichnung führt darüber hinaus zu einer verstärkten Wertschätzung bei Kollegen, Eltern, Trägern und Verbänden.

KITA21 geht weiter

Das Modellprojekt KITA21 wurde inzwischen abgeschlossen. S.O.F. stellte das Modellprojekt auf einer DBU-Fachtagung in Osnabrück vor. Am 10. Juni trafen sich 140 Multiplikatoren und Praktiker aus dem ganzen Bundesgebiet, um das Konzept und die Evaluationsergebnisse kennenzulernen und zu diskutieren. Aufgrund der vielen positiven Rückmeldungen und der überzeugenden Evaluationsergebnisse wird die S.O.F. das Projekt weiterführen und ein jährliches Auszeichnungsverfahren durchführen. Ab September können sich Einrichtungen in der Metropolregion Hamburg wieder beteiligen. Auch eine erneute Teilnahme bereits ausgezeichnete Einrichtungen ist möglich.

Langfristig soll das Verfahren auch auf andere Regionen oder Bundesländer ausgeweitet werden. Hierfür werden Partner gesucht, die fachliche Kompetenzen, Netzwerke beziehungsweise finanzielle Mittel mitbringen. Dabei sind sie herzlich eingeladen, sich auch in die Umsetzung des Projektes mit einzubringen.

[Meike Wunderlich, Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ S.O.F. Save Our Future – Umweltstiftung, Projektleiterin KITA21 Meike Wunderlich, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 240-634, Fax -640, E-Mail: wunderlich@save-our-future.de, www.kita21.de, www.kinder-tun-was.de
- ▷ Prof. Dr. Ute Stoltenberg, Universität Lüneburg, Institut für integrative Studien, Tel. +49 (0)4131 / 6771721, E-Mail: stoltenberg@uni-lueneburg.de, www.leuphana.de/institute/infis.html

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht Bildungsatlas

□ Mehr als 300 BNE-Angebote führt der neue Bildungsatlas der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Mecklenburg-Vorpommern für Schulen im Land auf. PädagogInnen aller Schultypen könnten nun aus einem breiten und interessanten Angebot zum Thema Umwelt und Entwicklung kompetente Partner für ihre Arbeit wählen, sagte die Rostocker ANU-Regionalkoordinatorin Birgit Brenner. Auf 100 Seiten finden sich Angebote aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, nach Themen sortiert und übersichtlich dargestellt mit Kosten, Zeitaufwand und Veranstaltungsort. Die Datenbank des Bildungsatlas steht auch im Internet.

- ▷ Bezug: ANU M-V, Sabine Langner, Badenstr. 45, 18439 Stralsund (bitte A4-Rückumschlag zusen- den und mit 1,45 € frankieren)
- ▷ www.umweltbildung-mv.de

ANU Sachsen beim 1. Chemnitzer Grünen Kindertag

□ Nach der erfolgreichen Etablierung in Leipzig hat die Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt nun auch in Chemnitz erstmals einen „Grünen Kindertag“ für alle Kitas und Horte der Stadt veranstaltet. Am 1. Juni gab es auf einem bunten Markt Aktionsstände, Bastel- und Experimentiermöglichkeiten rund um die Themen Wasser und Energie sowie ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm. Die ANU Sachsen und das Solaris-Förderzentrum für Jugend und Umwelt waren mit drei Aktionsständen vertreten und stellten die Angebote des ANU-Projekts Leuchtpol vor. Erzieher, Lehrer und Eltern konnten sich über die Möglichkeiten der Umweltbildung informieren. Am Ende wurde der Chemnitzer Umweltpreis für Kinder und Jugendliche verliehen.

- ▷ ANU Sachsen, Ingo Voigtländer, solaris gGmbH, Tel. +49 (0)371 / 3810666, E-Mail: ivoigtlaender@solaris-chemnitz.de, www.solaris-fzu.de

ANU Hessen plant BNE-Fachtagung

□ Eine landesweite Umweltbildungsmesse fand in Hessen zuletzt 2001 statt. Seither hat sich die Arbeit von Schulen, Umweltbildungszentren, Forst und anderen Institutionen zur BNE weiterentwickelt. Viele Vorhaben aus Hessen wurden inzwischen als offizielle Projekte der UN-Dekade BNE ausgezeichnet. Die hessische Nachhaltigkeitsstrategie greift Bildungsfragen auf. Das Landesumweltministerium hat daher die ANU Hessen beauftragt, gemeinsam mit der Universität Frankfurt eine Fachtagung zu Stand und Perspektiven von BNE auszurichten. Sie findet voraussichtlich am 20. September in Frankfurt am Main statt.

- ▷ www.anu-hessen.de

ANU-Mitglied erhält zum dritten Mal Unesco-Auszeichnung

□ Schon zum dritten Mal ist der Informationsdienst umweltschulen.de als offizielles Projekt der UN-Dekade BNE ausgezeichnet worden. Seit zehn Jahren versorgt Tilman Langner von der ANU Mecklenburg-Vorpommern über das Internet LehrerInnen und Interessierte mit Lehrmaterial, Praxisbeispielen und Hintergrundinformationen. Auf der Webseite finden sich ein Umweltcheck für Schulen, Informationen zum Klimaschutz und der gemeinsam mit dem ANU-Landesverband herausgegebene Bildungsatlas „Umwelt & Entwicklung“.

- ▷ www.umweltschulen.de

SCHWERPUNKT: BIODIVERSITÄT

Ampel auf Rot in vielen Bundesländern

□ In Deutschland gelten 72,5 Prozent der Lebensräume von Pflanzen und Tieren als gefährdet. Jede zweite heimische Vogelart, ein Drittel der Pilzarten und 30 Prozent der Farn- und Blütenpflanzen sind bedroht. Verschärft wird diese prekäre Lage durch den fortschreitenden Klimawandel. Die Bundesregierung verabschiedete zwar 2007 eine Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt mit rund 330 Zielen und 430 Maß-

nahmen. Doch offensichtlich haben sich die Bundesländer seitdem nur mangelhaft für den Erhalt der Artenvielfalt eingesetzt. Das verdeutlichen die beiden großen Umweltverbände BUND und NABU nun auf einer Internetseite anhand von Verkehrsampeln. Neunmal zeigt die Ampel Rot, viermal Gelb und keinmal Grün. Ausführliche Hintergrundinformationen zu den einzelnen Ländern mit Grafiken finden sich ebenfalls im Internet.

- ▷ www.bund.net/?4605

Bundeshauptstadt der Biodiversität gesucht

□ Kommunen sind wichtige Schlüsselakteure, wenn es um den Erhalt der biologischen Vielfalt unserer Erde geht. Doch oft spielt der Schutz der Biodiversität in Politik und Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle. Die Deutsche Umwelthilfe hat daher mit Unterstützung der Stiftung „Lebendige Stadt“ den Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ ausgerufen. Im Juli werden alle deutschen Städte und Gemeinden angeschrieben und haben dann vier Monate Zeit, sich mit ihren Projekten und Ideen zu bewerben. Der Wettbewerb ist Teil des europäischen Projekts „Capitals of Biodiversity“ und wird zeitgleich auch in Frankreich, Spanien, Ungarn und der Slowakei ausgetragen. Der Sieger erhält ein Preisgeld von 50.000 Euro.

- ▷ www.biodiversitaetskommune.de
- ▷ www.capital-biodiversity.eu

Jugendkongress Biodiversität 2010

□ Junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren können sich noch bis zum 18. Juli zum Kongress „Biodiversität 2010 – Jugend, Zukunft, Vielfalt“ anmelden. Er findet vom 3. bis zum 5. September in Osnabrück statt. Gesucht werden junge Leute, die über Vielfalt diskutieren und ihre Aktionen und Gedanken zum Erhalt der zukünftigen Lebensgrundlagen austauschen wollen. Besonderer Gast wird Bundesumweltminister Norbert Röttgen sein.

- ▷ www.jugend-zukunft-vielfalt.de

Veranstaltungskalender im Internet

□ Ein Onlinekalender des Bundesumweltministeriums informiert über alle Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt 2010. Vorträge über Wölfe in Deutschland, Exkursionen zur Artenvielfalt, Expertenworkshops zur Biodiversität oder Mutter-Kind-Wildniscamps – der interaktive Kalender bietet allen Interessierten eine schnelle Übersicht und praktische Suchfunktionen.

▷ www.kalender.biologischevielfalt.de

Offene Naturführer im Netz

□ Anlässlich des Internationalen Jahres der Biodiversität hat das Projekt „Offene Naturführer“ begonnen. Die Internetplattform sammelt Naturführer, Bestimmungshilfen sowie ergänzende Lehr- und Lernmaterialien, um diese für PädagogInnen oder anspruchsvolle Amateure frei verfügbar zu machen. Die Materialien dürfen kopiert, verändert, auf CD gebrannt oder auf dem Mobiltelefon gespeichert werden. Am Ende soll ein gemeinsamer Pool an deutschsprachigen Materialien entstehen, also eine Art Wikipedia für Taxonomie.

▷ www.offene-naturfuehrer.de

Schweiz: Ausbildung zum Artenspezialisten

□ Die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften klagt über einen akuten Mangel an SpezialistInnen für viele Organismengruppen der einheimischen Flora und Fauna. Um die Zahl an Artenkennern und -spezialisten zu erhöhen, haben nun verschiedene Fachorganisationen ein gemeinsames Internetportal eröffnet. Es stellt das aktuelle, zertifizierte Lehrangebot verschiedener Organisationen vor und orientiert sich dabei an einem fünfstufigen Bildungsmodell. Die Angebote reichen von der Sensibilisierung von Naturinteressierten über die Einführung in bestimmte Artengruppen, die Grundausbildung über hauptsächlichliche Großgruppen bis zur Weiterbildung zur SpezialistIn.

▷ www.artenspezialisten.ch

Vielfalt der Schweizer Bildungsprojekte

□ Einen Einblick in die Vielfalt schweizerischer Bildungsprojekte zur Biodiversität gibt die Ausgabe 1/2010 des Bulletins umweltbildung.ch. Auf zwölf Seiten werden Projekte vorgestellt – von der Erforschung der Schulumgebung über die Schulgartenarbeit und einen Ausflug auf den Bauernhof bis zum Besuch eines Naturzentrums. Tipps zu neuen Unterrichtshilfen sowie ein Interview mit dem Hochschullehrer Ruedi Küng und mit Werner Müller von der Naturschutzorganisation SVS/BirdLife ergänzen das gelungene Heft. Kostenloser Download im Internet.

▷ www.umweltbildung.ch (Produkte – Info-Dienst – Bulletin)

Vielfalt der Meere erleben und erforschen

□ Über die biologische Vielfalt in den Meeren ist noch wenig bekannt. Doch nun verändert der Klimawandel massiv die Lebensbedingungen vieler Arten. Für Nachwuchsforscher öffnet sich hier ein breites Betätigungsfeld. Sechs Schülerteams werden in den Sommerferien mit selbst ausgedachten Forschungsprojekten in der Nord- oder Ostsee für eine Woche an Bord des Hamburger Forschungsschiffs Aldebaran auf die Reise gehen. Das Projekt wird von den Ländern Hamburg und Niedersachsen gemeinsam mit Forschungseinrichtungen durchgeführt und findet in diesem Jahr unter Schirmherrschaft der Hamburger Bildungssenatorin Christa Goetsch zum fünften Mal statt.

▷ www.meereswettbewerb.de

VERSCHIEDENES**1.000 Euro für 1.000 gute Ideen**

□ 1.000 Euro winken jedem der 1.000 Gewinner des Wettbewerbs „Ideen Initiative Zukunft“, der von der Deutschen Unesco-Kommission und der Firma dm drogerie markt ins Leben gerufen wurde. Bis zum 15. Oktober können sich interessierte Einzelpersonen oder Gruppen noch beteiligen.

Gesucht werden gute Ideen und Projekte für die Welt von morgen. Dabei müssen die drei Bereiche Umwelt, Soziales/Kulturelles und Wirtschaft miteinander harmonisieren. Erstmals wird unter allen Gewinnerprojekten der dm-Nachhaltigkeitspreis verliehen. Die drei Preisträger erwartet eine Reise für je fünf Personen nach Paris zum Sitz der Unesco. Mit dem Projekt knüpfen die Kooperationspartner an den Erfolg der Initiative „Sei ein Futurist!“ an, bei der im Vorjahr 1.082 nachhaltige Ideen und Projekte mit je 1.000 Euro gefördert wurden.

▷ www.ideen-initiative-zukunft.de

Mehr bewegen, mehr erleben durch Schulwandern

□ Wandertage sollten statt ins Kino oder zum Freizeitpark mit Achterbahn besser wieder ins Grüne führen. Das will der Deutsche Wanderverband mit seinem Projekt „Schulwandern – Starkmachen für mehr Bewegung und nachhaltige Naturerlebnisse“ erreichen. Bundesweit startete im Mai das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte zweijährige Projekt. Zunächst sind drei Pilotschulungen geplant, die auf die Lernmöglichkeiten bei den naturnahen Aktivitäten aufmerksam machen sollen. Langfristiges Ziel ist die Vernetzung kompetenter Partner in der Region, der Aufbau einer Informationsplattform im Internet und der Einsatz neuer Medien wie Geocaching und GPS.

▷ www.wanderverband.de

▷ www.wanderbares-deutschland.de

Jugendliche werden Zukunftsscouts

□ Aktionsideen, um selbst etwas für den Umwelt-, Klima- und Naturschutz zu tun, finden Jugendliche auf einer neuen Webseite der BUNDjugend. Per Mausklick gibt es viele Vorschläge, wie jeder im Alltag Energie sparen, den eigenen Garten zur Lebensinsel umgestalten oder auf der Toilette den Regenwald retten kann. Die vorgeschlagenen Aktionen wurden von rund 4.000 Jugendlichen in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich durchgeführt ▶

und fordern zum Nachahmen auf. Kreative „Motztipps“ regen dazu an, Umweltthemen medienwirksam in die Öffentlichkeit zu tragen. Bei „Betreuer-Info“ finden außerdem LehrerInnen und Teamer Tipps für ihre Projektarbeit sowie die neuesten Studien zum Umweltbewusstsein von Jugendlichen in Deutschland.

▷ www.zukunftsscouts.de

Laptop geiler als Auto

□ Die emotionale Bindung an das Auto als Statussymbol lässt bei jungen Menschen immer mehr nach. Für 22 Prozent der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren ist das Auto nur noch ein reines Fortbewegungsmittel. Jeder Dritte ist nicht bereit, für ein neues Auto auf seine Urlaubsreise zu verzichten. Dies hat eine repräsentative Befragung des Center of Automotive ergeben. Nur knapp 75 Prozent der unter 35-Jährigen besitzen heute noch ein Auto. Es sind vor allem ältere Menschen mit sicherem Einkommen, die sich in den nächsten zwei Jahren einen Neuwagen anschaffen möchten. Junge Leute geben ihr Geld lieber für einen Laptop oder ein Smartphone aus. Auch wollen sie ihre Freizeit nicht hinter dem Lenkrad verbringen. Möglicherweise wird dieser Trend durch immer bessere Nahverkehrsnetze und Carsharingprojekte unterstützt.

▷ www.center-of-automotive.de/markets/markets.htm

Eberswalder Symposium: Natur im Blick der Kulturen

□ Zum zweiten Mal fand im Juni das Eberswalder Symposium für Umweltbildung statt, ein Forum für ganzheitliche Umweltbildung und BNE. Veranstalter waren der Verein Lokale Agenda 21, die Hochschule für nachhaltige Entwicklung und das Netzwerk Umweltbildung in Eberswalde, einer Stadt nordöstlich von Berlin. Unter der Moderation von Heike Molitor, Professorin für Umweltbildung/BNE, diskutierten Wissenschaftler und Akteure aus ganz Deutschland über die

Mensch-Natur-Beziehung indigener Völker, stellten Umweltbildungserfahrungen aus anderen Ländern und Kontinenten sowie mythologische Motive mit Bezug zur Umweltbildung etwa bei den Slawen vor. Praktische Erfahrungen aus der Jugendsozialarbeit, der Methode Interpretation und der Wildnispädagogik vervollständigten das Bild interkultureller Konzepte. Eine Dokumentation ist in Vorbereitung und erscheint voraussichtlich im Herbst.

▷ www.hnee.de/umweltbildung/symposium

Kindermeilen-Kampagne 2010

□ Ob mit rasenden Rollerreifen oder mit den fleißigen Füßen – das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder lädt auch dieses Jahr wieder Kinder in ganz Europa ein, „Grüne Meilen“ für das Weltklima zu sammeln. Kindergarten- und Grundschulkinder können damit nicht nur ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern sich auch auf eine symbolische Klimareise um die Welt begeben und viele Einblicke in das Thema Klima gewinnen. Insgesamt 69.487 Grüne Meilen sollen von April bis zum 20. November durch Kinder „erlaufen“ werden. Sie sollen dann im Dezember 2010 auf der 16. UN-Klimakonferenz in Mexiko vom Klima-Bündnis an UN-Vertreter übergeben werden.

▷ www.kindermeilen.de

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine unter www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

10.07., Regensburg (D)

Botanische Experimente. Lehrgang für MultiplikatorInnen

▷ www.anl.bayern.de

10.–11.07., Genf (CH)

Verknüpfung von Gesundheit, Gerechtigkeit und Nachhaltige Entwicklung. Symposium

▷ www.health-equity-sustainability-schools.org

14.07., Stuttgart (D)

Honorar für Promis – Biotope und Birkhuhn gehen leer aus?! Umgang mit der Natur in der Werbung

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

14.–16.07., Zeillern/Niederösterreich (A)

Zukunftsfähige Lebensstile. Sommerakademie 2010

▷ www.umweltbildung.umweltberatung.at

15.–18.7., Bonn (D)

Naturwissen kompakt: Wildnis. Fortbildung

▷ www.crenatur.de

17.–18.07., Münster (D)

Zweigwerk und Farbenrausch. LandArt: eine künstlerische Begegnung mit Natur. Fortbildung

▷ www.wildnis-werkstatt.de

23.07., Berlin (D)

Moderation als Führungsstil. Training & Assessment für nachhaltiges Management

▷ www.stratum-consult.de

23.–25.07., Regensburg (D)

Nature miniature – das kleine Objekt. Seminar

▷ www.naturarte-wernerhenkel.de

31.07.–01.08., Laufen/Oberbayern (D)

Erfolgreich in die Natur führen

▷ www.anl.bayern.de

23.–25.08., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Naturfoto-Workshop

▷ www.nna.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de